

Reform der Gastwirtschaftung

*Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
der Rechts-und Staatswissenschaftlichen Fakultät
der Albert-Ludwigs-Universität zu Freiburg im Breisgau*

*vorgelegt von
Wolfgang Weber
aus Mannheim*

1964

Reform der Gastwirtschaftung

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät
der Albert-Ludwigs-Universität zu Freiburg im Breisgau



vorgelegt von
Wolfgang Weber
aus Mannheim

1964

Dekan: Professor Dr. Fritz Rittner

Referent: Professor Dr. Horst Müller



G l i e d e r u n g

Seite

I. Das geltende Recht in Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich und der Schweiz	3
A. Die gesetzlichen Grundlagen	3
B. Die verpflichteten und berechtigten Personen	3
C. Die Voraussetzung der Haftung	7
D. Der Umfang der Haftung	8
E. Ausschluß der Haftung	9
Anhang: Europäische Konvention	11
II. Notwendigkeit einer Sonderregelung	14
A. Der Rechtszustand ohne die §§ 701 ff. BGB	14
B. Die Interessenlage zwischen Gast und Gastwirt	18
1. Die Grenzen einer gesetzlichen Regelung	18
2. Darstellung des typischen Lebensverhältnisses	19
3. Darstellung der Gefahrenlage	21
4. Die einzelnen Interessen von Gastwirt und Gast	24
a. Gefährdung durch den Gastwirtschaftsbetrieb	24
b. Gefahrbeherrschung und Entstehen für den eigenen Rechts- und Gefahrenkreis	25
c. Der Zwang, Sicherheitsvorkehrungen zu treffen	28
d. Erhöhung der allgemeinen Verkehrssicherheit	30
e. Vergleich mit anderen Gewerben	31
f. Ersatz für das eigene Heim	33
g. Fremdheit des Wirtes	35
h. Zwangslage des Gastes	36
i. Haftung aus Gewerbeausübung	39
j. Vor- und Nachteile für den Gast	41
k. Kosten der Sicherheit	43
l. Belastung der Gastwirte	45
m. Besonderes Pfandrecht des Gastwirtes	48
n. Beweisnotstand des Gastes	49
o. Klarheit und schnelle Rechtsverfolgung	52
p. Zusammenfassung	53

III. Die Ausgestaltung der Sonderregelung	54
A. Interessengerechte Abgrenzungen im geltenden Recht	54
1. Gewerbsmäßigkeit	54
2. Haftungsregelung auf Gäste begrenzt	55
3. Ausschluß von Risiken, die nicht durch die Betriebsgefahren des Gasthauses verursacht werden	55
4. Haftungshöchstgrenze für Wertsachen	56
B. Neu zu fordernde Abgrenzungen	58
1. Allgemeine Haftungshöchstgrenze	58
2. Kraftfahrzeuge	61
3. Gepäck in Kraftfahrzeugen	82
4. Verwahrung von Wertsachen	94
5. Höhere Gewalt	98
C. Ausdehnung der Haftungsbestimmungen	103
1. Vor Abschluß des Beherbergungsvertrages	103
2. Geschäftsunfähige und beschränkt Geschäftsfähige	103
3. Neue Wege	104
IV. Neuverschlag	106

I. DAS GELTENDE RECHT IN DEUTSCHLAND, FRANKREICH, ITALIEN

ÖSTERREICH UND DER SCHWEIZ

A. Die gesetzlichen Grundlagen

In allen diesen Ländern bestehen besondere gesetzliche Bestimmungen über die Haftung der Gastwirte für die eingebrachten Sachen der Gäste:

in Deutschland die §§ 701 - 703 BGB,

in Frankreich die Artikel 1952 - 1954 Code civil i.V.m.
dem Gesetz vom 8.8.1911 in der Fassung vom 18.9.1949,

in Italien die Artikel 1783 - 1786 Codice civile,

in Österreich die §§ 970 - 970 c und 1316 ABGB i.V.m.
dem Gesetz vom 16.11.1921 (BGBl. Nr. 638/1921 in der
Fassung BGBl. Nr. 259/1951) und

in der Schweiz die Artikel 487 - 490 OR.

B. Die verpflichteten und berechtigten Personen

1. Der Gastwirt

Gastwirt ist, wer ein der Allgemeinheit zugängliches Unternehmen¹⁾ betreibt, um darin gewerbsmäßig²⁾ Personen zu bewirten oder zu beherbergen.

Die besonderen gesetzlichen Vorschriften gelten
in Deutschland, Frankreich, Österreich und der Schweiz

- 1) Dtlid: Erman-Wagner § 701 Anm.3, Staud.-Nipperdey § 701 Anm.5; Frankr: Planiol-Ripert Nr. 1186; It: Scialoja-Branca Anm. zu Art. 1786; Oest: Klang-Swoboda § 970 Anm.III A 1, Kapfer § 970 Anm.5; Schweiz: Oser-Schönenberger Art. 487 Anm.9.
- 2) Dtlid: § 701 Abs.1 Satz 1 "im Betrieb dieses Gewerbes aufgenommenen Gast"; Frankr: Heinsheimer Anm. zu Art. 1952, Planiol-Ripert Nr. 1185; It: Scialoja-Branca Art. 1783-85 Anm.1, Abletshauser S. 138; Oest: Klang-Swoboda § 970 Anm.III A 1; Schweiz: Oser-Schönenberger Art.487 Anm.10, Gautschi in Berner Komm. Art.487 Anm.3a.

nur für Gastwirte, die Fremde zur Beherbergung aufnehmen (§ 701 Abs. 1 Satz 1 BGB; Art. 1952 Code civil; § 970 Abs. 1 Satz 1 ABGB; Art. 487 OR), in Österreich und der Schweiz außerdem für Stallwirte hinsichtlich der eingebrachten Tiere und Wagen und der dazu gehörigen Sachen (§ 970 Abs. 2 Satz 2 ABGB, Art. 490 OR) und in Österreich auch für die Besitzer von Badeanstalten hinsichtlich der üblicherweise eingebrachten Sachen (§ 970 Abs. 3 ABGB). Dagegen unterliegen in Italien der besonderen Haftung alle Gastwirte - gleichgültig, ob sie ein Hotel, eine Pension oder ein Restaurant betreiben - und außerdem die Unternehmer von Kurhäusern, öffentlichen Schauspielhäusern, Badeanstalten, Schlafwagen und ähnlichen Betrieben (Art. 1784 und 1786 Codice civile).

Eine Abgrenzung zwischen Gastwirten und ähnlichen Unternehmern ist daher in Italien nicht erforderlich, da sie in die Haftung miteinbezogen sind (Art. 1786 Codice civile). In den übrigen Ländern muß eine derartige Unterscheidung gemacht werden. Sie führt im großen und ganzen zu übereinstimmenden Ergebnissen. Für Cafés und Restaurants wird eine Anwendung der strengen Haftungsbestimmungen einheitlich abgelehnt¹⁾, für die hôtel garni einheitlich bejaht²⁾. Die Stellungnahme zur Fremdenpension ist uneinheitlich. Allerdings wird die Pension größeren Umfangs, die sogenannte Hotelpension, übereinstimmend als Gastwirtschaft angesehen³⁾.

-
- 1) Dtlid: Staud-Nipperdey § 701 Anm.6; Frankr:Heinsheimer Anm. zu Art.1952, Planiol-Ripert Nr.1186; Oest: Klang-Swoboda § 970 Anm.III B 1; Kapfer § 970 Anm.9 und 10; Schweiz: Oser-Schönenberger Art. 487 Anm.9.
 - 2) Dtlid: Staud.-Nipperdey § 701 Anm.12; Frankr: Planiol-Ripert Nr. 1186 Anm.3, Planiol-Ripert-Boulanger Nr.2105; Oest: Klang-Swoboda § 970 Anm.III A 1 erwähnt zwar das hôtel garni nicht ausdrücklich, nach seiner Definition des Gastwirtsbetriebes ist es aber miteinzubeziehen; Schweiz: Gautschi in Berner Komm. Art. 487 Anm. 3a.
 - 3) Abletshauser S. 37.

Auch die Familien- und Privatpension wird in Deutschland, Österreich und der Schweiz den strengen Haftungsbestimmungen unterworfen¹⁾. Hiervon ausgenommen werden in Deutschland und Österreich nur Betriebe, die ausschließlich Gäste für längere Zeit aufnehmen, so daß die Gäste nicht täglich wechseln²⁾, und in der Schweiz Betriebe, bei denen die Raumüberlassung im Vordergrund des Vertragsverhältnisses steht³⁾, also keine Sorge für die Person und das Gepäck des "Gastes" übernommen wird. Die Schweizer Kommentare bringen leider keine Beispiele, gemeint sind wohl vor allem abgeschlossene Ferienwohnungen und Appartements. In Frankreich wird grundsätzlich, also auch bei Hotels, auf die Dauer des Vertragsverhältnisses abgestellt, da man der Auffassung ist, der Schutz der strengen Haftung sei nur für den relativ kurzen Aufenthalt bestimmt⁴⁾. Die französische Pension ist nun ein Haus, das Unterkunft und Verpflegung in der Regel nur für längere Zeit gewährt, so daß die meisten Pensionen nicht unter die strenge Haftung fallen⁵⁾. Für Kliniken, Sanatorien und Heilanstalten wird die Haftung in Deutschland und Frankreich überwiegend abgelehnt⁶⁾. In der Schweiz sind die Meinungen geteilt⁷⁾. In Österreich wird die Haftung für Sanatorien und Kurhäuser bejaht⁸⁾. Ob Schlafwagen zu den Gastwirtschaften zählen, ist innerhalb der einzelnen Länder selbst umstritten.

- 1) Dtlld: Staud.-Nipperdey § 701 Anm.12, RGZ 103, 9; Oest: Klang-Swoboda § 970 Anm.III C, Kapfer § 970 Anm.5; Schweiz: Gautschi in Berner Komm. Art. 487 Anm. 3 a; a.A. Oser-Schönenberger Art. 487 RN9, der auf den Einzelfall abstellt.
- 2) Dtlld: KG v. 13.10.1920 in OLGRspr 41, 129; Oest: Kapfer § 970 Anm.5.
- 3) Oser-Schönenberger Art. 487 RN 9; Gautschi in Berner Komm. Art.487 Anm. 3 a.
- 4) Planiol-Ripert Nr. 1186.
- 5) Aubry-Rau § 406 Anm.3.
- 6) Dtlld: Staud.-Nipperdey § 701 Anm.12; RGZ 112,58. Nimmt ein Sanatorium auch Gäste auf, die keine Heilbehandlung in Anspruch nehmen, so wird die Haftung bejaht (OLG München v. 13.11.1909 OLGRspr 20,226; RG v. 30.3.1926 JRundschau 1926 Nr. 1679); Frankr: Planiol-Ripert-Bou-langer Nr. 2105; Aubry-Rau § 406.
- 7) Für eine Einbeziehung: Gautschi in Berner Komm. Art.487 Anm.3 b; dagegen Michel S. 22.
- 8) Kapfer § 970 Anm.6 und 7.

Nur in Frankreich wird eine Haftung ausnahmslos abgelehnt¹⁾. In Deutschland, Österreich und der Schweiz liegt eine reichhaltige Literatur zu diesem Thema vor, ohne daß sich bisher eine Meinung durchgesetzt hat²⁾.

2. Der Gast

In Deutschland, Frankreich, Österreich und der Schweiz muß der Gast als Kunde des Betriebes zur Beherbergung aufgenommen werden³⁾. Dies ist nach der Auffassung in Deutschland und Österreich in der Regel dann der Fall, wenn dem Gast ein Zimmer zu seiner persönlichen Benutzung eingeräumt wird⁴⁾, gleichgültig für welche Dauer⁵⁾. In Frankreich wird nur der Reisende als Gast betrachtet, der im Gasthaus vorübergehend wohnt, nicht jedoch wer dort längeren Aufenthalt nimmt⁶⁾. In der Schweiz wird darauf abgestellt, daß dem Gast Logis gewährt wird, d.h. er darf sich nicht nur zur Einnahme von Speisen und Getränken im Gasthaus aufhalten, andererseits auch nicht auf Grund eines Mietverhältnisses dort wohnen⁷⁾.

In Italien hat sich infolge der Ausweitung der Haftung auf gastwirtsähnliche Betriebe auch der geschützte Personen-

1) Planiol-Ripert Nr. 1186.

2) Dtlld: Staud.-Nipperdey § 701 Anm.9; G.Fischer: Lit.-Verzeichnis; Oest: Klang-Swoboda § 970 Anm.III B 3; Kapfer § 970 Anm. 13; Schweiz: Oser-Schönenberger Art. 487 Anm.9.

3) Dtlld: RGR-Komm. § 701 Anm.2; Frankr: Planiol-Ripert Nr. 1186 = S. 527; Oest: Klang-Swoboda § 970 Anm. V A; Schweiz: Oser-Schönenberger Art. 487 Anm.10.

4) Dtlld: Staud.-Nipperdey § 701 Anm.17; Oest: Klang-Swoboda § 970 Anm. V A.

5) Dtlld: RGRKomm § 701 Anm.1; RG v. 7.10.1921 RGZ 103,10; Oest: Kapfer § 970 Anm.15.

6) Heinsheimer Anm. zu Art. 1952, 2. Abschnitt; Planiol-Ripert Nr. 1186 = S.527.

7) Oser-Schönenberger Art. 487 Anm.10; Gautschi in Berner Komm. Art. 487 Anm. 3 b.

kreis erweitert. Gast ist jeder, der die Dienste des Unternehmens in Anspruch nimmt (cliente) und sich dabei eine gewisse Zeit in dessen Betrieb aufhält, so daß er nach allgemeiner gesellschaftlicher Praxis Kleiderstücke, wie Hut, Mantel und Schirm, ablegt¹⁾.

C. Die Voraussetzungen der Haftung

Ein Verschulden des Gastwirts oder seines Personals ist in allen besprochenen Ländern nicht erforderlich (§ 701 Abs. 1 Satz 1 BGB, Art. 1952 Code civil, Art. 1784 Codice civile, § 970 Abs. 1 Satz 1 ABGB, Art. 487 OR).

In Deutschland, Österreich und der Schweiz ist einzige Haftungsvoraussetzung die tatsächliche, wenn auch nur vorläufige, Aufnahme des Gastes und die tatsächliche Einbringung von Sachen²⁾.

In Frankreich und Italien wird außer der Einbringung von Sachen³⁾ ein Vertrag vorausgesetzt. Dieser Vertrag kann bei Ankunft des Gastes stillschweigend geschlossen werden und wird teils als Beherbergungsvertrag selbst⁴⁾, teils als besonderer Schutzvertrag⁵⁾ charakterisiert.

In keinem der Länder wird ein Unterschied hinsichtlich der Art der eingebrachten Sachen gemacht. Außer dem normalen Reisegepäck fallen daher auch Wertgegenstände, Fahrzeuge und Tiere unter die Haftung⁶⁾.

1) Scialoja-Branca Art. 1783-85 Anm.1; Abletshauser S.138.

2) Dtlid.: Staud.-Nipperdey § 701 Anm.15 u.19; Österreich Klang-Swoboda § 970 Anm.II und VI A; Schweiz: Oser-Schönenberger Art. 487 Anm.3.

3) Frankr.: Planiol-Ripert Nr. 1187 S.529; Mazeaud Nr.1513; Italien: Scialoja-Branca Art. 1783-85 Anm.3.

4) Frankr.: Mazeaud Nr. 1514.

5) Frankr.: Planiol-Ripert Nr.1185 S.526; Italien:Scialoja-Branca Art. 1783-85 Anm.1.

6) Dtlid.: Staud.-Nipperdey § 701 Anm. 19-26; Frankr.:Planiol-Ripert Nr. 1187; Italien und Österreich: Abletshauser S. 61 und 140; Schweiz: Oser-Schönenberger Art.487 Anm.11.

D. Umfang der Haftung

In allen besprochenen Ländern ist die Haftung immer unbeschränkt, wenn den Gastwirt oder sein Personal ein Verschulden trifft; in Italien nur bei schwerem Verschulden (§§ 701 Abs.1 Satz 1, 702 BGB; Art. 1952, 1953 Code civil¹⁾; Art. 1784 Abs. 2 Codice civile; § 970 ABGB i.V.m. § 1 des Gesetzes vom 16.11.1921, §§ 970 a, 1316 ABGB; Art. 487, 488 OR).

Ohne Verschulden ist die Haftung nur in Deutschland und Frankreich grundsätzlich unbeschränkt. Ausnahmen gelten nur für Wertsachen (Geld, Wertpapiere, Kostbarkeiten), für die in Deutschland eine Höchstgrenze von DM 1.000.-- (§ 702 BGB) und in Frankreich von NF 200.-- (= ca. DM 160.-- Gesetz vom 18.9.1948) festgesetzt ist. Nimmt jedoch der Gastwirt die Wertsachen in Verwahrung oder lehnt die Verwahrung ab, so gilt diese Höchstgrenze nicht. Der Gastwirt haftet dann ebenfalls ohne Verschulden unbegrenzt²⁾.

In Österreich ist die Haftung auf 3.000.-- S (= ca. DM 460.--) beschränkt, es sei denn, die Sachen werden dem Gastwirt zur Aufbewahrung übergeben (§ 1 Satz 1 des Gesetzes vom 16.11.1921). Die Haftung für Geld, Wertpapiere und Kostbarkeiten ist sogar auf 1.500.-- S (= ca. DM 230.--) beschränkt, es sei denn, der Gastwirt nimmt die Sachen in Kenntnis ihrer Beschaffenheit zur Aufbewahrung an (§ 970 a ABGB i.V.m. § 1 Satz 2 des Gesetzes vom 16.11.1921). Für diese Sachen haftet er ohne Verschulden unbegrenzt. Lehnt er die Aufbewahrung ab, so trifft ihn aber nicht wie in Deutschland, Frankreich, Italien und der Schweiz die unbegrenzte Haftung, sondern er haftet nur im Rahmen der Höchstbeträge³⁾.

1) Heinsheimer Anm. zu Art. 1953; Planiol-Ripert Nr.1190 = S. 532.

2) Dtlid: § 702 BGB; Frankr: Planiol-Ripert Nr. 1190.

3) Abletshauser S. 100.

In der Schweiz ist die Haftung auf 1.000.-- Franken (= ca. DM 920.--) begrenzt (Art. 487 Abs. 2 OR). Für größere Geldbeträge, Wertpapiere und Kostbarkeiten haftet der Gastwirt - allerdings unbegrenzt - grundsätzlich nur, wenn er ihre Aufbewahrung übernommen oder abgelehnt hat (Art. 488 OR). Eine Ausnahme gilt nur für Wertsachen, von denen der Gast sich nicht trennen will und deren Aufbewahrung ihm auch nicht zuzumuten ist. Sie fallen unter die allgemeine Haftung bis 1.000.-- Franken.

In Italien ist die Haftung für alle Sachen auf 200 000 Lire (= ca. DM 1.280.--) begrenzt (Art. 1784 Abs.1 Codice civile). Die Haftung ist unbegrenzt, wenn der Gastwirt sich ohne gerechtfertigte Gründe weigert, Sachen des Gastes in Obhut zu nehmen. Er kann sich weigern, Sachen anzunehmen, die im Verhältnis zur Bedeutung des Gasthofes übermäßig wertvoll sind oder das Fassungsvermögen der Räumlichkeiten überschreiten (Art. 1784 Abs.2 Ziff. 2 Codice civile). Für die in Obhut genommenen Sachen haftet der Gastwirt nach den Regeln des Verwahrungsvertrages (Art. 1783 Codice civile).

E. Ausschluß der Haftung

1. Gesetzlicher Ausschluß

In Frankreich ist die Haftung für Diebstähle mit bewaffneter Hand oder sonstige höhere Gewalt (Art. 1954 Code civil) und bei Verschulden des Gastes ¹⁾ ausgeschlossen.

In Deutschland und der Schweiz ist die Haftung ausgeschlossen, wenn der Schaden durch den Gast selbst, seine Begleiter, Dienstleute oder Besucher, durch die Beschaffenheit der Sache oder durch höhere Gewalt verursacht worden ist (§ 701 Abs. 1 Satz 2 BGB; Art. 487 Abs.1 OR).

In Italien entfällt die Haftung, soweit der Schaden

1) Planiol-Ripert Nr. 1189.

auf ein schweres Verschulden des Gastes oder Personen zurückzuführen ist, die von ihm abhängig sind, ihn besuchen oder begleiten. Geht die Sache unter oder wird sie beschädigt, so ist die Haftung auch dann ausgeschlossen, wenn der Schaden durch die Natur der Sache, ihre Fehlerhaftigkeit oder durch Zufall verursacht wird (Art. 1784 Abs.3 Codice civile). Für das typische Betriebsrisiko der Entwendung muß der Gastwirt also auch bei Zufall einstehen¹⁾.

In Österreich ist die Haftung ausgeschlossen, wenn der Schaden weder durch den Gastwirt, noch seine Angestellten, noch durch fremde Personen, die im Hause ein- und ausgehen, verursacht wird (§ 970 Abs. 1 Satz 1 ABGB).

2. Vertraglicher Ausschluß

Nicht vertraglich ausgeschlossen werden kann die Haftung in Italien. Ein Vertrag dieser Art ist nichtig (Art. 1784 Abs. 4 Codice civile). Möglich ist nur, die Haftung für verwahrte Sachen auszuschließen.

In Österreich darf die Haftung nur herabgesetzt werden, jedoch nicht unter die gesetzlichen Höchstgrenzen, also unter 3.000.-- S für normale Sachen und 1.500.-- S für Wertsachen.

In Deutschland, Frankreich und der Schweiz ist ein vertraglicher Ausschluß zulässig.

Für die Herabsetzung oder den Ausschluß der Haftung genügt ein Anschlag nach deutschem, österreichischem und schweizerischem Recht nicht (§ 701 Abs. 3 BGB, § 970 a ABGB, Art. 489 Abs. 2 OR), nach französischem Recht ist seine Gültigkeit umstritten²⁾.

1) Abletshauser S. 143; Scialoja-Branca Art.1783-1785 Anm.

2) Heinsheimer Anm. zu Art. 1954; Planiol-Ripert Nr.1191. 7,2 b.

Anhang: Europäische Konvention

Am 17. Dezember 1962 wurde von den meisten Mitgliedsstaaten des Europarates¹⁾ eine Konvention²⁾ zur Vereinheitlichung der Gastwirthaftung unterzeichnet, die allerdings bisher noch nicht ratifiziert worden ist. Sie verpflichtet die Vertragsstaaten, ihr nationales Recht mit den im Anhang des Abkommens niedergelegten Rechtsgrundsätzen in Einklang zu bringen und zu halten. Diese Grundsätze stellen aber lediglich Mindestbedingungen zu Gunsten der Gäste dar. Es ist also jedem Land freigestellt, schärfere Haftungsbestimmungen zu erlassen.

Die §§ 701 ff. BGB genügen in den meisten Punkten den durch die Konvention festgelegten Mindestbedingungen. Diese gehen nur insoweit über das deutsche Recht hinaus, als eine vertragliche Freizeichnung von der Haftung für Verschulden ganz und von der Haftung ohne Verschulden bis in Höhe eines Haftungshöchstbetrages von mindestens DM 1.000.-- ausgeschlossen ist.

Sonstige wesentliche Unterschiede zum deutschen Recht bestehen insbesondere darin, daß die ohne Verschulden eintretende Haftung der Höhe nach begrenzt ist und Fahrzeuge jeder Art und deren Inhalt von der Haftung ausgenommen sind.

Text des Anhangs der Konvention³⁾

Artikel 1

1. Ein Hotelier ist zum Ersatz des Schadens verpflichtet, der durch Beschädigung, Zerstörung oder Verlust einer Sache entsteht, die von einem Gast in das Hotel eingebracht worden ist, sofern dieser dort absteigt und eine Übernachtung

1) Auch der Bundesrepublik.

2) Verbindliche Vertragssprache ist Englisch und Französisch, veröffentlicht als No. 41 European Treaty Series = No. 41 Série des Traités et Conventions européens.

3) Übersetzung des Verfassers. Eine amtliche deutsche Übersetzung liegt noch nicht vor.

tungsmöglichkeit zur Verfügung hat.

2. Als in das Hotel eingebracht sind anzusehen:

- (a) Sachen, die sich während der Zeit im Hotel befinden, in der der Gast die Übernachtungsmöglichkeit zur Verfügung hat;
- (b) Sachen, die der Hotelier oder eine Person, für die er verantwortlich ist, außerhalb des Hotels in Obhut nimmt, wenn der Gast in diesem Zeitpunkt die Übernachtungsmöglichkeit zur Verfügung hat;
oder
- (c) Sachen, die der Hotelier oder eine Person, für die er verantwortlich ist, innerhalb oder außerhalb des Hotels während einer angemessenen Frist vor oder nach der Zeit, in welcher der Gast die Übernachtungsmöglichkeit zur Verfügung hat, in Obhut nimmt.

3. Die Haftung gemäß dieses Artikels ist beschränkt auf den Gegenwert von 3.000.-- Goldfranken.

4. Der Goldfranken im Sinne des vorangegangenen Absatzes bedeutet eine Einheit, bestehend aus 65 1/2 Milligramm Gold von 900/1000 Feingehalt¹⁾.

Artikel 2

1. Die Haftung des Hoteliers ist unbeschränkt:

- (a) wenn ihm die Sachen zur Aufbewahrung übergeben worden sind;
- (b) wenn er die Aufbewahrung der Sachen abgelehnt hat, obwohl er verpflichtet war, sie anzunehmen.

2. Der Hotelier ist verpflichtet, Wertpapiere, Geld und Wertsachen anzunehmen; er kann solche Sachen nur zurückweisen, wenn sie gefährlich oder im Hinblick auf die Größe

1) 3.000 Goldfranken = DM 983,74 (1 kg 1000/1000 Feingold = DM 4.501,10).

und den Rang des Hotels von übermäßigem Wert oder Umfang sind.

3. Der Hotelier kann verlangen, daß sich die Sache in einer verschlossenen oder gesiegelten Umhüllung befindet.

Artikel 3

Der Hotelier ist nicht haftbar insoweit, als die Beschädigung, die Zerstörung oder der Verlust verursacht ist

- (a) durch den Gast oder Personen, die ihn begleiten, in seinem Dienst stehen oder ihn besuchen;
- (b) durch höhere Gewalt;
- (c) durch die Beschaffenheit der Sache.

Artikel 4

Der Hotelier haftet ohne die Beschränkung des Artikels 1 § 3 des Anhangs, wenn die Beschädigung, die Zerstörung oder der Verlust von ihm oder von Personen verschuldet worden ist, für die er verantwortlich ist.

Artikel 5

Mit Ausnahme der Ansprüche aus Artikel 4 des Anhangs verliert der Gast die Vorteile dieser Bestimmungen, wenn er nicht unverzüglich, nachdem er die Beschädigung, die Zerstörung oder den Verlust entdeckt hat, dies dem Hotelier anzeigt.

Artikel 6

Eine Erklärung oder Vereinbarung, die darauf gerichtet ist, die Haftung des Hoteliers im voraus auszuschließen oder zu beschränken, ist nichtig.

Artikel 7

Diese Bestimmungen des Anhangs finden keine Anwendung auf Fahrzeuge, Sachen, die in einem Fahrzeug zurückgelassen sind, und auf lebende Tiere.

II. NOTWENDIGKEIT EINER SONDERREGELUNG

Ob eine besondere Haftung des Gastwirts erforderlich ist, hängt davon ab, inwieweit mit den allgemeinen Regeln des Schuldrechts auszukommen ist. Es soll daher zunächst die Rechtslage geprüft werden, die sich in Anwendung der allgemeinen Regeln des Schuldrechts ohne Berücksichtigung der §§ 701 ff BGB ergibt. Sodann soll die Interessenlage von Gast und Wirt dargestellt werden, um zu ermitteln, welche Regelung diesem Verhältnis angemessen ist. Ein Vergleich der Ergebnisse beider Untersuchungen wird zeigen, ob eine gesetzliche Sonderregelung notwendig ist oder nicht.

A. Der Rechtszustand ohne die §§ 701 ff. BGB

Sieht man von den Ansprüchen aus den §§ 701 ff. BGB ab, so stehen dem Gast gegen den Gastwirt Ansprüche aus dem Beherbergungsvertrag und aus unerlaubter Handlung zu.

Da die Ansprüche aus unerlaubter Handlung bei Sachschäden nicht über die Vertragsansprüche hinausgehen, wird von einer näheren Erörterung abgesehen. Zur Begründung eines Anspruchs aus dem Beherbergungsvertrag sind folgende drei Möglichkeiten denkbar:

1. Man hält die sichere Unterbringung des Gepäcks genauso für eine Leistungspflicht wie die Beherbergung des Gastes selbst, sieht sie also als eine Hauptpflicht des Vertrages an. Es kämen dann die §§ 275, 276, 278, 280, 282, 323, 324, 325 zur Anwendung.
2. Man sieht in der sicheren Unterbringung des Gepäcks eine aus § 242 BGB abzuleitende unselbständige Nebenpflicht. In diesem Fall könnte der Gastwirt wegen positiver Vertragsverletzung in Anspruch genommen werden, und es kämen die §§ 275, 276, 278, 280, 282, 285 analog zur Anwendung.
3. Man nimmt an, der Beherbergungsvertrag enthalte eine unbedingte Garantie für die Unversehrtheit der eingebrachten Sachen.

ad 1 und 2). Die Abgrenzung zwischen Haupt- und unselbstständiger Nebenpflicht ist fließend, da es letztlich vom Parteiwillen abhängt, was als Haupt- oder Nebenpflicht zu gelten hat¹⁾. Die unselbstständigen Nebenpflichten sind nicht einklagbar²⁾ und ihre Verletzung begründet keine teilweise Unmöglichkeit der geschuldeten Leistung³⁾. Beim Beherbergungsvertrag kann die Sicherungspflicht schon deswegen nicht eingeklagt werden, weil der Gastwirt nicht zu bestimmten Maßnahmen verpflichtet ist. Es handelt sich nur um eine besondere Treupflicht, die den Leistungserfolg der Hauptforderung sichern soll. Man wird daher die Sicherungspflicht für das Gepäck als eine unselbstständige Nebenpflicht ansehen können.

Im übrigen kommt dem Unterschied für diese Untersuchung keine Bedeutung zu, da die Rechtsfolge des Schadenersatzes, die für unsere Betrachtung allein interessiert, bei der Annahme einer Haupt- wie einer Nebenpflicht unter denselben Bedingungen eintritt. In beiden Fällen hat der Gastwirt nur im Falle eigenen Verschuldens oder des seines Personals Schadenersatz zu leisten. Einzig zweifelhaft könnte sein, ob er auch bei Annahme einer unselbstständigen Nebenpflicht den Entlastungsbeweis analog den §§ 282, 285 BGB führen müßte. Es ist jedoch ständige Rechtsprechung, daß sich der Schuldner bei Ansprüchen aus positiver Vertragsverletzung entlasten muß⁴⁾.

ad 3). Eine Garantiepflicht des Gastwirts könnte bestehen, wenn er sie ausdrücklich übernommen hätte. Dies wird wohl so gut wie nie vorkommen. Es käme daher nur eine Garantieerklärung durch konkludentes Handeln in Betracht. Jedoch lassen sich aus den Handlungen des Gastwirts keine

-
- 1) Esser: Schuldrecht § 32, 5 = S.105; Larenz I § 22 II b = S. 267.
 - 2) Esser: Schuldrecht § 32, 7 und 8 = S. 106 f.; Larenz I § 2 I = S. 7; Enn.-Lehmann § 4 I 2 = S. 21; Erman § 242 Anm. III 2 b.
 - 3) Enn.-Lehmann § 4 II 2 = S. 21.
 - 4) RGZ 169,84,97; BGH NJW 62,31; Leonhard S. 266; RGRKomm. Vorb. 1 vor § 701.

Anzeichen entnehmen, die als eine derartige Garantieerklärung ausgelegt werden könnten. In der Eröffnung des Betriebes eine derartige Erklärung zu sehen, ist eine reine Fiktion¹⁾. Auf eine Garantiepflicht können daher Ersatzansprüche nicht gestützt werden.

Es bleibt daher bei dem Ergebnis, daß der Gastwirt nur im Falle eigenen Verschuldens oder bei Verschulden seines Personals haften würde, allerdings unter Umkehrung der Beweislast.

Damit ist jedoch lediglich das Haftungsprinzip genannt. Wie es sich jedoch im Verhältnis Wirt - Gast auswirken würde, ist damit noch nicht dargelegt. Gerade dies jedoch ist von entscheidender Wichtigkeit, um einen einigermaßen brauchbaren Vergleich zu einer Sonderregelung ziehen zu können.

Ob ein fahrlässiges Verschulden anzunehmen ist oder nicht, hängt von dem Grade der Sorgfaltspflicht ab, die der Schuldner zu beobachten hat. Nun ist der Gastwirt unstreitig verpflichtet, für die Sicherheit des Gepäcks seiner Gäste zu sorgen²⁾. Aber wie weit reicht diese Verpflichtung, d.h. welche Sorgfalt muß der Gastwirt anwenden? Gemäß § 276 BGB hat der Gastwirt die im Verkehr erforderliche Sorgfalt anzuwenden. Diese richtet sich nach der Berufsgruppe und nach den Verhältnissen des einzelnen Falles. Danach hat er die Sorgfalt eines ordentlichen Gastwirts zu beobachten. Es wird zwar die Meinung vertreten, die Sorgfalt des "ordentlichen" Gastwirts, Frachtführers, Spediteurs usw. sei strenger als die des § 276 BGB³⁾. Diese Meinung übersieht jedoch, daß sich die Sorgfalt des § 276 BGB bereits nach den Anforderungen der betreffenden Berufsgruppe richtet⁴⁾. Und was ist das anderes als die Sorgfalt des ordentlichen Handwerkers, Frachtführers und Gastwirts⁵⁾.

1) Müller-Erzbach ACP 106, 337.

2) Staud.-Nipperdey § 702 Anm. 13; Mot. II S. 589 = Mugdan II S. 329.

3) So für den Gastwirt insbesondere Haub: S. 68, 85; Ziermann S. 128.

4) Esser: Schuldrecht § 56, 5.

5) Vgl. Esser, Schuldrecht § 56, 5.

Aber worin besteht die Sorgfalt des ordentlichen Gastwirts hinsichtlich der Sicherung des Gepäcks? Oder anders gefragt: Wie weit geht seine Nebenverpflichtung zur Gepäcksicherung, d.h. welche Leistungen im Sinne zusätzlichen Aufwandes schuldet der Gastwirt für den Durchschnittsvertrag nach Treu und Glauben?

Hierauf genau zu antworten, ist recht schwierig. Nach Esser¹⁾ hat der Schuldner soweit zu leisten, wie es eine fachmännische Bedienung und eine Zweckfürsorge erheischen²⁾. Eine detaillierte Definition müßte bereits die einzelnen Pflichten in einem Katalog aufzählen. Diese nähere Bestimmung obliegt jedoch bei der Verschuldenshaftung der Rechtsprechung. Für die Sicherungspflicht des Gastwirts gibt es eine solche Rechtsprechung wegen §§ 701 ff. BGB bisher nur für den Fall, daß Wertsachen über DM 1.000.-- entwendet wurden.

In einem Urteil des RG³⁾ war es einem Gastwirt als Fahrlässigkeit angerechnet worden, daß von einer Doppeltür des Gastzimmers die äußere Tür mit einem Passepartout (Hauptschlüssel) der Angestellten geöffnet werden konnte und die Innentür mit einem Riegel zu verschließen war, den man auch von außen öffnen konnte, wenn man den an der Außenseite herausragenden Dorn faßte und umdrehte. In einem Fall, den das OLG Koblenz⁴⁾ zu entscheiden hatte, war ein Einsteigedieb in ein im 1. Stock gelegenes Balkonzimmer eingedrungen. Das OLG führte - allerdings um das Vorliegen höherer Gewalt auszuschließen - aus, es sei für einen Einsteigedieb nicht schwer gewesen, über die Markisenstange vom Erdgeschoß auf den nach der Straße gelegenen Balkon des Eckzimmers zu gelangen. Der Gastwirt habe bei dieser Sachlage nicht alle ihm zumutbaren Maßnahmen getroffen, die von ihm im Interesse der Sicherheit seiner Gäste gefordert werden müßten (!).

1) Esser: Schuldrecht § 32, 6.

2) ähnlich auch Langen S. 71.

3) Urt. v. 28. Febr. 1911 RGZ 75, 386, 391-92.

4) Urt. v. 18. 5. 1955 VersR 55, 439, 440.

Mit diesen Beispielen sollte gezeigt werden, wie streng die Sorgfaltsanforderungen im Falle einer Verschuldenshaftung wahrscheinlich sein würden. Es ist durchaus denkbar, daß die Haftung nach Verschuldungsgrundsätzen in ihren Ergebnissen nahe an die jetzige Regelung herankäme, wenn man von der sehr umstrittenen Haftung für Kraftfahrzeuge und für das darin zurückgelassene Gepäck absieht. Es würde dann eine ähnliche Entwicklung eintreten wie bei der Rechtsprechung zu den allgemeinen Verkehrs- und Sicherungspflichten¹⁾. Hier wurden die Sorgfaltspflichten im Interesse einer gerechten Wertung so überspannt, daß man in bestimmten Rechtsgebieten von einer Kausalhaftung sprechen kann²⁾, also das Verschulden lediglich fingiert wird³⁾.

Ob eine solche Entwicklung wirklich kommen würde, läßt sich nicht voraussagen. Eine gewisse Gefahr hierzu ist allerdings feststellbar. Denn mit der Einführung einer Verschuldenshaftung würde die Rechtsprechung gezwungen, die Interessenwertung zwischen Gast und Gastwirt über die Sorgfaltsanforderungen vorzunehmen⁴⁾, während sie jetzt in den gesetzlichen Tatbeständen offenliegt. Auf jeden Fall würde ein Wegfall der §§ 701 ff. zunächst eine gewisse Rechtsunsicherheit bringen, bis sich eine feste Rechtsprechung gebildet hätte.

B. Die Interessenlage zwischen Gast und Gastwirt

1. Die Grenzen einer gesetzlichen Regelung

Bei der Bestimmung dieser Grenzen ist davon auszugehen, welche Aufgabe das Gesetz hat. Es soll eine Regelung

1) Beispiele bei Esser: Grundlagen S. 24 - 27.

2) Esser: Grundlagen S. 28 und 32; Esser JZ 53,129; Krasny: Verh,DJT 31, 2.Bd.,S.547.

3) Müller-Erzbach AcP 106,327; Öchslin: S.304.

4) So vertritt z.B. Riedel in Staud.-Riedel § 644 Anm.6 die Auffassung, es gehöre zur Sorgfaltspflicht des Unternehmers, den Stoff, der auf Grund des Werkvertrages in seine Obhut gelange, zu versichern.

schaffen, nach der eine möglichst große Zahl tatsächlicher Fälle abgewickelt werden kann. Das Gesetz muß sich darauf beschränken, den Normalfall, das typische Lebensverhältnis¹⁾ zu regeln.

Daher kann z.B. auf die Interessenlage des Millionärs in einem Luxushotel keine Rücksicht genommen werden. Es muß vielmehr versucht werden, die Interessenlage des Durchschnittsgastes zur Grundlage zu machen.

2. Darstellung des typischen Lebensverhältnisses

Die Haftungsbestimmungen sollen regeln, in welchem Umfang Wirt und Gast den Schaden zu tragen haben, der durch den zufälligen Verlust oder die zufällige Beschädigung der mitgeführten Sachen dem Gast entsteht. Sie stellen also eine Risikoverteilung²⁾ zwischen Gastwirt und Gast dar.

Diese Beziehung Gastwirt - Gast entsteht daraus, daß der Wirt, der die Beherbergung als Gewerbe betreibt, den Gast in diesen Gewerbebetrieb aufnimmt. Diese Aufnahme vollzieht sich in der Regel im Zusammenhang mit dem Abschluß des Beherbergungsvertrages³⁾, in dem die beiderseitigen Verpflichtungen und Berechtigungen festgelegt sind. Es drängt sich daher die Frage auf, ob nicht die Haftungsregelung zu diesem Beherbergungsvertrag in einer Beziehung steht.

Auf den ersten Blick wird man sagen können, daß die Haftungsregelung erst dann Sinn und Zweck bekommt, wenn sie mit dem Beherbergungsvertrag zusammen gesehen wird. Sie ist auf den Beherbergungsvertrag abgestellt. Obwohl sie von einem wirksamen Abschluß unabhängig ist, füllt sie ihn mangels einer anderweitigen Regelung hinsichtlich der Haftung für die eingebrachten Sachen aus⁴⁾. Daraus folgt

1) Müller-Erzbach: Rechtswissenschaft S.2.

2) Wussow: Ziff. 951.

3) Achilles-Greif: Vorbem. zu § 701; Endemann § 186,1 =S.1166

4) Eschenburg: S.25.

aber, daß die Haftungsbestimmungen in der Regel die Beziehungen von Personen festlegen, die in einem Vertragsverhältnis stehen, zumindest jedoch ein solches anstreben. Es handelt sich also um eine Haftungsregelung zwischen Vertragspartnern¹⁾.

Mit dieser Feststellung soll nicht erneut der alte Streit aufgenommen werden, ob die Grundlage der Haftung in einem Vertrag oder in der Erfüllung der gesetzlichen Tatbestandsmerkmale zu sehen ist. Dieser Streit hat mit der Frage nach dem rechtspolitischen Grund der Haftung nichts zu tun. Es ist ganz gleich, ob man die Haftungsregelung nur anwenden will, wenn ein Beherbergungsvertrag wirksam geschlossen wurde, oder ob man bereits tatsächliche Merkmale wie die Aufnahme des Gastes und die Einbringung des Gepäcks genügen läßt. In beiden Fällen ist das vom Gesetzgeber ins Auge gefaßte und zu regelnde Lebensverhältnis Teil eines zwischen Wirt und Gast bestehenden oder angestrebten Vertrages²⁾. Selbst im Gesetz findet sich ein Hinweis, daß die Haftung aus einem rechtsgeschäftlichen Verhältnis kommt: Die Haftungsansprüche verjähren nach § 195 BGB und nicht nach § 852 BGB³⁾. Beim typischen Fall der Gastwirtschaft geht es also darum, welcher der beiden Vertragspartner, Gastwirt oder Gast, die Gefahr eines von keinem verschuldeten Schadens trägt. Es handelt sich somit um ein Problem der Gefahrtragung innerhalb eines Schuldverhältnisses. Nach der Grundregel unseres Vertragsrechtes trägt der Eigentümer die Wertgefahr der Sache. Dies ergibt sich aus § 276 Abs. 1 Satz 1 BGB und wird z.B. beim Werkvertrag (§ 644 Abs.1 Satz 3 BGB) ausdrücklich wiederholt^{4,5)}. Sogar der Besitzer radioaktiver Stoffe, der nicht Inhaber einer Atomanlage ist, haftet

1) So auch Stand.-Coing § 203 Ziff. 4a.

2) Rinck: S.12; Enn.-Nipperdey: § 218 IV.

3) Endemann: §.186,1 = S.1167 Anm.8; Abletshausen S.19.

4) Esser: Schuldrecht § 135 A 1 b = S.606; Staud.-Riedel § 644 Anm.6; Larenz II § 49 III a = S.201.

5) Ebenso in den §§ 309 Abs.1 HGB; 407 Abs.2 und 417 Abs.1 i.V.m. § 309 Abs. 1 HGB; § 429 Abs.1 HGB; § 606 HGB; §§ 44, 45 Luftverkehrsgesetz, Art. 18, 20 des Abkommens zur Vereinheitlichung von Regeln über die Beförderung im Internationalen Luftverkehr (Warschauer Abkommen BGBl II 1958 S.312).

nicht für zufälligen Schaden, wenn zwischen ihm und dem Verletzten ein Rechtsverhältnis besteht, auf Grund dessen dieser die von dem Stoff ausgehende Gefahr in Kauf genommen hat¹⁾.

Eine Durchbrechung dieses Grundsatzes findet sich nur für die Beförderung von Gütern mit der Eisenbahn²⁾ und mit Fernlastern³⁾.

Es fragt sich daher, warum bei dem Vertragsverhältnis zwischen Gastwirt und Gast von der Grundregel unseres Vertragsrechts eine Ausnahme gemacht wird.

3. Darstellung der Gefahrenlage

In diesem Abschnitt soll dargestellt werden, welche Gefahren dem Gepäck bei einem Aufenthalt in einem Gasthof oder Hotel drohen. Dabei sollen insbesondere Eigenschaften und Einrichtungen des Gastwirtschaftsbetriebes gezeigt werden, die mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit⁴⁾ einen Schaden an den eingebrachten Sachen der Gäste verursachen können.

a. Am häufigsten wird hierfür der dauernde Personenwechsel im Gasthof angeführt, die Gefahr des offenen Hauses⁵⁾.

In der Tat gehen viele Personen im Gasthof ein und aus, ohne daß sie wirksam zu kontrollieren sind. Eine Überprüfung ist schwierig und daher auch bei großer Anstrengung lückenhaft

1) § 26 Abs. 4 Nr. 2 AtomG.

2) §§ 82 ff. Eisenbahn-Verkehrsordnung i.V.m. §§ 458 Abs. 2 Satz 1 und § 454 HGB und § 1 SHG für die Sachen, die der Fahrgast mit sich führt.

3) §§ 29 bis 34 Kraftverkehrsordnung; vgl. unten S. 32.

4) Definition nach Müller-Erzbach AcP 106, 360.

5) Biermann VerhDJT 22, 4. Bd., S. 117; de Boor: S. 322; Cosack-Mitteis, S. 216 II = S. 714; Endemann: § 186, 3 b = S. 1169; Enn.-Lehmann: § 172 II, Eschenburg: S. 22; G. Fischer: S. 82; Gelpcke: VerhDJT 22, 1. Bd., S. 370; Glaser JR 55, 334; Graf: S. 13; Oertmann "Der junge Rechtsgelehrte" 1934, 259; M. Rümelin: Zufall S. 32; Schlemmer: S. 30; Strauß: S. 40, Staud. Nipperdey Vorb. 6 vor § 701; Weiss: S. 43; Ziermann S. 24 u. 123; Oertmann Gesetz und Recht 1920, 24; Scheye S. 3; Weimar VN 59, 23, RGZ 103, 9, 10; 112, 58.

denn sie muß sich mehr oder weniger auf Äußerlichkeiten beschränken. Daher können sich unlautere Elemente unter den Gästen selbst befinden wie auch unter den Besuchern, Handwerkern und Lieferanten u.s.w. Jeder, der erst einmal im Hotel ist, also die Pforte passiert hat, hat Zugang zu den Fluren und damit zu den Zimmern, wo sich normalerweise die Sachen befinden.

Bei diesem dauernden Kommen und Gehen ist es daher leicht, sich unbemerkt und unauffällig in den Besitz von Gegenständen zu setzen - diese werden ja in den Zimmern nur in den seltensten Fällen verschlossen gehalten - und diese ebenso unauffällig mitzunehmen, da laufend Leute mit Taschen, Koffern usw. ein- und ausgehen.

Im leichten Zugang ins Haus und im verhältnismäßig einfachen Zugang zu den Sachen sowie im unauffälligen Abtransport liegt eine typische Gefahr des Gasthauses.

b. Eine weitere Gefahrenquelle sei das im Hotel tätige Personal¹⁾. Es hat durch seine Berufsarbeit noch leichter Zugang zum Gepäck, wenn auch mehr Schwierigkeiten beim Abtransport umfangreicher Sachen. Außerdem ist die Versuchung zum Diebstahl besonders groß, da das Personal oft unabsichtlich in Situationen kommt, die zum Diebstahl reizen, zumal ihm bekannt ist, daß ein Nachweis wegen der vielen anderen Diebstahlsmöglichkeiten nur schwer erbracht werden kann.

Auch wird angeführt, es liege eine besondere Gefahr darin, daß das Personal dem Gast fremd sei und er auf die Auswahl keinen Einfluß habe. Es ist jedoch nicht einzusehen, warum sich dadurch die Gefahr eines Diebstahls wesentlich erhöhen sollte, da das Kennen des potentiellen Diebes den Diebstahl nicht ausschließt. Im übrigen kommt dem ganzen Argument deswegen keine große Bedeutung zu, weil der Gastwirt für seine Leute schon gemäß § 278 BGB einstehen muß. Die Gefahr des Personals trifft also auch bei einer Verschuldenshaftung mit Be-

1) Eschenburg: S. 22; Fischer: S.82; Graf S.14; Molitor: § 171; Oertmann: "Der junge Rechtsgelehrte" 1934,259; Scheye S.3; Schlemmer S.30; Strauß S. 20 u. 41.

weislastumkehr stets den Gastwirt und niemals den Gast.

c. Als dritter Gefahrenpunkt wird die Enge des Raumes angeführt¹⁾. Auf einem verhältnismäßig engen Raum häuften sich Vermögenswerte, die meist nicht unter besonderem Verschuß gehalten oder beaufsichtigt wurden. Das Wohnen Tür an Tür, die Gelegenheiten zum Ausspähen und die Möglichkeit, sich rasch und unauffällig zu nähern und zu entfernen, begünstigen einen Diebstahl. Hinzu komme, daß durch das Zusammensein in einem Haus sich die Unvorsichtigkeit eines Einzelnen auf alle Gäste auswirke, sei es eine offen gelassene Haustür oder unvorsichtiges Umgehen mit Feuer und Elektrizität²⁾.

Diesem Argument ist eine gewisse Berechtigung nicht abzusprechen, da durch die Enge des Raumes die ohnehin bestehende Diebstahlsgefahr noch gesteigert wird. Es läßt sich aber daraus keine besondere Brand- oder sonstige Beschädigungsgefahr ableiten, die größer wäre als in einem Miets- oder Geschäftshaus.

d. Als vierter Punkt wird angeführt, daß alle diese Gefahren noch dadurch potenziert würden, daß das Gasthaus auch bei Nacht im Betrieb sei³⁾.

Es ist nicht zu leugnen, daß nachts die Sicherheitsvorkehrungen erheblich geringer sind, da außer dem Nachtportier in großen Häusern kein Personal Dienst verrichtet und auch das Gepäck nicht besonders eingeschlossen wird. Hierdurch wird ein Diebstahl noch mehr begünstigt.

Zusammenfassend läßt sich daher sagen, daß der Gasthofbetrieb bestimmte Gefahren für die eingebrachten Sachen der Gäste naturnotwendig mit sich bringt⁴⁾. An erster

1) Schlemmer S. 30 f.; G.Fischer S.82; Oertmann "Der junge Rechtsgelehrte" 1934, 259.

2) Eschenburg: S.22; Fischer: S.82; Oertmann "Der junge Rechtsgelehrte" 1934, 259.

3) Fischer: S.82.

4) a.A. Kohler: § 185 II = S.501.

Stelle ist typisch die Verlustgefahr durch Diebstahl, wo-
gegen die Gefahr einer Beschädigung sehr gering ist¹⁾.
Man kann sie daher nicht mehr als typische Betriebsgefahr
bezeichnen.

4. Die einzelnen Interessen von Gastwirt und Gast

Könnte auch festgestellt werden, daß die eingebrachten
Sachen der Gäste typischen Risiken ausgesetzt sind, so ist
damit noch nicht gesagt, wer diese Risiken tragen soll²⁾.
Würde man den Beherbergungsvertrag bis in alle Einzelhei-
ten aushandeln, so wäre es eine kluge Vorsorge, auch darü-
ber eine Vereinbarung zu treffen. Im Einzelfall würde der
Preis eine entscheidende Rolle spielen, da der Gastwirt
gegen ein höheres Entgelt auch ein größeres Risiko über-
nehmen oder eine größere Sicherheitsgarantie geben würde.
Dieser rein wirtschaftliche Weg ist für eine typische Re-
gelung des Beherbergungsvertrages nicht gangbar, da hier
gerade bestimmt werden soll, welches Risiko der Gastwirt
und welches der Gast bei einem vereinbarten Preis tragen
soll. Man muß daher untersuchen, wie dieses Risiko für
beide Teile am vorteilhaftesten verteilt werden kann, und
wird es demjenigen auferlegen, der es am einfachsten und
wirtschaftlichsten tragen kann. Damit steht aber noch nicht
fest, daß dieser der endgültige wirtschaftliche Träger des
Risikos ist; denn die einem Vertragsteil auferlegte Be-
lastung kann durch einen entsprechend hohen Preis auf den
anderen abgewälzt werden.

a) Gefährdung durch den Gastwirtschaftsbetrieb

Die strenge Haftung des Gastwirts wird heute vor allem
damit begründet, der Gastwirtschaftsbetrieb gefährde die einge-
brachten Sachen der Gäste. Der Gastwirt habe daher für

1) Gelpcke: VerhDJT 22, 1.Bd., S.372.

2) Öchselin: S.500.

diese Risiken einzustehen, da sie durch seinen Betrieb hervorgerufen werden¹⁾.

Mit diesem Argument wird auf den Grundgedanken der Gefährdungshaftung verwiesen: wer auf Kosten anderer eine Gefahrenlage schafft, hat dafür einzustehen. Dieser Gedanke ist jedoch in unserem Fall nicht verwendbar, da kein Fall der Gefährdungshaftung vorliegt²⁾. Dieses Haftungsinstitut hat nur Gültigkeit für Beziehungen zu Dritten, mit denen der Betriebsinhaber nicht in einem besonderen Verhältnis, z.B. einem Vertragsverhältnis steht, sondern die von dem Betrieb einseitig, ohne ihr Zutun, gefährdet werden³⁾.

Bei der Beziehung zwischen Gastwirt und Gast handelt es sich aber um ein Vertragsverhältnis, bei dem der Gast seine Sachen aus eigenem Interesse in die vom Gastwirt geschaffene Gefahrenlage bringt. Damit liegt jedoch ein Problem der Gefahrtragung vor⁴⁾.

Soweit hierfür eine allgemeine Lösung vorgeschlagen wurde, soll derjenige die Gefahr tragen, der sie im höheren Grade beherrscht⁵⁾.

b) Gefahrbeherrschung und Einstehen für den eigenen Rechts- und Gefahrenkreis

Nach dem Prinzip der Gefahrbeherrschung soll der Vertragspartner den Schaden tragen, der das Risiko des Schadenseintritts zumindest überwiegend in der Hand hat⁶⁾

-
- 1) Biermann, VerhDJT 22, 4.Bd., S.117; de Boor S.322; Cosack: Bürgerl R. § 217II= S.714; Endemann § 186,3b; Enn.-Lehmann § 172II; Eschenburg S.22; G.Fischer S.82; Gelpcke VerhDJT 22, 1.Bd., S.370; Glaser JR 55,334, Graf S.13; Kording VersR 51,236; Leonhard: S.266; Oertmann "Der junge Rechtsgelehrte" 1934, 259; Rink S.12; Rümelin: Zerfall S.30; Strauß S.39 ff; Ziermann S.120.
 - 2) Raape JW 1926, 798; Weimar VersR 61, 1072; Esser:SchuldR S.147,2.
 - 3) Müller-Erzbach AcP 106,352,427.
 - 4) Vgl. oben S. 20.
 - 5) Müller-Erzbach: AcP 106,413.
 - 6) Müller-Erzbach AcP 106,413; Willburg S.15.

und daher Schäden noch am ehesten verhüten kann. Es wird nun behauptet, der Gastwirt habe diese Möglichkeit. Er könne durch Anbringen von sicheren Schlössern, Überwachen der Zu- und Ausgänge, Korridore und Treppen, sorgfältige Auswahl des Personals, Aufstellen einer entsprechenden Hausordnung usw. die Betriebsgefahren seines Betriebes weitgehend mindern. Der Gast hingegen habe kaum derartige Möglichkeiten, da er den Betriebsablauf nicht beeinflussen könne. Auch könne er seine Sachen weder ständig beaufsichtigen, noch so verschließen, daß sie vor Diebstahl sicher seien. Seine Einwirkungsmöglichkeit sei daher darauf beschränkt, die Sicherungen auszunützen, die der Gastwirt ihm zu Verfügung stelle¹⁾. Dieses Prinzip der Gefahrbeherrschung ist auf den Gastwirtsbetrieb - wie übrigens auf jeden Betrieb - anwendbar. Man darf jedoch die Grenze seiner Anwendbarkeit nicht übersehen. Es kann nur soweit eine Haftung ohne Verschulden begründen, als der Gastwirt eine reale Möglichkeit hat, Schäden zu verhüten. In allen Fällen, in denen eine solche Möglichkeit fehlt, z.B. bei Diebstählen durch berufsmäßige Hoteldiebe oder insbesondere bei der Sicherung von Kraftfahrzeugen und des darin zurückgelassenen Gepäcks - und dies sind gerade die entscheidenden Fälle - vermag dieses Argument nicht zu überzeugen²⁾.

Außerdem müssen auch gegen das Prinzip der Gefahrbeherrschung selbst Einwände erhoben werden, die es ebenfalls zumindest zur alleinigen Begründung der strengen Haftung nicht geeignet erscheinen lassen. In der Praxis ist nicht nur entscheidend, ob ein Schadenseintritt verhütet werden kann, sondern auch, ob es wirtschaftlich vertretbar ist, alle Schadensmöglichkeiten auszuschließen. Oft ist es billiger, ab und zu einen Schaden in Kauf zu nehmen, als ihn

-
- 1) Berendes S.4; Glück 4.Buch, 9.Titel § 486 und 487 = S.110; Koenigs JR 55,15; Oertmann Recht 1922, 5 und 8; Schlemmer S. 82 und 109; Unger S.87; Weiss S.44 LG Berlin (51 S 407/57) VN 59,42.
 - 2) Auch Müller- Erzbach, AcP 106,415, verweist ausdrücklich auf diese Grenze.

mit teuren Mitteln zu verhindern. Nach dem Prinzip der Gefahrbeherrschung ist daher die Haftung auf die Fälle begrenzt, in denen eine Bekämpfung der Gefahren nach wirtschaftlichen Grundsätzen vertretbar ist¹⁾. Damit aber geht dieses Prinzip bei konsequenter Anwendung nicht über die Verschuldenshaftung hinaus²⁾. Denn der Gastwirt, der wirtschaftlich zumutbare Vorsichtsmaßregeln unterläßt, handelt nicht mehr mit der Sorgfalt eines ordentlichen Gastwirts, sondern fahrlässig³⁾.

Wendet man aber das Prinzip der Gefahrbeherrschung ohne diese ihm immanente Grenze an, so wird noch ein anderer Rechtsgedanke mit herangezogen. Die Begründung stützt sich dann auch auf den Gedanken des Einstehens für den eigenen Rechts- und Gefahrenkreis, auch Sphärentheorie⁴⁾ genannt. Im allgemeinen wird sie als originäres, nicht weiter zu begründendes Rechtsinstitut bezeichnet⁵⁾.

So richtig dieser Gedanke auch scheint, so wenig ist mit dieser Allgemeinfassung eine Lösung zu finden. Denn das schwierigste Problem, wie die Sphären- oder Gefahrenkreise⁶⁾ abzugrenzen sind, bleibt offen.

Das Prinzip der Gefahrbeherrschung ist eine Abgrenzung des eigenen Gefahrenkreises. Dieser wird soweit erstreckt, wie der Sphäreninhaber seinen Einfluß ausüben kann. Damit ist aber immer noch nicht erklärt, warum so und nicht anders abgegrenzt wird. Man könnte ja auch den eigenen Gefahrenkreis nach dem Eigentum bestimmen. Es fragt sich doch, wodurch die Verpflichtung entsteht, für fremde Sachen, die in den eigenen Einflußbereich gelangen, einzustehen. Die Aufforderung oder Erlaubnis, sie einzubringen, begründet zwar eine Einstandspflicht, aber nicht in dieser strengen Form. Nach allgemeinen Grundsätzen des Schuldrechts verpflichtet die Aufforderung oder Erlaubnis nur dazu,

1) Müller-Erzbach AcP 106, 415 f.

2) So im Ergebnis auch Bienenfeld: S.153.

3) Merkel S.210.

4) Kohler: § 185 = S.501; Merkel: S.168.

5) Staud.-Weber § 242 Anm. C 3.

6) Wilburg: S.6.

selbst keine schädigende Handlung zu begehen oder zuzulassen, so daß damit im Höchstfall eine Verschuldenshaftung zu begründen ist. Aber es kann daraus nicht einmal eine Sicherungspflicht, geschweige denn eine Garantie abgeleitet werden. Der Einwand, die Einbringung geschehe im Interesse des Gastwirts, geht fehl. Denn der Gast übernachtet in erster Linie nicht wegen des Gastwirts, sondern in eigenem Interesse¹⁾. Auch der weitergehende Einwand, die Haftung werde durch die Erlaubnis begründet, die Sachen in eine gefährliche Lage zu bringen, führt nicht weiter. Dieser Umstand mag zwar zu einer strengeren Sorgfalt verpflichten, mehr als eine Haftung für Verschulden läßt sich auch hieraus nicht begründen.

Alle diese Argumente mögen die Sorgfaltspflicht erhöhen, sie können aber nicht begründen, daß der Gastwirt für den zufälligen Schaden, den der Gast an seinen Sachen erleidet, aufzukommen hat. Um diese Garantiehafnung geht es aber.

Mit dem Gedanken des Einstehens für den eigenen Rechts- und Gefahrenkreis kann man eine Garantiehafnung erst dann erwägen, wenn der Gast nicht freiwillig in die Gefahrenzone gelangen, sondern hineingezwungen würde. Damit kommt jedoch die weitere Begründung mit herein, der Gast sei auf das Hotel angewiesen. Dieser Gedanke ist noch in anderen Argumenten mitenthalten und wird daher später erörtert werden²⁾.

c) Der Zwang, Sicherheitsvorkehrungen zu treffen.

Von dem Argument, der Gastwirt beherrsche die Gefahr, nicht ganz zu trennen ist die Begründung, mit der strengen Haftung solle der Gastwirt angehalten werden, alles in seiner Macht Stehende zu tun, die Gäste vor Schaden an

1) Brunner S. 13.

2) Vgl. unten S.36f.

ihrem Gepäck zu bewahren¹⁾. Diese Begründung geht insoweit über das Argument der Gefahrbeherrschung hinaus, als dem Gast nicht nur sein Schaden ersetzt, sondern bereits der Schadenseintritt verhütet werden soll.

Um dieses Ziel zu erreichen, mag die strenge Haftung ein taugliches Mittel sein. Aber dies genügt nicht, sie zu rechtfertigen. Hierfür ist vielmehr der Nachweis erforderlich,

1. daß nur die strenge Haftung dem Gast die erforderlichen Sicherheitsvorkehrungen gewährleistet und nicht derselbe Effekt auch mit einem milderem Haftungsprinzip zu erreichen ist und
2. daß der Gastwirt zu Sicherheitsvorkehrungen verpflichtet ist, die über die Sorgfaltspflicht eines ordentlichen Gastwirts hinausgehen.

Wie bereits ausgeführt, bedeutet das Fehlen wirtschaftlich vertretbarer Sicherungsmaßnahmen bereits Fahrlässigkeit²⁾. Eine Meinung hält daher die Haftung für Verschulden für völlig ausreichend, um die erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen zu erzwingen³⁾.

Hiergegen läßt sich einwenden, daß mit dem Entstehen müssen für den Erfolg weniger einer ausgesprochenen Nachlässigkeit des Gastwirts begegnet werden, als vielmehr seine Erfindungsgabe und sein Talent, für Sicherheit zu sorgen, angesprochen werden sollen. Die strenge Haftung will den Gastwirt bevorzugen, bei dem eben kein oder nur höchst selten ein Schaden eintritt. Diese über das Nichtvorhandensein von Fahrlässigkeit hinausgehende Tüchtigkeit ist mit einem Codex von Verhaltensmaßregeln nicht zu bestimmen⁴⁾. Tüchtigkeit kann nicht danach beurteilt werden,

1) Dernburg: SchuldR § 353I = S.600; Pandekten § 39,3=S.109; Gelpcke VerhDJT 22, 1.Bd.S.371; Kording VersR 51,236; Planck-Lobe: BGB Vorb.I vor § 701; M.Rümelin: Zufall S.30; Weiss S.44; LG Berlin (51S 407/57) VN 59,42.

2) Vgl. oben S.27.

3) Graf S. 12; Volkmar S.49 f.

4) G.Rümelin AcP 88,299.

ob jemand etwas falsch oder richtig gemacht hat, sondern der einzige Maßstab ist hierbei der Erfolg¹⁾.

Dieser Argumentation kann eine gewisse Berechtigung nicht abgesprochen werden, jedoch bleibt die Frage, ob dieses Ziel nicht schon dadurch erreicht wird, daß ein Gastwirt, bei dem sich Schadensfälle häufen, Gefahr läuft, den Ruf eines tüchtigen Geschäftsmannes zu verlieren.

Weit entscheidender als diese Frage der Wirksamkeit ist jedoch, warum eigentlich der Gastwirt Sicherheitsvorkehrungen treffen soll, die über das mit Verschulden meßbare Maß hinausgehen? Dies wird entweder mit dem Gefährdungsgedanken²⁾, dem Gedanken der Gefahrbeherrschung³⁾ oder der These begründet, mit der Sicherheit im Gasthaus werde die allgemeine Verkehrssicherheit erhöht.

d) Erhöhung der allgemeine Verkehrssicherheit

Diese These besagt, durch die strengen Haftungsbestimmungen würde die Verkehrssicherheit allgemein erhöht und damit ein qualifizierter Fremdenverkehr ermöglicht, was auch dem Gastwirt wieder zugute käme⁴⁾.

Die Risiken des Reiseverkehrs werden durch die strenge Haftung insoweit gemindert, als man im Hotel seines Gepäcks sicher sein darf. Auch wird der Wirt durch die strenge Haftung mitangehalten, die Schadensfälle aufzuklären⁵⁾, um Wiederholungen zu vermeiden. Dadurch wird die Feststellung der Täter gefördert. Der Wirt würde sich aber ebenso intensiv um die Aufklärung des Schadensfalles und die Ermittlung der Täter bemühen, wenn er nicht so streng haften würde. Etwas anderes könnte man nur behaupten, wenn der

1) G. Rümelin AcP 88,297.

2) Vgl. oben S.24.

3) Vgl. oben S.25.

4) Seifert: S.7; Staud.-Nipperdey: Vorb.7 vor § 701; Weiss S.49.

5) Dernburg: Schuldver. § 353I = S.600.

Wirt bei einer Verschuldenshaftung an der Aufklärung des Falles und der Ermittlung der Täter weniger interessiert wäre. Dies trifft jedoch schon deswegen nicht zu, weil der Gastwirt den Entlastungsbeweis führen muß. Ganz abgesehen davon wird den Gastwirt schon der gute Ruf seines Hauses, der einen erheblichen Vermögenswert darstellen kann, zu eigenen Nachforschungen veranlassen.

Vor allem jedoch bleibt die entscheidende Frage unbeantwortet, warum der Gastwirt die allgemeine Verkehrssicherheit durch die strenge Haftung erhöhen müsse. Man kann genauso den Standpunkt vertreten, es sei nicht Aufgabe des Privatrechts, öffentliche Interessen, wie die allgemeine Verkehrssicherheit, wahrzunehmen, vielmehr habe es nur die Rechtsgüter der Beteiligten zu schützen¹⁾.

Wie § 823 Abs. 2 BGB zeigt, nimmt auch das Privatrecht öffentliche Interessen wahr. Allerdings handelt es sich hierbei nur um Nebenwirkungen, die mit dem Schutz des Einzelnen zwangsläufig verbunden sind. Diese Nebenwirkungen können aber eine privatrechtliche Regelung niemals rechtfertigen. Daher kann die Gastwirthaftung nicht darauf gestützt werden, daß durch sie die allgemeine Verkehrssicherheit erhöht werde.

e) Vergleich mit anderen Gewerben

Die Gastwirte bringen insbesondere vor, für andere Gewerbebezüge würden die bisher angeführten Gesichtspunkte (typische Betriebsgefahren, Gefahrbeherrschung durch den Unternehmer, Erhöhung der betrieblichen und allgemeinen Verkehrssicherheit) ebenso zutreffen wie für den Gastwirtsbetrieb und doch würden diese Gewerbetreibenden nicht einer so strengen Haftung unterliegen. Als Beispiel wird meist

1) G. Fischer S. 80.

die Haftung des Frachtführers angeführt¹⁾. Dieser haftet nicht, wenn er nachweisen kann, der Schaden habe durch die Sorgfalt eines ordentlichen Frachtführers nicht abgewendet werden können (§ 429 HGB). Cosack bezeichnet daher die strenge Haftung des Gastwirts als eine Anomalie²⁾. Es wird jedoch hierbei übersehen, daß die Bestimmung des § 429 HGB durch andere Vorschriften stark modifiziert wird. Die Eisenbahnen haften gemäß den §§ 82 ff. Eisenbahn-Verkehrsordnung i.V.m. §§ 458 Abs.2 Satz 1 und 454 HGB kausal bis DM 100.-- je kg Rohgewicht (§ 85 EVO). Auch der Fernverkehrsunternehmer haftet gemäß den §§ 29 bis 34 Kraftverkehrsordnung ohne Verschulden bis zu bestimmten Höchstbeträgen (höchstens DM 80.-- je kg Rohgewicht).

§ 429 HGB gilt daher nur noch für den Nahverkehr (bis 50 km), den Transport ohne Kraftfahrzeuge und für die Binnenschifffahrt (§ 58 ff. Binnenschifffahrtsgesetz).

Daraus geht hervor, daß es zunächst einer Prüfung bedürfte, ob die Regelung des § 429 HGB interessegerecht ist. Es wäre nämlich auch das umgekehrte Ergebnis denkbar, die Haftung des Frachtführers, soweit dies noch nicht geschehen ist, an die des Gastwirts anzugleichen. Schon Gierke³⁾ hat in seiner Kritik des Entwurfs des BGB die Ansicht vertreten, die Bestimmungen der §§ 701 ff. BGB seien durchaus angemessen, würden aber als eine singuläre Verantwortlichkeit empfunden, da der Entwurf zu wenig dem Gedanken Raum gäbe, daß der Unternehmer eines Betriebes für das mit diesem verbundene Risiko eintreten müsse. Ganz abgesehen davon, beweisen solche pauschale Vergleiche, gleichgültig mit welchem Betrieb, nicht viel. Denn es gibt keinen Betrieb, der sich in der Struktur und damit in den Gefahrenquellen mit dem Gasthausbetrieb ohne weiteres vergleichen

1) Petition der Gastwirte in Gutachten zum BGB: Nachträge S. 475 f; Haub: S.88.

2) 5.Aufl. § 103,3 = S.521.

3) S. 251.

ließe¹⁾. Es fehlt stets das Charakteristikum des wechselnden Verkehrs einander und dem Wirt fremder Personen, denen die eingebrachten Sachen leicht zugänglich sind²⁾.

Für einen wirklich stichhaltigen Vergleich ist die gleiche Untersuchung über die Betriebsgefahren und die Interessenlage notwendig, wie sie hier für den Gasthofsbetrieb unternommen wird. Das geht jedoch über das Thema dieser Untersuchung hinaus.

f) Ersatz für das eigene Heim

Als ein Argument für die strenge Haftung wird angeführt, dem Gast müsse im Gasthaus die gleiche Sicherheit wie zu Hause gewährt werden; denn der Gasthof ersetze dem Reisenden das eigene Heim³⁾. Die strenge Haftung sei die den heutigen Verhältnissen entsprechende Ausprägung der Gastfreundschaft⁴⁾.

Diese Meinung geht davon aus, der Gastwirt müsse dem Gast in jeder Beziehung das eigene Heim ersetzen. Damit wird eine Verpflichtung vorausgesetzt, die erst bewiesen werden muß. Es ist also zu prüfen, warum der Gastwirt hierzu verpflichtet sein soll oder warum der Gast dieses Schutzes bedarf.

Dies wird damit begründet, daß der Gast als Vertragspartner aus dem Beherbergungsvertrag Sicherheit für sein Gepäck erwarte und der Gastwirt zu dieser Leistung verpflichtet sei⁵⁾. Diese Tatsachen sind zutreffend. Der Gast will

-
- 1) So auch M.Rümelin: Zufall S. 32, der jedoch ohne Begründung das Frachtgeschäft zu Lande für vergleichbar hält.
 - 2) Hinsichtlich der Betriebsgefahr des Frachtführers auch Strauß: S. 36 f. und Ziermann: S.130; Schlemmer S.31. a.A.: Haub S. 88, jedoch ohne stichhaltige Begründung.
 - 3) Prot.II S.407 = Mugdan S.978; Biermann VerhDJT 22, 4.Bd. S.117; Dernburg: Schuldverh. § 353 I = S.600; Erman-Wagner § 701 Anm.1.
 - 4) Dernburg: Schuldverh. § 353 I = S.600.
 - 5) Glück 4.Buch, 9.Titel, § 486 u. 487 = S.112; Kording VersR 51,236; Langen S.27 f.; Michel S.18,25,82; Planck-Lobe Vorb. I vor § 701; Prot.II S.407 = Mugdan S. 978.

seine Sachen nicht wie auf einem Zeltplatz auf eigene Gefahr in den Gasthof einbringen, sondern erwartet, daß sie dort sicher aufgehoben sind; denn er möchte tagsüber das Hotel verlassen, ohne damit rechnen zu müssen, daß etwas abhanden kommen könnte¹⁾, und nachts schlafen, ohne Diebe und Einbrecher befürchten zu müssen²⁾. Diesen Schutz zu gewähren gehört auch zur Leistung des Hoteliers³⁾. Es ist jedoch nicht ersichtlich, wie mit dieser Sicherheitserwartung des Gastes und der Sicherungspflicht des Gastwirts eine Haftung ohne Verschulden begründet werden kann. Eine Vertragspflicht des Gastwirts kann nach allgemeinen Regeln nur bei Verschulden zum Schadensersatz führen⁴⁾. Eine unbedingte vertragliche Einstandspflicht würde nur dann bestehen, wenn diese Sicherungspflicht als eigene Garantieverpflichtung für die Unversehrtheit des Gepäcks angesehen werden würde. Dies nehmen auch einige Vertreter dieser Meinung an⁵⁾, ohne zu begründen, worauf sich diese Annahme stützt. Irgendwelche Anhaltspunkte für eine derartige Auslegung des Beherbergungsvertrages sind nicht festzustellen⁶⁾.

Es läßt sich auch nicht begründen, warum es notwendig ist, den Gast im Hotel so zu stellen, als ob er sich zu Hause befände; denn es ist nicht einzusehen, warum jemand außerhalb seines Heimes genauso gestellt werden muß, als ob er zu Hause sei. Der Gasthof soll lediglich ein Ersatz des eigenen Heimes sein, der zwar damit verglichen, ihm jedoch nicht gleichgesetzt werden kann. Während auf der einen Seite höhere Anforderungen z.B. hinsichtlich der Bedienung gestellt werden können, müssen auf der anderen Seite auch Nachteile, z.B. hinsichtlich der Sicherheit der Sachen in Kauf genommen werden. Ein Hotel ist nicht dasselbe

1) Schlemmer S. 31.

2) G. Fischer S. 107.

3) Esser: Schuldrecht § 147,2; vgl. oben S.16 ff.

4) Vgl. oben S.16 f.

5) Glück 4.Buch, 9.Titel § 486 und 487 = S.112; Prot. II S. 407 = Mugdan S. 978.

6) Vgl. oben S.16.

wie die eigenen vier Wände, und man kann es auch mit noch so übersteigerten Sicherheitsanforderungen nicht dazu machen. Das hat die Beschreibung der Betriebsgefahren deutlich ergeben. Diesen Umstand muß der Gast als Vertragspartner des Gastwirts schon aus dem allgemeinen Grundsatz beachten, daß niemand einen Schaden ersetzt verlangen kann, den er vermeiden konnte. Es ist auch anerkannt, daß der Gast im Hotel weit sorgfältiger mit seinen Sachen umgehen muß als zu Hause¹⁾, um sich nicht ein Mitverschulden anrechnen lassen zu müssen. Aus dem Satz, der Gastwirt müsse dem Gast das eigene Heim ersetzen, können daher keine Folgerungen für die strenge Haftung abgeleitet werden²⁾.

g) Fremdheit des Wirtes

Es wird argumentiert, der Gast bringe dem Wirt ein großes Vertrauen³⁾ entgegen, indem er seine Sachen einem Betrieb anvertraue, der ihm völlig fremd sei⁴⁾. Mit zu diesem Argument gehört auch der Gedanke, der Gast müsse seine Sachen unter das Hausrecht des Wirtes stellen, wodurch ein besonders enges Vertrauensverhältnis entstehe⁵⁾.

Die Gastwirte weisen demgegenüber darauf hin, in der heutigen Zeit sei es durchaus möglich, sich vorher über ein Hotel zu erkundigen⁶⁾.

-
- 1) Büttner S. 91; Eschenburg S.36; Handschuhmacher S.40; Jacobi S.74; Langen S.103 Anm.12; Kording VersR 52,30; Scheye S.61; Schlemmer S.21; Seifert S.31; Weiss S.45; RG v. 28.2.1911 RGZ 75,386,394; RG v. 30.1.1920 Warneyer 1920 Nr. 159 S. 194 = Leipziger Zeitschrift 1920, 647; AG Hamburg v. 15.1.1958 VersR 58,696 - a.A.: OLG München v. 13.11.1909 OLGRspr 20,226,228.
 - 2) Graf S. 12 bezeichnet ihn zu Recht als unrealistisch.
 - 3) Gelpcke VerhDJT 22, 1.Bd. S.370.
 - 4) Crome § 278 = S. 752; Kohler § 185 II = S.501; Raape JW 1926, 798; Scheye S.3; Schlemmer S.30 RGZ 112,58,59.
 - 5) G. Fischer S. 79.
 - 6) "Wie dient die Wirtschaftsgruppe Gaststätten- und Beherbergungsbetriebe ihren Mitgliedern? 6.Band der Fachbuchreihe "Die Gaststätte", Georg Siemens Verlangsbuchhandl., Berlin 1939, S.213-215 (zitiert nach Ziermann S.122).

Dieser Einwand trifft für alle zu, die nicht Durchreisegäste sind, also insbesondere für Feriengäste. Aber auch der Durchreisegast kann sich über eine Gastwirtschaft erkundigen, so insbesondere durch Hotelführer (Varta, Guide Michelin), Reiseführer (Baedeker, Grieben) und die örtlichen Fremdenverkehrsämter und -vereine.

Im übrigen bleibt diese Meinung den Beweis schuldig, wie sich eine Garantiehafung daraus ableiten läßt, daß der Gast einem unbekannten Wirt oder einer unbekannten Organisation seine Sachen anvertraut¹⁾. Schließt man mit einem Fremden einen Vertrag, so läßt sich nach allgemeinen Regeln nur die Fürsorgepflicht unter Vertragspartnern ableiten, d.h. eine Verschuldenshaftung.

Das Kriterium der Fremdheit vermag also die Garantiehafung nicht zu begründen, ebensowenig wie die Behauptung eines besonders engen Vertrauensverhältnisses. Dieses müßte sonst bei jedem Vertragsverhältnis zur strengen Haftung führen, bei dem der eine Vertragspartner dem anderen Sachen, sei es zur Reparatur oder aus einem anderen Grunde, überläßt.

Das Argument, die Fremdheit des Wirtes rechtfertige die Garantiehafung, enthält jedoch stets den Gedanken, daß der Gast dem Wirt vertrauen müsse, er sich also in einer Zwangslage befände. Dies ist jedoch ein Gesichtspunkt, der über die Tatsache der reinen Fremdheit hinausgeht.

h) Zwangslage des Gastes

Dieses Argument wird in verschiedenen Varianten vorgebracht. Der Gast müsse seine Sachen dem Wirt anvertrauen²⁾, da er auf die Gasthöfe angewiesen sei. Er müsse sich in

1) Strauß, S.16.

2) Sturm S.6; Weiss S.44; Ziermann S.123, Berendes: S.4; Crome: S.752; Glück: 4.Buch, 9.Titel § 486 u.487 = S.110; Raape JW 1926, 798.

fremder Umgebung meist schnell für eine Unterkunft entscheiden¹⁾. Die Gasthöfe und Hotels besäßen eine Monopolstellung²⁾ und müßten als organisierte Macht eine entsprechende Verantwortung tragen³⁾. Die strenge Haftung sei daher ein soziales Schutzgesetz für den Gast⁴⁾. Der Gesetzgebung in Frankreich (dépôt nécessaire)⁵⁾ liegt ebenfalls die Auffassung zu Grunde, der Gast suche das Hotel notgedrungen auf⁶⁾.

Eine Monopolstellung des Gastwirtsgewerbes liegt nicht vor. Ein ganzes Gewerbe kann niemals ein Monopol haben; denn ein Monopol kann nur einem oder mehreren Unternehmen innerhalb eines Gewerbebezuges zufallen. Die Verwendung des Monopolbegriffes ist daher in diesem Fall verfehlt, abgesehen davon, daß die Schutzbestimmungen gegen Monopole nur angewendet werden können, wenn die Monopolstellung mißbraucht wird. Und selbst dann könnte man nur verlangen, daß dem Gast die normalen Vertragsrechte erhalten blieben, also der Wirt für Verschulden hafte. Aus einer Monopolstellung kann jedoch keine strengere Haftung begründet werden.

Man kann auch kaum von einer organisierten Macht der Gastwirte sprechen, da es bisher noch nicht einmal gelungen ist, die Unterzeichnung von Freizeichnungsreversen allgemein einzuführen⁷⁾.

Aus der Forderung, die Gastwirte müßten eine entsprechende Verantwortung tragen, läßt sich zwar das Argument entnehmen, dem gewerbetreibenden Gastwirt könne mehr zugemutet werden als einem Privatmann. Aber dann bekommt dieses Argument einen ganz anderen Sinn. Es wird daher in dem Abschnitt

1) Esser: Grundlagen S.91 Anm.1; Schlemmer: S.30.

2) G. Fischer S.83.

3) Büttner, S.16.

4) Oertmann: Vorb. zu 13. Titel.

5) Art. 1952 Code civil.

6) Jacobi S. 88.

7) Schlemmer S. 36 f. und 48; Larenz II § 55 = S.234 Anm.2, a.A.: offenbar Erman-Wagner § 701 Anm.1; Lehmann § 3 VII = S.25; Jung Jhring. Jahrb. 84, 22.

Haftung aus Gewerbeausübung¹⁾ behandelt werden.

Auf den ersten Blick überzeugend scheint die Begründung zu sein, der Gast sei auf die Gasthöfe angewiesen und müsse sich zudem in einer unbekannten Umgebung rasch entschließen; denn der Gast muß für die Nacht irgendwo unterkommen. Will er seine Sachen nicht den typischen Hotelgefahren aussetzen, so ist er auf Privatzimmer angewiesen. Diese kann man aber schon wegen ihrer geringen Zahl und der qualitativen Verschiedenheit zu den Gasthäusern nicht als echte Alternative ansehen. Der Gast befindet sich also insoweit in einer Zwangslage.

Rechtfertigt diese Zwangslage aber ein Abgehen von der Verschuldenshaftung? Hier muß doch geprüft werden, wie der Gast in diese Zwangslage kommt. Muß er denn eine Reise unternehmen, die ihn in eine derartige Lage bringt? Und selbst wenn man die Reise als lebensnotwendiges Interesse anerkennt, so ist damit noch nicht geklärt, wer die Risiken der Reise, zu der das Übernachten gehört, tragen soll: der Gast, der die Reise in seinem Interesse unternimmt, oder der Wirt, der ebenfalls in eigenem Interesse dem Gast ermöglicht, diese Reise, wenn auch mit gewissen Gefahren, durchzuführen. Auch hier kann man fragen, in welchen Rechts- und Gefahrenkreis der Verlust des Gepäcks im Gasthof gehört, das einerseits im Interesse des Gastes (Reise), andererseits im Interesse des Gastwirts (Verdienst) eingebracht wird. Die Meinung, die das Risiko der Sphäre des Gastwirts zurechnet, begründet dies damit, daß der Wirt aus einem gefährlichen Betrieb seinen Nutzen ziehe.

1) Vgl. unten S.39.

1) Haftung aus Gewerbeausübung

Unter diese Formulierung Essers¹⁾ lassen sich alle die Argumente vereinigen, die darauf abstellen, daß der Wirt ein Gewerbe betreibt, z.B.: es liege eine Unternehmerhaftung vor und die Schäden, die dem Wirt durch die Haftpflicht entstünden, seien Passiva des Betriebes; der Wirt führe den Betrieb zu seinem Nutzen, ihm fließe der Gewinn zu ; wer den Nutzen hat, soll auch den Schaden tragen; der Wirt könne den Schaden besser tragen als der Gast ²⁾. Die Feststellung, daß die Schäden Passiva des Betriebes sind, ist bedeutungslos. Das Problem dreht sich nicht um die betriebswirtschaftliche Klassifizierung der Schadensfolgen, sondern darum, warum diese Schäden als Passiva dem Betrieb und nicht dem Gast zur Last fallen sollen. Der allgemeine Grundsatz: wer den Nutzen hat, soll auch den Schaden tragen, ist nicht anwendbar, da sowohl der Gast³⁾ als auch der Wirt aus der Übernachtung Vorteile ziehen ⁴⁾.

Die bisher angeführten Argumente setzen alle voraus, der Gastwirt müsse die ihm auferlegte Haftung auch wirtschaftlich tragen. Begründet man aber die Haftungsregelung damit, daß der Gastwirt seine Gäste gewerbsmäßig beherberge, so muß zusätzlich geprüft werden, ob der Gastwirt die Haftung auch wirtschaftlich tragen soll.

Der Beherbergungsvertrag ist nämlich ein wirtschaftliches do-ut-des-Geschäft. Die Höhe des Entgeltes richtet sich daher nach Umfang und Größe der Gegenleistung⁵⁾, u.a. auch nach dem Umfang der Gefahrtragung. Für einen Beherbergungsvertrag mit sonst gleichen Leistungen kann der Gastwirt bei einer milden Haftungsregelung einen niedrigeren Preis ansetzen

1) Schuldrecht § 147, 2 = S.638.

2) Abletshauser S.8; Berendes S.4; Klein JW 1921,459; Koenigs JR 55,15; Oertmann "Der junge Rechtsgelehrte" 1934,259; Recht 1922, 5-8; M. Rümelin: Zufall S.31; Schlemmer S.33 und 109; Weiss S.45; Ziermann S.124; Oertmann: Gesetz u. Recht 1920,25; RGZ 112,58,59.

3) M. Rümelin: Gründe S. 32; Brunner S.13.

4) Vgl. oben S.38.

5) Esser: Schuldrecht § 32,6; Wilburg S. 122 u.126.

als bei einer strengen Haftungsregelung. Die Preise richten sich zwar nach Angebot und Nachfrage, die Haftung belastet aber alle Unternehmer gleichmäßig, so daß sie keine Konkurrenzwirkung hat und zu keiner Verzerrung des Wettbewerbs¹⁾ führt. Der Gastwirt kann also seine Preise der Haftungsregelung anpassen und hat damit ein Regulativ, die Kosten der Haftung auf den Gast abzuwälzen²⁾. Es muß besonders im Hinblick auf die vielen Klagen der Gastwirte ausdrücklich betont werden: Nicht der Gastwirt ist letztlich der Betroffene, sondern der Gast. Der Gastwirt trägt lediglich die Last, die Kosten der Gefahrtragung in seine Preise mit einzukalkulieren und sich entsprechend zu versichern. Die Kosten der Haftung kann er jedoch im Rahmen der Gesamtkalkulation³⁾ auf die Gäste abwälzen.

Der Gastwirt ist daher weniger an einer milden Haftungsregelung interessiert als daran, daß die Haftungskosten leicht zu kalkulieren und zu versichern sind. Hierzu müßte die Haftung insbesondere der Höhe nach begrenzt sein. Es muß zugegeben werden, daß dies bei der heutigen Form der §§ 701 ff. BGB nicht erreicht ist, sondern daß sie ein unbegrenztes und unberechenbares Risiko enthalten⁴⁾.

Für den Gast ergeben sich aus dieser Sachlage jedoch auch einige Folgerungen. Da er mit dem Zimmerpreis seinen Anteil an der Haftung mitbezahlt, ihm allerdings auch im Schadensfalle die Haftung zugute kommt, wirkt die Haftungsregelung wie eine "Versicherung" der Gäste⁵⁾. Die "Prämie" ist im Zimmerpreis mitenthalten⁶⁾.

Damit ist jedoch noch immer nicht das Warum dieser Regelung geklärt⁷⁾, es spaltet sich vielmehr in zwei Fragen auf:

1) Müller-Erzbach AcP 106, 339.

2) Scheye: S. 84; Siber: S. 377; Ziermann S. 124; Weiss S. 49/50.

3) R. Fischer BB 57, 481, 485; Weiss S. 49.

4) Brunner: S. 13.

5) Dernburg: Pandekten § 39, 3 = S. 109; Exner Grünhuts Zeitschrift 10, 534; Strauß: S. 55.

6) Borck: S. 19.

7) M. Rümelin: Zufall S. 29.

1. Warum eine solche "Versicherung" der Gäste, die für diese nicht nur Vorteile, sondern auch Nachteile mit sich bringt?
2. Warum wird gerade der Gastwirt mit der Durchführung dieser "Versicherung" belastet?

j) Vor- und Nachteile für den Gast

Im Regelfall wird der Gastwirt die Kosten der Haftung auf die Gäste abwälzen¹⁾, indem er die Zimmerpreise entsprechend hoch kalkuliert. Für den Gast ist es daher praktisch unmöglich, seine Sachen von dieser "Versicherung" auszunehmen, obwohl die gesetzliche Regelung abdingbar ist; denn bisher hat noch kein Hotel dem Gast die Möglichkeit geboten, zwischen zwei Preisklassen, einer mit Haftung und einer ohne Haftung zu wählen.

Es ist daher davon auszugehen, daß sich die gesetzliche Regelung in der Praxis wie eine "Zwangsversicherung" der Gäste auswirkt. Dies führt zu der Frage, ob es richtig ist, den Gast zu einer, sei es auch vielleicht für ihn vorteilhaften Regelung zu zwingen. Man kann davon ausgehen, daß die meisten Gäste Sicherheit für ihr Gepäck als Vertragsleistung erwarten²⁾. Für diese bedeutet die gesetzliche Regelung kein Zwang. Bei voller Kenntnis der Sachlage wären die meisten Gäste mit dieser Regelung einverstanden. Es blieben nur diejenigen Gäste unberücksichtigt, die lieber einen Verlust in Kauf nehmen, als sich zu versichern oder die eine Einzelversicherung der "gemeinschaftlichen Versicherung" aller Gäste vorziehen.

Die wenigen, die eine Versicherung überhaupt ablehnen, können bei einer gesetzlichen Regelung, die ja typische

1) Vgl. oben S.40.

2) Vgl. oben S.33 f.

Regelung ist, nicht berücksichtigt werden. Sie müssen auf individuelle Vereinbarungen verwiesen werden.

Eine Einzelversicherung hat gegenüber der gesetzlichen Regelung den Vorteil, daß jeder Gast sich entsprechend seinem Risiko versichern kann und nur dieses Risiko bezahlen muß. Die gesetzliche Regelung kann nur auf Durchschnittssätze abstellen. Der eine Gast ist daher unterversichert, der andere übersichert. Auch die Umlage der Kosten kann nur nach Durchschnittssätzen erfolgen, wodurch der eine Gast mehr, der andere weniger bezahlt, als seinem Risiko entspricht. Es gibt jedoch für den Gast nur eine Möglichkeit, sich gegen die Betriebsgefahren des Gasthauses zu versichern: er muß eine Reisegepäckversicherung abschließen. Diese deckt jeden Schaden, der am Gepäck auf einer Reise entsteht. Der Versicherungsschutz geht also weit über die Betriebsgefahren des Hotels hinaus. Der Gast müßte für Risiken (z.B. Abhandenkommen während der An- und Abreise) mitbezahlen, die er gar nicht versichern will. Diejenigen Gäste, die trotz dieser Nachteile eine Reisegepäckversicherung vorziehen, werden durch die gesetzliche Regelung nicht doppelt belastet. In die Prämien der allgemeinen Reisegepäckversicherung ist die Ersatzpflicht des Gastwirts bereits miteinkalkuliert, d.h. bei Wegfall der gesetzlichen Haftung würden sich die Prämien erhöhen. Eine Doppelbelastung des Gastes, der eine Reisegepäckversicherung abschließt, ist daher mit der gesetzlichen Haftungsregelung nicht verbunden. Die sich daraus ergebende "Zwangsversicherung" würde den Gast also nicht mehr belasten als die von ihm abgeschlossene Reisegepäckversicherung.

Die Entscheidung für oder gegen die gesetzliche Regelung hängt also davon ab, ob die Reisegepäckversicherung oder die gesetzliche Haftungsregelung den günstigeren Versicherungsschutz bieten. Die gesetzliche Regelung schützt den Gast ohne sein Zutun. Eine Reisegepäckversicherung muß er erst abschließen. Kaum jemand, der sich nicht mit der Materie befaßt, weiß aber, daß im Gasthof dem Gepäck besondere

Gefahren drohen¹⁾, die eine Versicherung angebracht erscheinen lassen. Außerdem erfordert der Abschluß einer derartigen Reisegepäckversicherung eine gewisse Mühe. Der Gast müßte eine Versicherungsgesellschaft oder einen Versicherungsagenten aufsuchen oder zu sich bestellen: und das alles, weil er für drei Tage verreisen will. Außerdem können Reisegepäckversicherungen nur für einen längeren Zeitraum, in der Regel nur für mindestens 8 Tage abgeschlossen werden. Das würde sich nur bei einer längeren Reise lohnen. Aus all diesen Gründen würde die Mehrzahl der Gäste keine Versicherung eingehen. Schon das läßt die Reisegepäckversicherung als ungeeignet erscheinen, den Gast gegen die Betriebsgefahren des Hotels zu schützen. Sehr wesentlich und für die Entscheidung ausschlaggebend ist noch, wie teuer den Gast die Reisegepäckversicherung oder die "Zwangsversicherung" der gesetzlichen Haftungsregelung kommt.

k) Kosten der Sicherheit

Die Kosten der gesetzlichen Regelung hat zunächst der Gastwirt zu tragen, da er die Haftpflichtansprüche der Gäste befriedigen muß. Um hierzu in der Lage zu sein, kann er entweder selbst Rücklagen bilden oder eine Haftpflichtversicherung eingehen. Die Möglichkeit, daß der Gastwirt die Schäden selbst kalkuliert und entsprechende Rücklagen bildet, also als Eigenversicherer²⁾ auftritt, soll außer Acht gelassen werden. Die hiermit verbundene Mehrarbeit kommt ihm auch als zusätzlicher Gewinn aus der Versicherungstätigkeit - die er damit als zweites Gewerbe ausübt - zugute. Normalerweise wird der Gastwirt eine Haftpflichtversicherung eingehen, so daß die Kosten der Haftung gleich den Versicherungsprämien sind.

1) BGH Urt. v. 3.3.58 VRS 14,408 = NJW 58,825.

2) Molitor § 17 II = S.119.

Welche Regelung billiger ist, ergibt sich aus dem Vergleich der Kosten der Reisegepäckversicherung des Gastes mit den Kosten der Haftpflichtversicherung des Gastwirts.

Eine Reisegepäckversicherung kostet für 8 Tage DM 3.-- je DM 1.000.-- Versicherungssumme, also für einen Tag DM -.38¹⁾.

Die Haftpflichtversicherung kostet pro Jahr und Zimmer

DM 6.60 bei DM 1.000.-- Versicherungssumme

DM 8.80 bei DM 2.000.-- "

DM 11.-- bei DM 3.000.-- " usw²⁾.

Die Prämienhöhe sinkt also mit der Höhe der Versicherungssumme im Gegensatz zur Reisegepäckversicherung. Außerdem sind bei der Reisegepäckversicherung wertvolle Gegenstände nur bis 25% der Versicherungssumme mitversichert, sonst muß die Prämie bis zu 50 % erhöht werden.

Es ist daher schwierig, zu einer Vergleichszahl zu kommen. Immerhin würde sich bei einer Versicherungssumme von DM 1.000.--, wenn man eine 50% Durchschnittsbelegung der Zimmer zugrunde legt, ein Tagessatz von DM 6.60 : 180 Tage = ca. DM 0,04, bei DM 3.000.- Versicherungssumme DM 11.- : 180 Tage = ca. DM 0,06 ergeben. Die Kosten für die Sicherheit sind also um 84- 95 % billiger. Allerdings ist zu beachten, daß diese Prämien nicht für Kraftwagen und darin zurückgelassenes Gepäck gelten. Dieses Problem wird in einem Sonderkapitel behandelt werden.

Für sein normales Gepäck erhält der Gast durch die gesetzliche Haftungsregelung einen "Versicherungsschutz" zu einem Preis, der für eine Einzelversicherung nach wirtschaftlichen Rentabilitätsgrundsätzen überhaupt nicht denkbar wäre. Die finanzielle Belastung des Gastes ist sowohl im Verhältnis zum Vorteil im Falle eines Schadens³⁾ als auch im Verhältnis zum Zimmerpreis derart gering, daß sie unbeachtet bleiben kann.

1) Angaben nach Deutscher Ring Transport - und Rückversicherungs-AG.

2) Angaben nach Haftpflichtkasse des Deutschen Hotel- und Gaststättengewerbes.

3) Vgl. R. Fischer BB 57, 481, 485.

Die "Zwangsversicherung" durch die gesetzliche Regelung ist daher zu begrüßen und einer Individualversicherung jedes Gastes vorzuziehen.

1) Belastung der Gastwirte

Die Frage dieser Untersuchung, warum dem Gastwirt eine besondere Haftung für die eingebrachten Sachen seiner Gäste auferlegt werden soll, muß jetzt folgendermaßen modifiziert werden: Warum wird dem Gastwirt die Last der Berechnung des Schadens, der Einkalkulation in die Zimmerpreise und die Last, sich selbst zu sichern, d.h. eine Haftpflichtversicherung abzuschließen, aufgebürdet?

Es gibt Stimmen, die es für eine ungerechtfertigte Beschwerung halten, den Gastwirt in die Rolle des Versicherers zu drängen¹⁾. Hiergegen könnte man anführen, es sei für den Gastwirt eine vertragliche Fürsorgepflicht, den Schaden, den einzelne Gäste durch das Unternehmen erleiden, auf alle Nutznießer zu verteilen. Aber das läßt sich aus der allgemeinen Fürsorgepflicht unter Vertragspartnern nicht begründen; denn der Gedanke der Fürsorgepflicht führt nur wieder auf die Gefährlichkeit des Betriebes zurück, mit dem jedoch, wie bereits gezeigt, nur eine Verschuldenshaftung zu begründen ist. Vielleicht könnte man aus dem Gesichtspunkt eine Rechtfertigung finden, daß einem Gewerbetreibenden mehr zuzumuten ist als einem Privatmann, da er der sozial Stärkere sei. Der Gastwirt als Gewerbetreibender muß sowieso eine Kalkulation seiner Preise vornehmen. Dabei bedeutet es keinen großen Mehraufwand, die Haftungskosten miteinzukalkulieren.

1) Gelpcke: VerhDJT 22, 1.Bd. S. 372.

Eine Meinung stellt darauf ab, daß es für den Gastwirt einfacher und billiger sei als für den Gast, sich zu versichern¹⁾. Bei einem flüchtigen Vergleich fällt sofort auf, daß der Gastwirt die Haftpflichtversicherung nur einmal abzuschließen braucht, während der Gast vor Antritt jeder Reise zum Abschluß einer Gepäckversicherung gezwungen wäre. Es stehen also einer Haftpflichtversicherung eine Vielzahl von Gepäckversicherungen gegenüber, so daß die Lösung über die Haftpflichtversicherung einfacher erscheint²⁾. Daß die Haftpflichtversicherung auch zu niedrigeren Prämien führt, hat bereits die Untersuchung der Kosten ergeben³⁾. Es ist auch richtig, daß innerhalb eines Vertragsverhältnisses, wie es in der Regel zwischen Gastwirt und Gast besteht⁴⁾, derjenige die erforderlichen Versicherungen eingeht, der sie am einfachsten und billigsten erhalten kann.

Von den Gastwirten wird betont, die Kosten der Haftung seien untragbar⁵⁾, da die Risiken durch die zunehmende Zahl der Reisenden⁶⁾ und die Motorisierung⁷⁾ so gestiegen seien, daß die Rentabilität der Gastwirtsbetriebe gefährdet sei⁸⁾. Demgegenüber gibt es Stimmen, die die Haftung für tragbar halten, da sie stets getragen worden sei und die eingebrachten Sachen nur einen durchschnittlichen Wert hätten⁹⁾.

Die Zunahme des Reiseverkehrs allein müßte zu einer besseren Tragung der Kosten geführt haben, da bei einer besseren Belegung der Gasthöfe der Prämienaufwand für die Haftpflichtversicherung besser gedeckt wird. Andererseits

1) Berendes S.6; de Boor S.322; Schlemmer S.117; Wrangel Eisenb. E 48, 249,252; Ziermann S.124.

2) So im Ergebnis auch Ziermann S.124.

3) Vgl. oben S.44.

4) Vgl. oben S.20.

5) Lotz in "Die Deutsche Gaststätte" 1960 Nr.19, S.5.

6) Petition der Gasthofbesitzer in Gutachten zum Entw. eines BGB, Nachträge S.475.

7) Schlemmer S. 35 und 84.

8) Graf S.15.

9) Prot. II S.407 = Mugdan 979; Ziermann S.125.

enthält jedoch die Haftung für Kraftfahrzeuge und die darin zurückgelassenen Sachen unkalkulierbare Risiken, wie in einem besonderen Kapitel gezeigt werden wird. Für die sonstigen Sachen der Gäste ist die Haftung insofern nicht kalkulierbar und daher nicht versicherbar, als sie unbegrenzt ist. Das Argument, daß die eingebrachten Sachen nur einen durchschnittlichen Wert hätten, daß also die Schadenshöhe niemals sehr hoch sein könnte¹⁾, geht an der Sache vorbei. Denn den Gastwirt treffen ja gerade die Fälle, in denen die Schadenshöhe nicht durchschnittlich ist. Das Fehlen einer Höchstgrenze wie die Haftung für Kraftfahrzeuge sind jedoch nicht Argumente gegen die strenge Haftung als solche, sondern nur gegen einzelne falsche Begrenzungen. Sie werden daher noch gesondert behandelt werden.

Für eine richtig begrenzte Haftung verliert jedoch das Argument, die Haftung sei wegen der gestiegenen Unkosten nicht tragbar, da das Hotelgewerbe immer unrentabler und konkurrenzunfähiger werde, an Überzeugungskraft, wenn man bedenkt, daß die Haftung abgewälzt werden kann. Bei steigenden Unkosten ist eine Preiserhöhung auf die Dauer unvermeidlich. Dies kann man auch nicht vermeiden, indem man die Haftung beseitigen würde. Denn ein Ausschluß der Haftung würde ebenfalls eine Preissteigerung bedeuten, da dadurch die Leistungen gekürzt würden. Und diese verdeckte Methode ist noch mehr abzulehnen als eine offene Preiserhöhung. Eine Ausnahme kann nur gelten, wenn sie zwangsläufig, z.B. durch Personalmangel, notwendig wird. Zudem dürfte bei einer derartig geringen Belastung von noch nicht 1% des Zimmerpreises keine fühlbare Verbilligung zu erreichen sein.

Eine Belastung der Gastwirte könnte allerdings dann eintreten, wenn bei schlechter Wirtschaftslage die Haftungskosten infolge schlechter Belegung der Hotels nicht mehr durch die Einnahmen gedeckt wären, da die ursprüngliche Kalkulation von einer höheren Belegung ausging. In diesem Fall hätte der Gastwirt die Haftungskosten als feste Kosten

1) Prot. II S.407 = Mugdan S.979; Ziermann S.125.

zu tragen. Die Tatsache, daß die ursprüngliche Kalkulation nicht aufgeht, ist jedoch das unternehmerische Risiko jedes Betriebes. Auf die Möglichkeit einer schlechten Wirtschaftslage kann eine gesetzliche Regelung auch schon deshalb nicht abgestellt werden, da sie nicht die Regel darstellt und das Gesetz der typischen Lebenssituation entsprechen muß. Nach dieser ist es dem Gastwirt möglich, die Haftungskosten auf die Gäste abzuwälzen.

Was die Konkurrenzfähigkeit angeht, so können die Haftungsbestimmungen innerhalb Deutschlands keine Wirkung haben, da die Bestimmungen für alle Gastwirte gleich gelten und sie daher von allen in ihren Kalkulationen berücksichtigt werden müssen. Die privaten Zimmervermieter, die diesen Haftungsbestimmungen nicht unterliegen, können höchstens an einzelnen Orten als Konkurrenz bezeichnet werden, jedoch kann dies im Rahmen einer gesetzlichen Regelung nicht als Maßstab dienen. Auch kann man es kaum als große Konkurrenzwirkung bezeichnen, wenn die Zimmerpreise zwischen den gewerblichen Übernachtungsunternehmen und den privaten Zimmervermietern um 1% differieren.

Dieses Argument gilt auch für eine Konkurrenz mit dem Ausland, jedoch könnten hier die unkalkulierbaren Risiken des deutschen Rechts (keine Höchstgrenze, Haftung für Kraftwagen) ein größeres Gewicht erlangen, so daß eine Angleichung an die Europäische Konvention zu empfehlen wäre.

m) Besonderes Pfandrecht des Wirtes

Die strenge Haftung wird auch damit begründet, der Gastwirt habe als Ausgleich ein weitgehendes Pfandrecht an den eingebrachten Sachen der Gäste¹⁾. Dieses Argument

1) Büttner: S.16; Crome: § 278 = S.752; Hedemann: Schuldrecht des Bürgerlichen Gesetzbuches 3.Aufl.1949, § 52V = S. 296.

ist insofern bereits unrichtig, als der Gastwirt den Ausgleich für die Haftung nicht über das Pfandrecht, sondern über den Zimmerpreis erhält. Ganz abgesehen davon, besagt die Tatsache, daß für einen Nachteil ein Vorteil gewährt wird, noch nichts darüber, warum dieser Nachteil auferlegt wird und ob er gerechtfertigt ist. Das Argument, der Gastwirt habe ein besonderes Pfandrecht, kann daher die strenge Haftung nicht begründen.

n) Beweisnotstand des Gastes

Dieses Argument wird besonders von den Motiven hervorgehoben¹⁾. Die eindringlichste Darstellung der Beweisnotlage findet sich bei Exner²⁾. Im einzelnen wird ausgeführt, der Gastwirtsbetrieb sei für den fremden Gast undurchsichtig³⁾. Dieser könne sich daher über die näheren Umstände, die eine Schädigung herbeigeführt hätten, nicht vergewissern. Es sei für den Gast ganz unmöglich, ein Verschulden des Wirtes oder des Personals zu erkennen, geschweige denn zu beweisen⁴⁾. Auch eine Beweislastumkehr könne hier nicht helfen, denn oft könne sich der Wirt durch Darlegung allgemein beobachteter Sorgfaltspflichten (gute Schlösser, Anweisungen und Kontrollen zur Beaufsichtigung der Gänge usw.) entlasten, während ein in diesem speziellen Fall vorgekommene Fahrlässigkeit des Wirtes oder des Personals nicht aufgedeckt würde⁵⁾. Der Gast sei daher ohne eine strenge Haftung häufig fast rechtlos. Es ergäben sich dieselben Schwierigkeiten wie bei § 831, dessen Anwendung

1) Mot. II S.584 f. = Mugdan S.326 f.

2) GrünhutsZ Bd.10 S.536, 542 ff.

3) Dernburg: Schuldverhältnisse S.600; a.A. Graf S.8.

4) Denkschrift zum Entw. eines BGB S. 85 = Mugdan S.1285; G. Fischer: S.78; Glück: 4.Buch, 9.Titel § 486 u. 487 = S.111; Kording VersR 52,30; Planck-Lobe: Vorb.I vor § 701; Schlemmer: S.29; Weiss: S.38 u.42; Ziermann S. 125; Berendes S.5.

5) Mot. II S.585 = Mugdan S.327; Müller-Erzbach Ac:106,319f. Strauß S.38.

man heute deswegen einzuschränken suche¹⁾.

Die Gegner führen dagegen an, es hieße, das Kind mit dem Bad ausschütten, wollte man wegen eines Beweisnotstandes den Haftpflichtigen für Zufall haften lassen, nur um die Fälle des Verschuldens sicher zu treffen. Eine Beweislastumkehr würde ausreichen²⁾. Auch sei die Beweisschwierigkeit bei unbeschränktem Zeugenbeweis und freier richterlicher Beweiswürdigung nicht so groß, zumindest nicht schwerer als bei anderen Verhältnissen³⁾.

Wie bereits festgestellt wurde, würde sich eine Beweislastumkehr bereits in analoger Anwendung der §§ 282, 285 BGB ergeben. Insoweit würde sich daher eine Sonderregelung erübrigen⁴⁾. Es hat nur dann Sinn, mit dem Argument des Beweisnotstandes eine Sonderregelung zu begründen, wenn eine Beweislastumkehr zum Schutz des Gastes nicht ausreichen würde.

Mit jeder Beweislastregelung wird nur das kleinere Übel vorgezogen. Auch die normale Regelung der Beweislast führt zu Ungerechtigkeiten, die aber immer noch besser zu ertragen sind als die Ungerechtigkeiten, die ohne die Regelung entstehen würden. Entsprechendes gilt für die Beweislastumkehr und die strenge Haftung, die einem Beweisausschluß gleichkommt. Daher könnte die strenge Haftung unter Umständen gerechter sein als eine bloße Beweislastumkehr.

Ist aber die Beweislage des Gastes wirklich so schlecht, damit eine Umkehr der Beweislast nicht ausreicht? Um eine Sonderregelung zu rechtfertigen, müßte der Gast sich zumindest in einer schwierigeren Lage befinden als bei einem vergleichbaren Vertragsverhältnis. Vergleicht man jedoch die Beweislage des Gastes mit der eines Safekunden einer Bank oder des Einlagerers in einem Lagerhaus oder grundsätzlich mit der Lage dessen, der seine Sachen einem fremden

1) Schlemmer: S.29.

2) Gelpcke VerhDJT 22, 1.Bd., S.363; Brunner S.13; Langen S.73 Anm.6; M. Rümelin: Zufall S.30; Siber S. 377.

3) Hoyer in Gutachten zum Entw. eines BGB, VI S. 475.

4) Vgl. oben S 15 ; Leonhardt S. 266.

Betrieb anvertraut, so muß man feststellen, daß diese oft schwieriger ist als die des Gastes¹⁾. Denn der Gast befindet sich im Gegensatz zu den genannten Vertragsverhältnissen innerhalb des Betriebes und kann daher noch am ehesten Nachforschungen anstellen, während bei den anderen Vertragsverhältnissen der Kunde nur das Annahmebüro zu sehen bekommt. Die Beweisschwierigkeiten sind daher bei anderen vergleichbaren Schuldverhältnissen eher größer. Der Gast befindet sich also nicht in einer Ausnahmesituation. Allerdings kann man aus dieser Feststellung deswegen keine zwingenden Schlüsse ziehen, da nicht erwiesen ist, ob die Regelungen in den anderen Vertragsverhältnissen richtig sind.

Außerdem hängen Beweisschwierigkeiten weitgehend davon ab, welche Erfordernisse die Rechtsprechung an einen Beweis stellt. Die freie richterliche Beweiswürdigung und das Prinzip des Beweises des ersten Anscheins lassen einen weiten Spielraum. Je nach der zu bewertenden Interessenlage können die Beweisforderungen streng oder weniger streng sein, so daß in der Praxis bei strengen Anforderungen an den Entschuldensbeweis dieser bis zu einer Garantiefhaftung erschwert werden kann, wie dies die Entwicklung der Rechtsprechung zu den Verkehrs- und Sicherungspflichten zeigt²⁾.

Aus diesen Überlegungen wird ersichtlich, daß mit dem Beweisnotstand des Gastes die strenge Haftung nicht begründet werden kann. Dieses Argument geht auch am Kern der Sache vorbei; denn es setzt als *Petitio principii* die Verschuldenshaftung als die richtige Lösung voraus, von der nur wegen praktischer Schwierigkeiten in der Durchführung abgewichen werden soll. Bei der Gastwirthaftung geht es jedoch gerade um die Frage, ob sich die Vertragspflichten des Gastwirts -- Beweisschwierigkeiten einmal ausgeschlossen -- in der Sorgfaltspflicht eines ordentlichen Gastwirts erschöpfen sollen oder ob sie zu einer Garantiefpflicht für

1) So auch Graf: Anm.1

2) Vgl. oben S. 17f.

das Gepäck ausgeweitet werden sollen. Hierzu vermag aber das Argument vom Beweisnotstand des Gastes keinen Beitrag zu liefern.

o) Klarheit und schnelle Rechtsverfolgung

Als weiteres prozessuales Argument wird neben dem Beweisnotstand angeführt, die strenge Haftung ergebe eine eindeutige Rechtslage, wodurch eine schnelle Rechtsverfolgung gewährleistet sei oder gar Prozesse vermieden würden¹⁾.

Es ist zuzugeben, daß die strenge Haftung eine eindeutigere und klarere Rechtslage schafft als eine Verschuldenshaftung; fällt doch die ganze Problematik weg, ob ein Verhalten als Fahrlässigkeit anzusehen ist oder nicht. Daß dadurch Prozesse erspart, oder wenn sie schon geführt werden, dann schneller zur Entscheidung gelangen, ist auch nicht zu bestreiten.

Es ist jedoch zu bedenken, daß jeder Gläubiger ein Interesse daran hat, seine Forderung rasch durchzusetzen. Der Gast muß zwar Verluste an seinem Gepäck meist sofort ersetzen, da es sich um Sachen handelt, die er täglich benötigt. Dies gilt aber in gleichem Maße für alle, die sonst irgendwie geschädigt werden. Auch daß der Gast, wenn es zum Prozeß kommt, meist von auswärts klagen muß, ist kein nur den Gast treffender Nachteil. Eine besondere Eilbedürftigkeit ist daher für den Gast nicht festzustellen.

Die Beschleunigung des Verfahrens ist auch nicht Aufgabe des materiellen Rechts. Sie ist lediglich eine Nebenwirkung jeder strengen Haftung, vermag diese jedoch nicht zu rechtfertigen.

Aus dem Wunsch nach prozessualer Einfachheit und Beschleunigung des Verfahrens kann daher kein Argument für die strenge Haftung abgeleitet werden.

1) Glück 4. Buch, 9. Titel § 486 u. 487 = S. 110; Müller-Erzbach AcP 106, 321; Wilburg S. 125.

p) Zusammenfassung

Der Anstoß für eine Sonderregelung liegt in den typischen Gefahren des Gasthausbetriebes. Dem Gastwirt wird die Haftung für diese Gefahren aufgebürdet, da er einen Schaden noch am ehesten verhüten kann, während der Gast sich hiergegen weder schützen noch günstig versichern kann. Die Kosten der Haftung kann der Gastwirt bei normaler Wirtschaftslage auf den Gast abwälzen, so daß sich die Haftung wie eine "Versicherung des Gastes" auswirkt. Der Gast erhält gegen einen Aufschlag von etwa 1 % des Zimmerpreises den Versicherungsschutz zu einem Preis, der bei der Einzelversicherung jedes Gastes weit höher liegen würde.

Argumente gegen eine strenge Haftung konnten nur insoweit festgestellt werden, als sie sich gegen eine Uferlosigkeit der Haftungsbestimmungen wandten. Insbesondere dürfen dem Gastwirt keine unkalkulierbaren und unversicherbaren Risiken auferlegt werden, wie dies heute der Fall ist. Daran haben die Gäste kein Interesse, da sie in ihrer Gesamtheit die Haftungskosten über die Zimmerpreise tragen müssen. Den Gastwirten ist es nicht zumutbar, einen Teil der Haftungskosten selbst zu tragen. Das ist durch eine Regelung, die nur dem Schutz der Gäste dient, nicht gerechtfertigt.

Eine über das Verschulden hinausgehende Sonderregelung ist daher nur zu bejahen, wenn sie richtig begrenzt ist.

III. DIE AUSGESTALTUNG DER SONDERREGELUNG

Mit der allgemeinen Feststellung, daß eine Sonderregelung zu bejahen ist, ist das Problem der Gastwirthaftung keineswegs gelöst. Denn ebenso wichtig ist die richtige Ausgestaltung dieser Sonderregelung, insbesondere ihre genaue Abgrenzung.

Dabei ist vor allem zu beachten, daß die Haftung zwar den Gast gegen die Betriebsgefahren des Gasthauses schützen soll, daß sie aber dadurch, daß der begünstigte Personenkreis (die Gäste) sie über die Zimmerpreise bezahlen muß (wieder die Gäste), wie eine "Versicherung" der Gäste wirkt. Da jeder Gast nur daran interessiert ist, sein Risiko zu bezahlen, auf der anderen Seite bei jedem Gast infolge der Verschiedenheit der eingebrachten Sachen dieses Risiko unterschiedlich hoch ist, müssen der Haftung Durchschnittsätze zu Grunde gelegt werden, um wenigstens einen relativ gerechten Ausgleich zu gewährleisten. Weiterhin ist zu beachten, daß den Gastwirten die Haftung lediglich aus praktischen Gründen der Vereinfachung und Verbilligung auferlegt wurde, woraus sich ergibt, daß sie so gestaltet werden muß, daß sie kalkulierbar und versicherbar ist.

A. Interessengerechte Abgrenzungen im geltenden Recht

1. Gewerbsmäßigkeit

Die Haftung trifft nur den Gastwirt, der gewerbsmäßig Gäste zur Beherbergung aufnimmt. Diese Begrenzung ist wichtig, da die besonderen Gefahren erst bei einer gewerbsmäßigen Beherbergung auftreten; denn erst hiermit wird die allgemeine Zugänglichkeit, das offene Haus, geschaffen¹⁾. Außerdem kann nur dem Gewerbetreibenden zu-

1) Michel: S.26.

gemutet werden, die Haftungskosten in die Preise einzukalkulieren, da er auf jeden Fall eine Kalkulation vornehmen muß.

2. Haftungsregelung auf Gäste begrenzt

Diese Begrenzung folgt aus der Tatsache, daß es sich im Grunde um eine Vertragshaftung aus einem zumindest beabsichtigten Beherbergungsvertrag handelt. Sie spiegelt sehr gut die Erkenntnis wider, daß nicht die Betriebsgefahren des Gasthauses Haftungsgrund sind, sondern eine Risikoverteilung zwischen Vertragspartnern vorliegt. Andernfalls müßten alle Personen, die in das Gasthaus gelangen: das Personal des Wirts, Handwerker, Besucher der Gäste usw. unter die Haftungsbestimmung fallen.

Die Begrenzung berücksichtigt ebenfalls, daß die Gäste letztlich die Haftungskosten tragen müssen.

3. Ausschluß von Risiken, die nicht durch die Betriebsgefahren des Gasthauses verursacht werden.

Die Haftung ist ausgeschlossen, wenn der Schaden vom Gast selbst, seinen Begleitern oder von ihm aufgenommenen Personen verursacht worden oder durch die Beschaffenheit der Sache entstanden ist.

Diese Regelung schließt die Schäden von der Haftung aus, die nicht auf Betriebsgefahren des Gasthauses zurückgehen. Dies ist deshalb interesssegerecht, weil Anlaß der ganzen Haftungsregelung die typischen Betriebsgefahren des Gasthauses sind. Schäden, die nicht auf diese Gefahren zurückzuführen sind, fallen daher nicht unter die Haftungsregelung. Des weiteren berücksichtigt diese Begrenzung auch, daß die Gesamtheit der Gäste letztlich

die Haftungskosten trägt. Diese haben jedoch kein Interesse daran, sich an Kosten zu beteiligen, die durch hotelfremde Gefahren bedingt sind. Derartige Gefahren liegen vor, wenn der Gast selbst den Schaden verursacht oder dadurch ermöglicht, daß er Begleiter oder Besucher bei sich aufnimmt. Auch die Sachen des Gastes können eine derartige zusätzliche Gefahrenquelle bilden.

4. Haftungshöchstgrenze für Wertsachen

Die Diebstahlsgefahr für Wertsachen ist einerseits kleiner, da der Gast sie wegen ihrer meist geringen Größe nicht unbedingt aus der Hand zu geben braucht¹⁾. Andererseits auch größer, da der Anreiz zum Diebstahl stärker ist, insbesondere für Angestellte²⁾. Eine unbegrenzte Haftung für Wertsachen würde den Gastwirt außerordentlich gefährden. Denn ein Schadensfall kann hier zum Ruin führen³⁾, da es sich meist um hohe Summen handelt. Außerdem ist keine Versicherung bereit, ein unbegrenztes Risiko zu übernehmen. Der Gastwirt kann sich also gegen derartig hohe Verluste nicht abdecken. Auch steht die Größe des Risikos in keinem Verhältnis zum Hauptzweck des Vertrages -- der Beherbergung -- und zum Zimmerpreis. Ein Gasthof ist nun einmal nicht der geeignete Ort, um Wertsachen aufzubewahren⁴⁾. Für ein Luxushotel mag etwas anderes gelten. Aber die gesetzliche Regelung kann nicht die Verhältnisse eines Luxushotels zum Maßstab nehmen⁵⁾. Die Höchstgrenze ermöglicht dem Gastwirt, das Haftungsrisiko zu kalkulieren und zu versichern und schützt ihn so vor unverhältnismäßig hohen Verlusten.

1) G. Fischer S. 84.

2) Strauß S. 25.

3) Mot. II S.588 = Mugdan S.329; Strauß S. 19 u.25; Ziermann S. 61 u. 95.

4) Oertmann "Der junge Rechtsgelehrte", 1934, 260; Strauß S. 19; Sturm S.28.

5) Vgl. oben S.19.

Im Interesse der Gäste ist eine Höchstgrenze ebenfalls zu befürworten. Dem Reisenden mit wenig Wertsachen kann nicht zugemutet werden, die Kosten der Haftungsrisiken für den Schmuck der Millionärsgattin oder des reisenden Juweliers zu tragen. Wer mit derartigen überdurchschnittlichen Werten reist, muß, um gesichert zu sein, eigene Versicherung abschließen.

Eine Unterscheidung zwischen zum Gebrauch notwendigen und nicht notwendigen Wertsachen¹⁾ ist abzulehnen. Es ist auch verfehlt, die Haftung davon abhängig zu machen, ob dem Gast eine Aufbewahrung zugemutet werden kann oder nicht.³⁾ Beide Unterscheidungen sind in der Praxis nur schwer durchführbar und führen nur zu Unklarheiten und Streitigkeiten.

Die beste Lösung stellt daher eine Höchstgrenze dar, die so bemessen ist, daß die Wertsachen eines Durchschnittsreisenden damit geschützt sind²⁾. Ob dies bei der Grenze von DM 1.000.-- noch der Fall ist, mag zweifelhaft sein. Hier wäre eine Erhöhung zu empfehlen. Der Gastwirt bliebe dann auch von einer übermäßigen Aufbewahrung von Wertsachen verschont.

Da jedoch zu erwägen ist, die Höchstgrenze für Wertsachen in einer allgemeinen Höchstgrenze aufgehen zu lassen, soll deren Höhe im dortigen Zusammenhang mitbehandelt werden.

1) Wie es Ziermann S. 73 vorschlägt; ebenso Sturm S. 25 und 36.

2) Das meint wohl auch Sturm S. 36, wenn er ausführt, der Gast könne nur dafür Schutz verlangen, was ein guter Hausvater auf Reisen mitnimmt.

3) So Ziermann S.78 und schweiz.OR Art.488.

B. Neu zu fordernde Abgrenzungen

1. Allgemeine Haftungshöchstgrenze

Die Einführung einer allgemeinen Haftungshöchstgrenze wurde bei der Schaffung des BGB mit der Begründung abgelehnt, es bestehe kein Bedürfnis für eine derartige Regelung und der Grundgedanke der strengen Haftung würde in zu weitgehendem Maße durchbrochen¹⁾. Eine Höchstgrenze wird auch deswegen nicht für unbedingt notwendig gehalten, weil die eingebrachten Sachen des Gastes meist nur einen durchschnittlichen Wert besäßen²⁾.

Viele Autoren hingegen befürworten die Einführung einer Höchstgrenze, um den Gastwirt vor ruinösen Schadensersatzansprüchen zu schützen³⁾.

In der Schweiz (1000 Franken = ca. DM 929.--), in Österreich (3000 S = ca. DM 460.--) und Italien (200.000 Lire = ca. DM 1.280) bestehen derartige Haftungshöchstgrenzen. In der Konvention des Europarates vom 17. Dezember 1962 ist ebenfalls eine Begrenzung der Haftung auf 3.000 Goldfranken (= ca. DM 980.--) vorgesehen.

Es ist schwer verständlich, warum in Deutschland nicht eine ähnliche Regelung schon längst eingeführt wurde. Die Entwicklung, bei einer privatrechtlichen Haftung ohne Verschulden die Belastung durch Höchstgrenzen zu mildern, setzte im Jahre 1923 mit der Einführung des § 7 a des Reichshaftpflichtgesetzes ein. Seither wurde jede neu eingeführte zivilrechtliche Haftung ohne Verschulden durch Höchstsummen beschränkt⁴⁾. Heute gibt es nur noch 3 Fälle der unbeschränkten Gefährdungshaftung, also der Haftung außerhalb eines Vertragsverhältnisses, und zwar für Schäden, die durch Luxustiere (§ 833 BGB), Wild (§ 29 Bundes-

1) Prot. II S. 407 = Mugdan S.978.

2) Ziermann: S.125.

3) Brunner: S.14; Jacobi: S.90; Oertmann "Der junge Rechtsgelehrte" 1934,262; Scheye: S.81; Schlemmer: S.121; Wilburg: S.150 f; Haub: S.89 befürwortet eine Höchstgrenze schon für leichte Fahrlässigkeit.

4) Rinck S.23.

jagdgesetz) oder einen konzessionierten Fabrikbetrieb (§ 26 Gewerbeordnung) verursacht werden¹⁾.

Außer § 701 BGB gibt es nur zwei Fälle²⁾, in denen eine Haftung ohne Verschulden in einem Vertragsverhältnis gesetzlich festgelegt ist. Und für diese Fälle bestehen Höchstbeträge, die zudem noch sehr niedrig sind³⁾.

Ohne eine solche Begrenzung kann der Gastwirt die Haftungskosten nicht kalkulieren und auch nicht versichern⁴⁾; denn keine Versicherungsgesellschaft übernimmt dieses unbegrenzte Risiko. Der Gastwirt kann daher gegenwärtig das Risiko aus § 701 BGB nicht vollständig abwälzen, sondern nur bis zu bestimmten Höchstbeträgen. Das Argument, die Schäden hielten sich gewöhnlich in kleinem Umfang, geht an diesem Problem vorbei. Insbesondere für den kleinen Gastwirt bedeutet das Fehlen der Höchstgrenze eine dauernde Bedrohung, daß ein außerordentlicher Schadensfall eintreten und zur Existenzvernichtung führen kann. Dieses Risiko steht in keinem Verhältnis zu den Einnahmen des Wirtes.

Das Interesse der Gäste, die schließlich die Haftungskosten tragen müssen, ist darauf gerichtet, nur für die durchschnittlichen Werte, die ein Reisender mit sich führt, einzustehen⁵⁾. Hingegen sind sie nicht daran interessiert, für Werte (z.B. teure Pelzmäntel), die der gewöhnliche Reisende nicht mit sich führt, den Versicherungsschutz zu bezahlen. Es ist angebracht, die Besitzer solcher Gegenstände wie bei Wertsachen auf eine eigene Gepäckversicherung zu verweisen⁶⁾. Das Gesetz als Typusregelung ist für den Schutz dieser Sachen nicht geeignet.

Zur Bestimmung der Höchstgrenze gibt es zwei Vorschläge, die auch beide in der Europäischen Konvention zur Auswahl gestellt werden. Entweder der Höchstbetrag wird nach einem Mehrfachen, z.B. dem 100fachen, des Zimmerpreises⁷⁾

1) Rinck S.25.

2) Haftung der Eisenbahn und des Frachtführers bei Transport mit Fernlastern vgl. oben S.21.

3) Vgl. oben S.32.

5) Schlemmer S.122.

4) Schlemmer: S.122.

6) Strauß:S.60;SchlemmerS.124

7) Haub S.94; Europ.Konvention Art. 2 (a)

bestimmt, oder es wird ein fester Höchstbetrag festgesetzt. Die Länder, in denen eine Höchstgrenze gilt, haben stets den zweiten Weg vorgezogen, und auch die Europäische Konvention schlägt ihn als Regelfall vor.

Der Vorschlag des mehrfachen Zimmerpreises hat zwar den Vorzug, daß die Haftung nach Hotelklassen abgestuft wird und die Höchstgrenze mit dem Geldwert steigt oder fällt. Sein Nachteil liegt in der Ungenauigkeit, insbesondere bei Pensionspreisen oder gar bei Pauschalpreisen, bei denen es schwierig ist, den reinen Zimmerpreis zu ermitteln. Außerdem führt die Abhängigkeit des Haftungsbetrages vom Zimmerpreis zu dem paradoxen Ergebnis, daß bei einer Erhöhung des Zimmerpreises, die der Gastwirt als Geschäftsmann anstrebt, auch die Unkosten in Form einer erhöhten Haftungsprämie steigen.

Die einfachere Lösung ist ein fester Höchstbetrag. Die Bestimmung dieses Betrages müßte davon abhängig gemacht werden, was ein Reisender normalerweise an Gepäck - Kraftwagen, für die eine Sonderregelung notwendig ist, ¹⁾ einmal ausgenommen - bei sich hat ²⁾.

Bevor ein Vorschlag für die Höhe der Haftungsgrenze gemacht wird, soll zunächst noch untersucht werden, ob in diese allgemeine Höchstgrenze die Höchstgrenze für Wertsachen miteinbezogen werden soll oder nicht. Die Schweiz und Italien haben nur eine Höchstgrenze, während Österreich zwei eingeführt hat. Eine einheitliche Höchstgrenze käme dem Bestreben entgegen, die Tatbestände der Gastwirthaftung möglichst einfach zu gestalten. Es fragt sich allerdings, ob die Risiken nicht zu verschieden sind, als daß man sie einer gemeinsamen Regelung unterstellen könnte. Wie gezeigt wurde, ist für Wertsachen die Verlustgefahr nicht größer als für sonstige Sachen, da ihre größere

1) Siehe nächstes Kapitel

2) Ebenso Schlemmer S.121 für die Bestimmung des Höchstbetrages in einem Freizeichnungsrevers.

Gefährdung durch eine bessere Aufsichtsmöglichkeit des Gastes ausgeglichen wird. Das erhöhte Risiko für Wertsachen liegt vielmehr darin, daß ein Verlust stets einen hohen Schaden verursacht. Dieses besondere Wertsachenrisiko wird jedoch durch eine Höchstgrenze vermieden, so daß das Haftungsrisiko bis zu dieser Höchstgrenze für Wert- und andere Sachen gleich groß ist. Dies geht auch daraus hervor, daß die Versicherungsgesellschaften bisher bei den Prämien bis DM 1.000.-- (Wertsachenhöchstgrenze des § 702 BGB) nicht zwischen Wertsachen und sonstigen Sachen unterschieden. Aus diesem Grunde ist eine gemeinsame Höchstgrenze zu befürworten. Über deren Höhe kann man verschiedener Meinung sein. Es dürfte sich aus Gründen der europäischen Einigungsbestrebungen empfehlen, den Vorschlag der Europäischen Konvention in etwa zu übernehmen und die Grenze auf DM 1.500.-- festzusetzen.

2. Kraftfahrzeuge

Das Kraftfahrzeug ist in der Regel der wertvollste Gegenstand eines Gastes. Diebstahl oder Beschädigung führen immer zu einem Schaden, der im Verhältnis zu den Schäden an sonstigen Gütern sehr hoch ist, abgesehen von Wertsachen, für die aus diesem Grunde die Höchstgrenze von DM 1.000.-- festgesetzt ist. Ein Volkswagen kostet bereits etwa DM 5.000.--, ein Wagen der Spitzenklasse oft ein Vielfaches davon, z.B. ein Mercedes zwischen 10.000.-- und DM 35.000.--, ganz zu schweigen von Luxuswagen, die wie ein Rolls Royce bis zu 100.000.-- DM kosten. Auch sei daran erinnert, daß gegenwärtig nicht nur für Personenkraftwagen, sondern auch für Omnibusse (Kosten zwischen DM 48.000.-- und DM 150.000.--) und Lastkraftwagen (Kosten zwischen DM 8.000 und DM 70.000.--) gehaftet wird.

Selbst wenn man davon ausgeht, daß der durchschnittliche Wert eines gebrauchten Kraftfahrzeuges nur 3/4 bis die Hälfte des Neuwertes beträgt, so bleibt für den Verlustfall ein erhebliches Risiko bestehen.

Es ist daher berechtigt, ähnlich wie bei den Wertsachen zu fragen, wer dieses hohe Risiko übernehmen soll.

Diese Frage wird bereits im geltenden Recht diskutiert, besonders seit etwa 1950. Sie wird bei der gegenwärtigen gesetzestechnischen Fassung des § 701 BGB in der Form gestellt, ob Kraftfahrzeuge zu den von Gästen eingebrachten Sachen gehören. Gemäß § 701 Abs.2 BGB gelten die Sachen als "eingebracht", "welche der Gast dem Gastwirt oder den Leuten des Gastwirts, die zur Entgegennahme der Sachen bestellt oder nach den Umständen als dazu bestellt anzusehen waren, übergeben oder an einen ihm von diesen angewiesenen Ort oder in Ermangelung einer Anweisung an den hierzu bestimmten Ort gebracht hat". Die Feststellung, wann ein Kraftfahrzeug übergeben ist, hat in der Rechtsprechung keine Schwierigkeiten bereitet. Auch sind diese Fälle selten, weil der Gast seinen Wagen meist selbst abzustellen pflegt.

Die Diskussion befaßt sich daher mit der Auslegung der Begriffe

"angewiesener Ort" und
"hierzu bestimmter Ort"¹⁾

Hierbei gehen die Meinungen sowohl darüber auseinander, was unter Ort im Sinne des § 701 Abs. 2 BGB zu verstehen ist, als auch darüber, welche Voraussetzungen vorliegen müssen, damit ein derartiger Ort zur Unterbringung von Kraftfahrzeugen angewiesen oder bestimmt ist.

1) Das AG Wiedenbrück hält in seinem Urteil vom 29.4.54 DAR 54,181 die Fassung "hierzu bestimmter Ort" für einen Konstruktionsfehler. Es müsse "zur Unterbringung bestimmter Ort" heißen. Dem ist zuzustimmen.

Der Begriff "Ort" im Sinne des § 701 Abs. 2 BGB

Es besteht Einigkeit darüber, daß unter Ort im Sinne des § 701 Abs. 2 BGB nur Abstellplätze zu verstehen sind, die im Zusammenhang mit dem Gastwirtsbetrieb¹⁾ stehen und daher im Betriebs-, Gewalts-, Herrschafts-, Obhuts- oder Sorgfaltsbereich²⁾ des Gastwirts liegen. Umstritten ist dagegen, wie dieser Bereich abzugrenzen ist.

Nicht zum Betriebsbereich gehören öffentliche Straßen und Plätze³⁾. Sie können daher auch nicht zur Unterbringung mit der Wirkung angewiesen oder bestimmt werden, daß die darauf abgestellten Kraftfahrzeuge eingebracht sind⁴⁾. Erklärungen des Gastwirts etwa in dem Sinne, es sei allgemein üblich, dort Wagen abzustellen und es sei auch noch nie etwas vorgekommen, können nur als Aufklärung des Gastes über die örtlichen Verhältnisse angesehen werden⁵⁾. Die Frage, ob sie ein Anweisen oder Bestimmen im Sinne des § 701 Abs. 2 BGB bedeuten, stellt sich gar nicht. Einigkeit besteht auch darüber, daß Garagen, seien es Einzel- oder Sammelgaragen, zum Betriebsbereich gehören⁶⁾.

Wie Hotelhöfe und Hotelparkplätze zu beurteilen sind, ist dagegen umstritten. Überwiegend wird versucht, dies nach objektiven Kriterien zu bestimmen. Dabei lassen sich drei Meinungen unterscheiden:

- 1) Staud.-Nipperdey § 701 Anm. 31; RGRKomm. § 701 Anm. 4; BGH Urt.v. 3.3.58 VRS 14,408,409 = JR 58,341 = gekürzt in NJW 58,825 = LM Nr. 1 zu § 701 BGB.
- 2) Es gibt keine einheitliche Terminologie. In dieser Arbeit wird der Ausdruck Betriebsbereich verwendet.
- 3) Weimar VN 59,23; Weigelt DAR 58,238; argumentum e contrario aus BGH Urt.v. 3.3.58 VRS 14,408,409.
- 4) Ähnlich das LG München II, das in seinem Urteil vom 21.2.54 NJW 54,1408,1410 die Bezeichnung eines Abstellplatzes in einem Hotelhof nicht als Anweisen sondern nur als ordnende Tätigkeit bezeichnet hat, da es diesen Hof nicht zum Betriebsbereich zählte.
- 5) Wussow Anm. zu BGH 58,225 = WJ 58,65.
- 6) Staud.-Nipperdey § 701 Anm. 15; Palandt-Gramm § 701 Anm. 3; LG Göttingen 2.3.50 Betrieb 50,510; LG Bochum 23.10.51 Betrieb 52,247 = ZfV 52,73; LG München II 21.2.54 NJW 54,1408,1409; AG Wiedenbrück 29.4.54 DAR 54,181; LA Aachen 10.2.55 VersR 57,403 = ZfV 55,497;

1) Zum Betriebsbereich werden nur diejenigen Abstellplätze gezählt, die umfriedet sind und daher durch Verschließen gesichert werden können¹⁾.

Zur Begründung wird angeführt: Es sei für den Gastwirt unmöglich, auf unverschließbaren Plätzen für die abgestellten Kraftfahrzeuge Sicherungsmöglichkeiten zu schaffen, die wirtschaftlich vertretbar seien. Dagegen sei es für den Gast leicht, durch eigene Sicherheitsmaßnahmen (Zündlenkschloß, Versicherungen usw.) einen finanziellen Verlust zu vermeiden. Der Schutzbereich des Gastwirts könne daher nur auf umfriedete Abstellplätze ausgedehnt werden²⁾, da sonst der Gastwirt zu sehr belastet würde.

Diese Argumente können einen Unterschied zwischen gesicherten und ungesicherten Abstellplätzen nicht begründen. Der Gast kann durch eigene Sicherheitsmaßnahmen einen finanziellen Verlust auf gesicherten Abstellplätzen ebenso vermeiden wie auf ungesicherten. Beide Platzarten belasten auch den Gastwirt gleich stark; denn die Haftungskosten für Kraftfahrzeuge sind deswegen untragbar, weil sie mangels einer Höchstgrenze nicht kalkuliert und nicht voll versichert werden können³⁾. Das gilt aber für gesicherte wie für ungesicherte Plätze. Die größere Gefährdung der ungesicherten Abstellplätze wirkt sich zwar in einer höheren Versicherungsprämie aus⁴⁾. Aber dies kann unbeachtet

OLG Hamm 23.11.55 VersR 56, 179, 180; Kording VersR 51,236; Koenigs JR 55,15; Glaser JR 55,334; Weimar VersR 52,30 u. 57,540; Köthnig VersR 61,772,773.

1) Glaser VN 55,8; Ehret ZfV 52,73; Köthnig VersR 61,774.

2) Köthnig VersR 61,774.

3) Vgl. oben S. 40.

4) Die Jahresprämie beträgt für DM 6.000.-- Versicherungssumme bei Einzelgarage DM 14.--, bei einem offenen Abstellplatz DM 50.-- (Angaben der Haftpflichtkasse des Deutschen Hotel- und Gaststättengewerbes).

bleiben, da die Kosten der Versicherung auf den Gast umgelegt werden¹⁾. Zu berücksichtigen wäre, daß nur ein Versicherungsunternehmen ungesicherte Abstellplätze versichert²⁾. Der Gastwirt ist daher auf dieses Unternehmen angewiesen. Da es sich aber um ein Selbsthilfeunternehmen der Gastwirte handelt, wird ihm nichts Unbilliges zugemutet.

Zur Abgrenzung des Betriebsbereiches kann auch aus anderen Gründen nicht zwischen gesicherten und ungesicherten Abstellplätzen unterschieden werden. Das würde zu einem besonderen Begriff des Betriebsbereiches führen, der nur für Kraftfahrzeuge verwendet werden könnte. Der Begriff des Betriebsbereiches sollte jedoch für alle Sachen gleich sein. Eine sachgemäße Abgrenzung muß beachten, daß die strenge Haftung den Gast vor den typischen Betriebsgefahren schützen soll³⁾. Es müssen daher die Plätze zum Betriebsbereich gezählt werden, auf denen sich diese Gefahren auswirken. Die Abgrenzung nach gesicherten und ungesicherten Abstellmöglichkeiten berücksichtigt das nicht. Nach ihr gehört ein ungesicherter Abstellplatz, der im Gefahrenbereich des Gastwirtsbetriebes liegt, nicht zum Betriebsbereich. Dies entspricht nicht dem Zweck der strengen Haftung.

2) Eine andere Auffassung geht davon aus, daß der Abstellplatz für den Beherbergungsbetrieb benutzt wird⁴⁾. Der Betriebsbereich wird nach dem wirtschaftlichen Zusammenhang abgegrenzt.

Die Ergebnisse dieser Abgrenzung sind unterschiedlich. Das LG München II rechnet nur Garagen zum Betriebsbereich. Das Gericht geht davon aus, es sei wegen der strengen Haftung des § 701 BGB nach einem strengen Maßstab zu bestimmen,

1) Vgl. oben S.40.

2) Auf Anfrage des Verfassers hat sich nur die Haftpflichtkasse des Deutschen Hotel- und Gaststättengewerbes, Darmstadt, dazu bereit erklärt.

3) Vgl. oben S.53.

4) LG München II Urt. v. 21.2.54 NJW 54,1408; LG Aachen Urt. v. 10.2.55 VersR 57,403; Koenigs JR 55,15; Weimar VersR 57,540; Kording VersR 51,236.

ob ein Ort zum unmittelbaren Betriebsbereich gehöre. Der Betrieb einer Gastwirtschaft umfasse daher grundsätzlich nur die zur Unterbringung der Gäste bestimmten Räumlichkeiten sowie die unmittelbar zur Gastwirtschaft gehörenden und zur Unterbringung von Sachen der Gäste bestimmten Nebenräume. Dazu zählten auch die Garagen, da sie durch ihre Errichtung für die Gäste des Hotels unzweideutig in den Betrieb des Hotels miteinbezogen seien. Der Hof gehöre jedoch nicht mehr zum Hotelbetrieb. Wenn gelegentlich den Gästen vom Hotelpersonal bestimmte Plätze angewiesen würden, schaffe dies keine so enge Beziehung, daß der Hof unmittelbar in den Hotelbetrieb miteinbezogen werde. Ein zweckvoller Zusammenhang bestehe zwar, da die Fahrzeuge der Gäste dort abgestellt würden, er sei jedoch zu lose und genüge daher nicht.

Diese Argumentation widerspricht sich selbst. Das Landgericht geht davon aus, daß alle Räumlichkeiten, die zur Unterbringung von Sachen der Gäste dienen, zum Betriebsbereich gehören, ohne darauf einzugehen, ob sie verschließbar sind oder nicht. Wie das Gericht dann zu dem Ergebnis kommt, der Hotelhof, auf dem die Fahrzeuge der Gäste abgestellt werden, gehöre nicht dazu, da der Betriebszusammenhang "zu lose" sei, ist unverständlich.

Das LG Aachen und die angeführten Autoren¹⁾ zählen konsequent jeden Abstellplatz zum Betriebsbereich, auf dem Fahrzeuge der Gäste stehen. Und Weimar²⁾ betont ausdrücklich, es komme nicht darauf an, in welcher räumlichen Entfernung sich der Parkplatz vom Hotel befinde. Begründet wird diese Auffassung damit, daß der Gastwirt verpflichtet sei, für die Kraftfahrzeuge die erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen zu treffen, da die Gäste nicht selbst für die Sicherheit ihrer Wagen sorgen könnten. Diese Verpflichtung

1) Vgl. S.65 Anm.4.

2) VersR 57,540

des Gastwirts ergäbe sich daraus, daß er mit der Eröffnung des Hotelbetriebes einen für die Gäste und ihre Sachen gefährdenden Tatbestand schaffe¹⁾.

Es ist zuzugeben, daß der Abstellplatz für die Unterbringung der Fahrzeuge der Gäste benutzt werden muß, um zum Betriebsbereich gezählt werden zu können. Voraussetzung für seine Zugehörigkeit ist nämlich, daß der Abstellplatz gefährdet wird²⁾. Nur Plätze, über die der Gastwirt verfügen kann, sind für das Personal, die Gäste und Dritte leicht zugänglich und damit durch den Gastwirtschaftsbetrieb gefährdet. Nicht jeder Abstellplatz, der für Kraftfahrzeuge der Hotelgäste benutzt wird, ist aber durch den Gastwirtschaftsbetrieb gefährdet. Ein Parkplatz, der etwas weiter vom Hotel entfernt liegt, unterscheidet sich bezüglich seiner Gefahrenlage durch nichts von einem öffentlichen Parkplatz, da die dort abgestellten Kraftfahrzeuge nicht deshalb leichter zugänglich sind, weil ihre Besitzer Gäste eines Hotels sind.

Das Kriterium des wirtschaftlichen Zusammenhanges reicht daher nicht aus, um die Zugehörigkeit zum Betriebsbereich zu begründen. Es ist jedoch als zusätzliches Abgrenzungsmerkmal insofern beachtlich, als nur Plätze zum Betriebsbereich gezählt werden können, über die der Gastwirt verfügen kann.

3. Nach der herrschenden Meinung muß der Abstellplatz in einem räumlichen Zusammenhang mit der Gastwirtschaft stehen³⁾. Ort im Sinne des § 701 Abs.2 BGB ist jede Stelle, die in einem unmittelbaren räumlichen Zusammenhang mit dem Gastwirtschaftsbetrieb steht⁴⁾.

1) Kording VersR 51, 236.

2) Vgl. oben S.65.

3) LG Wiesbaden Urt.v. 30.11.54 NJW 54,464; KG Urt.v.11.1.54 VRS 6,331 = VersR 54,192; OLG Hamm Urt.v.23.11.55 VersR 56,179; BGH Urt.v.3.3.58 VRS 14,408 = NJW 58,825; Schlemmer S.12.

4) Wörtlich definiert das OLG Hamm als Ort "jede von dem Gastwirt bezeichnete Stelle, sofern diese" usw. Dies ist jedoch ungenau, da hierdurch bereits Elemente des Anweizens und Bestimmens in die Definition des Ortes mit aufgenommen werden.

Diese Abgrenzung berücksichtigt den Zweck der strengen Haftung, den Gast vor den besonderen Gefahren des Gastwirtschaftsbetriebes zu schützen¹⁾. Da diese Gefahr in der leichten Zugänglichkeit der Sachen besteht²⁾, kann sie sich nur auswirken, wenn eine gewisse räumliche Verbundenheit mit der Gastwirtschaft besteht. Dieser Abgrenzung ist daher grundsätzlich zuzustimmen. Allerdings berücksichtigt sie nicht, daß die Gefahren sich auch nur auf Plätzen auswirken können, die im wirtschaftlichen Zusammenhang mit der Gastwirtschaft stehen³⁾.

Eine dem Zweck des § 701 BGB entsprechende Definition des Ortes würde daher lauten:

Unter Ort im Sinne des § 701 Abs. 2 BGB ist jede Stelle zu verstehen, die im räumlichen und wirtschaftlichen Zusammenhang mit dem Gasthof steht.

Eine subjektive Auslegungsmöglichkeit des Betriebsbereiches wird nur in zwei Entscheidungen erwähnt. Das LG Aachen⁴⁾ sieht in dem Schild "Hotelparkplatz X" eine Erklärung des Gastwirts, diesen Parkplatz in den Betriebsbereich miteinzubeziehen. Das LG München II⁵⁾ glaubt dagegen eine derartige Erklärung in dem Bereitstellen von Abstellplätzen im Hof des Hotels nicht feststellen zu können.

Eine Auslegung des Betriebsbereiches, die vom Willen des Gastwirts ausgeht, ist abzulehnen. Die strenge Haftung soll dem Gast den Schaden ersetzen, den er infolge der Betriebsgefahren an seinen Sachen erleidet. Daher muß jeder Ort dieser Haftung unterworfen sein, der im Gefahrenbereich des Gastwirtschaftsbetriebes liegt. Der Gastwirt kann zwar bestimmen, ob ein Ort für den Betrieb benutzt wird, nicht aber, ob sich auf ihn die Betriebsgefahr auswirkt.

1) Vgl. oben S.65.

2) Vgl. oben S.21f.

3) Vgl. oben S.67.

4) Urt.v. 10.2.55 VersR 57,403 = ZfV 55,497.

5) Urt. v.21.2.54 NJW 54,1408.

Anweisen eines Ortes

Ist das Kraftfahrzeug eines Gastes an einem Ort im Sinne des § 701 Abs.1 BGB abgestellt, so ist es damit noch nicht eingebracht. Dies ist vielmehr erst dann der Fall, wenn dieser Ort zum Abstellen angewiesen oder bestimmt ist.

Ohne Ausnahme wird unter Anweisen bereits der rein äußerliche Akt der Bezeichnung des Ortes, an dem abgestellt werden soll, verstanden¹⁾. Auf den inneren Willen des Anweisenden, die Sache in den Betrieb des Gasthauses aufzunehmen, kommt es nicht an²⁾.

Diese Auffassung ergibt sich aus dem Gesetz. Nach § 701 Abs. 2 BGB ist eine Sache eingebracht, wenn sie übergeben oder an den angewiesenen oder bestimmten Ort gebracht wird. Die Rechtsfolge der Einbringung tritt also nicht ein, weil sie vom Gastwirt oder seinen Angestellten gewollt ist. Deren Wille spielt nur insoweit eine Rolle, als er darauf gerichtet sein muß, den Ort zu bezeichnen, an den die Sachen gebracht werden sollen³⁾. Diese Auslegung entspricht auch der Billigkeit. Wird dem Gast ein Platz zum Abstellen seines Kraftfahrzeuges bezeichnet, so kann er das Fahrzeug nur auf diesem Platz einbringen; denn auf einem zum Abstellen bestimmten Ort ist das Kraftfahrzeug nur dann eingebracht, wenn kein Ort angewiesen ist (§ 701 Abs.2 BGB). Außerdem verläßt sich der Gast darauf, daß ihm eine sichere Unterstellmöglichkeit angewiesen wird; es sei denn, er würde auf das Gegenteil besonders hingewiesen. Dem Gastwirt oder seinen Angestellten kann auch zugemutet werden, einen sicheren Platz anzuweisen oder dem Gast zu erklären, daß für den Abstellplatz nicht gehaftet werde. Sie können ja den Wert des Kraftfahrzeuges abschätzen.

1) OLG Hamm Urt. v. 23.11.55 VersR 56,179,180 linke Spalte: Schlemmer S.13; Koenigs JR 55,15; Weimar VersR 57,540; LG Siegen Urt. v. 3.3.55 MDR 55,416; BGH Urt.v.3.3.58 VRS 14,409.

2) OLG Hamm wie in Anm.1.

3) Kreß § 37 c = S. 348.

Damit stellt sich die Frage, welche rechtliche Bedeutung derartige Zusatzerklärungen haben. Dies richtet sich nach dem Inhalt der Erklärung. Bringt der Gastwirt damit zum Ausdruck, daß er die Haftung nicht übernehmen oder daß der Gast seinen Wagen nur auf eigene Gefahr dort abstellen könne, und stellt der Gast daraufhin seinen Wagen widerspruchslos dort ab, so liegt ein vertraglicher Haftungsausschluß vor. Die Erklärung des Gastwirts ist ein Vertragsangebot, das vom Gast durch seine Handlung konkludent angenommen wird¹⁾.

Kann aus der Erklärung des Gastwirts durch Auslegung ein derartiges Angebot auf Abschluß eines Haftungsausschlußvertrages nicht ermittelt werden, oder widerspricht der Gast einem Haftungsausschluß, so kann ein Hinweis auf eine besondere Gefahrenquelle vorliegen. Durch einen derartigen Hinweis kann der Gastwirt erreichen, daß an bestimmten Orten Sachen nicht eingebracht werden können. Dieses Bestimmungsrecht des Gastwirts soll daher etwas näher untersucht werden.

Der Gastwirt kann innerhalb seines Betriebsbereiches bestimmen, wofür ein Ort benutzt werden soll. Dieses Recht beruht auf dem Hausrecht und ist als Äquivalent zur strengen Haftung im Gesetz anerkannt. Gemäß § 701 Abs.2 BGB kann nämlich eine Sache nur "in Ermanglung einer Anweisung" an den zur Unterbringung bestimmten Ort gebracht werden. Die spezielle Erklärung des Gastwirts geht also stets vor. Dieses Recht muß dem Gastwirt auch wegen der strengen Haftung zugestanden werden, da er sonst einem Schaden nicht vorbeugen könnte²⁾. Ebenso, wie der Gastwirt Plätze zur Unterbringung bestimmen kann, kann er sie auch von der Unterbringung ausschließen³⁾. Ein derartig negatives

1) Der BGH (Urt.v.3.3.58 VRS 14,410) lehnt zwar ein konkludentes Angebot auf Abschluß eines Haftungsausschlußvertrages ab, nicht aber die konkludente Annahme eines ausdrücklich erklärten Angebots.

2) Koenigs JR 55,15.

3) Auch der BGH (Urt.v.3.3.58 VRS 14,412) hat dieses negative Anweisungs- und Bestimmungsrecht anerkannt.

Bestimmungsrecht ist ebenfalls wegen der strengen Haftung anzuerkennen; denn der Gastwirt muß besonders gefährdete Plätze von der Unterbringung ausschließen können.

Es ist allerdings schwierig, die Grenzen dieses Rechts festzustellen. Gebraucht es der Gastwirt zu weitgehend, könnte er damit die gesetzliche Haftung völlig oder doch zumindest weitgehend ausschließen. Man wird daher unterscheiden müssen, ob lediglich einzelne Plätze auf diese Art von der Haftung ausgenommen werden und der Gastwirt dafür andere Abstellmöglichkeiten anbietet, für die er die Haftung übernimmt, oder ob ein Gast sein Kraftfahrzeug gar nicht einbringen kann, da ihm kein Platz zur Verfügung gestellt wird, für den der Gastwirt haftet. Nur der letzte Fall ist problematisch.

Der Gastwirt könnte einem aufgenommenen Gast nur dann einen Abstellplatz anbieten, für den er nicht haftet, wenn er die Unterbringung des Kraftfahrzeuges überhaupt ablehnen könnte. Es ist daher zu untersuchen, ob der Gastwirt alle Sachen des Gastes aufnehmen muß oder ob er sich weigern kann, einzelne Sachen aufzunehmen¹⁾. Dieses Problem ist bis heute nicht erörtert worden²⁾. Aus den gesetzlichen Bestimmungen der §§ 701 ff. BGB kann eine Verpflichtung, alle Sachen aufzunehmen, nicht entnommen werden, da nur geregelt ist, wann eine Sache eingebracht ist und wie für sie gehaftet wird. Eine derartige Verpflichtung des Gastwirts könnte sich nur aus dem Beherbergungsvertrag ergeben. Dieser ist ein gemischter Vertrag. Es sind die Vorschriften des besonderen Teils des Schuldrechts anwendbar, soweit sie den einzelnen Vertragspflichten entsprechen³⁾. Eine auch nur entsprechend anwendbare

-
- 1) Eine andere Frage ist, ob der Gastwirt die Annahme von Wertsachen zur Aufbewahrung ablehnen kann.
 - 2) Nur das LG Bochum erwähnt in seinem Urteil vom 23.10.51 (Betrieb 52, 247 = ZfV 52, 73), der Gastwirt könne die Aufnahme eines Kraftfahrzeuges ablehnen.
 - 3) BGH Urt.v. 1.4.63 NJW 63, 1449.

Vorschrift gibt es nicht. Folglich ist zu prüfen, ob gemäß den §§ 157, 242 BGB eine derartige Aufnahmepflicht ermittelt werden kann. Dies scheint für Kraftfahrzeuge fraglich zu sein. Eine Verkehrssitte, daß der Gastwirt die Kraftfahrzeuge seiner Gäste unterbringt, läßt sich nicht feststellen. Im Gegenteil, die meisten Hotels und Gasthäuser verfügen gar nicht über genügend Raum, um alle Fahrzeuge ihrer Gäste einzustellen, und viele Pensionen und sonstige kleinere Betriebe haben dazu überhaupt keine Möglichkeit. Die Kraftfahrzeuge stehen dann auf öffentlichen Straßen oder Plätzen. Man kann daher eher eine Verkehrssitte feststellen, daß die Gastwirte die Fahrzeuge ihrer Gäste nicht unterbringen. Es ist auch nicht notwendig, daß der Gastwirt die Kraftfahrzeuge seiner Gäste einstellt. Im Gegensatz zu den sonstigen Sachen, die nicht einfach auf der Straße stehen bleiben können, ist das Kraftfahrzeug seiner Konstruktion nach darauf eingerichtet. Es ist für Dritte unzugänglich und kann zudem gegen unbefugten Gebrauch ausreichend gesichert werden. Das zeigt sich auch darin, daß viele Autobesitzer ihre Kraftwagen dauernd auf öffentlichen Plätzen oder Straßen parken (Laternen-garage). Eine Verpflichtung des Gastwirts, die Kraftfahrzeuge seiner Gäste aufzunehmen, kann somit nicht bejaht werden. Es muß daher auch möglich sein, Abstellplätze zur Verfügung zu stellen, für die keine Haftung übernommen wird. Der Gastwirt kann also durch einen entsprechenden Hinweis bewirken, daß Abstellplätze weder zum Parken angewiesen noch bestimmt sind. Die auf ihnen abgestellten Kraftfahrzeuge sind nicht eingebracht.

Bisher sind nur die Fälle behandelt worden, in denen der Abstellplatz ausdrücklich angewiesen worden ist. Schwierigkeiten bieten hingegen vor allem die Fälle, in denen eine ausdrückliche Erklärung des Gastwirts oder seines Personals fehlt, in denen also nur ein konkludentes Verhalten auf ein Anweisen schließen läßt. Das LG Aachen¹⁾

1) Urt. v. 10.2.55 VersR 57,403,404.

sieht bereits darin ein Anweisen, daß der Gastwirt duldet, Kraftfahrzeuge auf einem ungesicherten Parkplatz abzustellen. Es fragt sich also, ob im Schweigen des Gastwirts ein Anweisen gesehen werden kann.

Dies hängt davon ab, ob das Schweigen überhaupt als Erklärung des Gastwirts ausgelegt werden kann und, falls dies zu bejahen ist, ob das Schweigen als Anweisen zu werten ist.

Nach einhelliger Auffassung kann aus dem Schweigen nur dann auf eine Erklärung geschlossen oder das Schweigen als Erklärung behandelt werden, wenn der Schweigende reden könnte und müßte¹⁾. Unterstellt man einmal, der Gastwirt erfahre vom Abstellen des Kraftfahrzeuges, so bleibt doch die Frage, warum er zu einer Erklärung verpflichtet ist. Aus den gesetzlichen Bestimmungen der §§ 701 ff. BGB kann eine derartige Erklärungspflicht nicht entnommen werden. Diese Vorschriften legen dem Gastwirt zwar eine besondere Fürsorgepflicht für eingebrachte Sachen auf. Es ist aber nicht möglich, mit diesen Vorschriften eine Sorgfalts-
pflicht für Sachen zu begründen, von denen gerade streitig ist, ob sie eingebracht sind. Eine Aufklärungspflicht könnte nur aus dem Beherbergungsvertrag abgeleitet werden, da der Gastwirt hiernach das Gepäck unabhängig davon sichern muß, ob es gemäß § 701 Abs.2 BGB eingebracht ist. Guelde²⁾ glaubt, aus dem Beherbergungsvertrag eine derartige Aufklärungspflicht entnehmen zu können; das LG München II³⁾ verneint es. Eine vertragliche Aufklärungspflicht wird allgemein über solche Tatsachen angenommen, die der Vertragspartner nicht oder nicht hinreichend kennen oder erkennen kann, deren Kenntnis aber für seine Entschlüsse und Handlungen bedeutungsvoll ist⁴⁾ und über die er nach

- 1) Staud.-Coing Vorb. 5 vor § 116; Enn.-Nipperdey: Allg. Teil des BGB, 2. Halbband, 15. Aufl. Tübingen 1960, § 153 III
- 2) NJW 54, 1409 (ohne Begründung)
- 3) Urt. v. 21.2.54 NJW 54, 1408, 1410 (ohne Begründung).
- 4) Staud.-Weber: Komm. zum BGB II. Bd, Recht der Schuldverhältnisse, Teil 1b, § 242, 11. Aufl. Berlin 1961 Anm. A 831; Soergel-Siebert: Komm. zum BGB, I. Bd, 9. Aufl. Stuttgart 1959, § 242 Anm. 80.

den Gepflogenheiten des redlichen Verkehrs ungefragt Unterrichtung verlangen darf¹⁾. Der Gastwirt muß also den Gast dann darauf hinweisen, daß ein Schaden eintreten könnte, wenn der Gast dies nicht selbst erkennen kann. Das wäre der Fall, wenn dem Kraftfahrzeug im Hotelbereich Gefahren drohten, die an anderen Orten nicht auftreten. Es muß also geprüft werden, ob ein Kraftfahrzeug im Hotelbetrieb besonderen Gefahren ausgesetzt wird. Der BGH bejaht dies, ohne seine Meinung zu begründen²⁾. Die Hotelgefahr besteht darin, daß die Sachen der Gäste anderen Gästen, Dritten und dem Personal des Gastwirts leichter zugänglich sind als außerhalb des Hotels³⁾. Das ist jedoch bei Kraftfahrzeugen nicht der Fall. Sie sind für alle Personen genauso zugänglich, als wenn sie, wie bei anderen Gelegenheiten auch, auf öffentlichen Straßen oder Plätzen geparkt wären. Die Gefährdung im Gasthaus ist weder größer noch anderer Art. Da der Gast die Gefahren auf öffentlichen Straßen und Plätzen kennt, kann er auch abschätzen, inwieweit sein Kraftfahrzeug auf einem Hotelhof oder einem Hotelparkplatz - nur in diesem Fall ist streitig, ob es eingebracht ist⁴⁾ - gefährdet ist. Der Gastwirt muß den Gast also nicht erst über die Gefahrenlage aufklären.

Allein aus dem Schweigen des Gastwirts kann daher nicht geschlossen werden, daß ein Platz zum Abstellen angewiesen ist.

Bestimmen eines Ortes

Man kann zwei Auslegungen des Bestimmens unterscheiden. Die eine Meinung sieht einen Abstellplatz nur dann als zum Unterbringen von Kraftfahrzeugen bestimmt an, wenn der Gastwirt oder dessen Personal eine entsprechende Erklärung abgegeben haben. Die andere Meinung hält auch dann

1) Esser: Schuldrecht, S.33,3.

2) Urt.v. 3.3.58 VRS 14,410

3) Vgl. oben S.21f.

4) Vgl. oben S.63.

einen Ort für zum Abstellen bestimmt, wenn eine Verkehrs-sitte besteht, dort Kraftfahrzeuge abzustellen, oder wenn der Ort durch seine Beschaffenheit z.B. Verschließbarkeit, zum Abstellen von Kraftfahrzeuge geeignet ist¹⁾.

1. Soweit der Abstellplatz durch Erklärungen des Gastwirts zum Abstellen von Kraftfahrzeugen bestimmt wird, gelten die gleichen Grundsätze wie beim Anweisen²⁾. Beide Erklärungen haben denselben Inhalt. Nur erfolgt das Anweisen gegenüber dem einzelnen Gast, während das Bestimmen gegenüber allen Gästen (z.B. durch ein Schild) vorgenommen wird. Im Gegensatz zum Anweisen kann jedoch mit dem Bestimmen nicht gleichzeitig ein Angebot auf Abschluß eines Haftungsausschlußvertrages abgegeben werden. Eine derartige Erklärung hat gemäß § 701 Abs.3 BGB keine rechtliche Wirkung, d.h. sie stellt kein Vertragsangebot dar. Sie ist jedoch ein Hinweis auf eine besondere Gefahrenquelle; denn die Ausübung des Bestimmungsrechtes ist nicht formgebunden. Die Haftung könnte daher auf diese Weise ausgeschlossen werden.

Schwierig sind wieder die Fälle, in denen keine ausdrückliche Erklärung des Gastwirts oder seines Personals vorliegt. Ein Bestimmen wird bereits darin gesehen, daß auf einem Hotelhof früher verschiedentlich Parkplätze angewiesen³⁾ oder ein Parkplatz nur von Hotelgästen benutzt und das Abstellen der Kraftfahrzeuge widerspruchslös geduldet worden ist⁴⁾. Es wird also ein Bestimmen konstruiert, ohne daß eine ausdrückliche Erklärung vorliegt. Das ist aber, genau wie beim Anweisen, dann abzulehnen, wenn allein aus dem Schweigen des Gastwirts diese Erklärung geschlossen wird.

1) Der BGH hat zur Auslegung des Bestimmens ausdrücklich keine Stellung genommen. Urt.v.3.3.58 VRS 14,410.

2) Vgl. oben S. 69ff.

3) LG Wiesbaden Urt. v. 30.11.54 NJW 55,464; Guelde NJW 54,1409.

4) LG Aachen Urt. v. 10.2.55 VersR 57,403.

2. Die andere Meinung geht nicht von einer Erklärung des Gastwirts aus. Sie sieht einen Abstellplatz bereits dann als zum Abstellen von Kraftfahrzeugen bestimmt an, wenn eine allgemeine Verkehrssitte besteht, solche Plätze zum Abstellen von Kraftfahrzeugen zu benutzen¹⁾, oder wenn der Abstellplatz deswegen zum Abstellen geeignet ist, weil er abschließbar ist²⁾.

Diese Meinung übersieht jedoch, daß der Gastwirt ein Recht darauf hat, die Orte, an denen etwas abgestellt werden soll, selbst zu bestimmen³⁾. Dieses Bestimmungsrecht würde ausgehöhlt, wenn man ein Bestimmen auch durch andere Umstände zulassen würde. Damit würde dem Gastwirt die einzige Möglichkeit genommen, die Auswirkungen der strengen Haftung in Grenzen zu halten. Diese Auslegung ist daher abzulehnen.

Zusammenfassung:

Von den Gerichten wird sowohl der Betriebs- oder Gefahrenbereich als auch das Anweisen und Bestimmen weit ausgelegt. Zum Gefahrenbereich wird jeder Abstellplatz gezählt, der in einem räumlichen Zusammenhang mit dem Gastwirtsbetrieb steht. Als Anweisen wird jedes Bezeichnen eines Ortes zum Abstellen verstanden. Zum Abstellen bestimmt sein kann ein Abstellplatz sowohl durch eine entsprechende Erklärung des Gastwirts als auch durch dauernde Benutzung oder eine entsprechende Verkehrssitte. Bereits das stillschweigende Dulden des Abstellens von Kraftfahrzeugen kann Anweisen oder Bestimmen bedeuten.

1) KG Urt.v. 11.1.54 VRS 6,331 = VersR 54,192; OLG Hamm Urt.v.23.11.55 VersR 56,179,180 linke Spalte.

2) Schlemmer S. 13.

3) Vgl. oben S. 70.

Einschränkende Auslegungen werden außer in der Entscheidung des LG München II nur im Schrifttum vertreten.

Ein Gastwirt muß also heute damit rechnen, daß er für jedes Kraftfahrzeug, das von Gästen im räumlichen Bereich des Gasthofes mit oder ohne sein Wissen abgestellt wird, haftet. Das bedeutet für den Gastwirt ein erhebliches Risiko. Man kann es mit dem vergleichen, das sich bei einer unbegrenzten Haftung für Wertsachen ergeben würde¹⁾. Denn je nach dem Typ stellt ein Kraftfahrzeug einen erheblichen Wert dar²⁾, der im Durchschnitt sogar den eines Wertgegenstandes noch übertreffen dürfte.

Das Schadensrisiko für Kraftfahrzeuge ist wegen der großen Wertunterschiede der einzelnen Wagen nicht kalkulierbar und auch nicht voll versicherbar, da die Versicherungsgesellschaften die Haftung nur bis zu bestimmten Höchstbeträgen abdecken. Ein einziger Schadensfall kann dem Gastwirt, zumal dem Kleinbetrieb, die Existenz kosten. Als weitere Erschwerung kommt hinzu, daß die meisten Versicherungsgesellschaften die Haftung nur für Kraftfahrzeuge übernehmen, die in Garagen oder umfriedeten Einstellplätzen abgestellt sind³⁾. Das Entgelt des Gastes steht daher gegenüber diesem Risiko des Gastwirtes in keinem Verhältnis⁴⁾.

Forderungen de lege ferenda

Wie der Vergleich mit den Wertsachen zeigt, liegt die Härte der bisherigen Regelung vor allem darin, daß für Kraftfahrzeuge unbeschränkt gehaftet wird. Diese Härte würde durch die Schaffung einer Haftungshöchstgrenze beseitigt. Dies könnte man durch Einführung der geforderten allgemeinen Höchstgrenze⁵⁾ oder unabhängig hiervon durch

1) Vgl. oben S. 56f. ; Koenigs JR 55,15.

2) Vgl. oben S. 61.

3) Vgl. oben S. 65.

4) Brunner S.50.

5) Vgl. oben S. 58ff.

eine besondere Haftungshöchstgrenze für Kraftfahrzeuge erreichen. Die Höhe müßte wie bei der allgemeinen Höchstgrenze¹⁾ danach bestimmt werden, welcher Schaden einen Durchschnittsgast treffen kann, müßte sich also nach dem durchschnittlichen Gebrauchswert eines Mittelklassewagens richten. Dieser Betrag übersteigt auf jeden Fall den, der zum Ersatz des durchschnittlichen Reisegepäckes erforderlich ist. Bei einer einheitlichen Haftungshöchstgrenze würde daher auch die Haftung für die sonstigen Sachen erhöht. Das erscheint nicht gerechtfertigt, so daß eine besondere Höchstgrenze für Kraftfahrzeuge zu empfehlen wäre.

Mit der Einführung eines besonderen Haftungshöchstbetrages für Kraftfahrzeuge würde das Risiko kalkulierbar und versicherbar. Damit würden jedoch lediglich Härten für die Gastwirte beseitigt. Gegenüber der strengen Haftung für Kraftfahrzeuge bestehen aber auch grundsätzliche Bedenken.

Die Haftungskosten werden im Rahmen der Gesamtkalkulation auf die Gäste umgelegt²⁾. Sämtliche Nicht-Auto-Besitzer - und es sei darauf hingewiesen, daß dies immer noch die Mehrzahl ist - tragen das Risiko für die eingestellten Kraftwagen in Gestalt eines erhöhten Zimmerpreises mit. Das ist nicht gerechtfertigt. Die autofahrenden Gäste schaffen durch das Einbringen ihrer Kraftfahrzeuge ein zusätzliches Risiko, das sie auch selbst tragen müssen. Das ist jedoch nur der Fall, wenn für das Abstellen der Kraftfahrzeuge eine besondere Vergütung verlangt wird, wie dies in einigen Hotels geschieht. Eine derartige Regelung läßt sich aber nicht gesetzlich erzwingen, da nach unserem Wirtschaftssystem der Gastwirt in seiner Preiskalkulation frei ist und die Kosten beliebig verteilen kann.

Weiter kommt hinzu, daß der Gast zur Sicherheit seines Kraftwagens weit mehr tun kann als der Gastwirt. Immer wird

1) Vgl. oben S. 60.

2) Vgl. oben S. 40 und 47.

vergessen, daß ein Kraftwagen nicht nur eine diebstahlsgefährdete Sache, sondern auch eine gegen Diebstahl gut zu sichernde Sache ist. Diese Sicherung (einwandfreie Schlösser, Lenkradsperre, Schaltsperre, Schließen der Fenster usw.) kann jedoch nicht der Gastwirt, sondern nur der Besitzer des Wagens anwenden¹⁾. Ebenso kann nur der Besitzer ohne großen Aufwand zusätzliche Sicherungen anbringen: etwa mittels eines versteckt eingebauten Schalters die elektrische Anlage des Wagens außer Betrieb setzen, wodurch ein Diebstahl so gut wie unmöglich wird.

Man gelangt daher zu dem Ergebnis, daß bei der Haftung für Kraftfahrzeuge die Kosten dieser Haftung weitgehend von einem Personenkreis getragen werden, der hierzu nicht den geringsten Anlaß hat. Außerdem werden die Last der Versicherung und die Umlegung der Kosten dem auferlegt, der das Risiko am wenigsten beeinflussen kann.

Damit erscheint es fraglich, ob eine Haftung für Kraftfahrzeuge überhaupt zu rechtfertigen ist. Die strenge Haftung für die eingebrachten Sachen der Gäste wird in erster Linie damit begründet, daß die Sachen im Gasthaus einer besonderen Betriebsgefahr ausgesetzt seien²⁾. Gilt dies auch für Kraftfahrzeuge? Die typische Betriebsgefahr des Gasthauses ist die Diebstahlsgefahr³⁾, die durch die leichte Zugänglichkeit der Sachen für Dritte und das Personal des Gastwirts bedingt ist. Auch das eingebrachte Kraftfahrzeug ist dieser Gefahr ausgesetzt. Im Gegensatz zu den übrigen Sachen bedeutet für ein Kraftfahrzeug die leichte Zugänglichkeit aber keine besondere, durch das Hotel bedingte, zusätzliche Gefährdung. Es wird nicht, wie die übrigen Sachen, nur im Gasthaus einer Diebstahlsgefahr ausgesetzt, sondern überall und täglich, wenn es auf öffentlichen Straßen und Plätzen abgestellt wird⁴⁾. Jeder Kraftfahrer, der sein Fahrzeug nachts in einer Garage abzustellen

1) Köthnig VersR 61, 774.

2) Vgl. oben S. 53.

3) Vgl. oben S. 24.

4) Köthnig VersR 61, 774; Koenigs JR 55, 15; Scheye S. 82.

pielt - von den Laternen-Parkern ganz zu schweigen -, übernimmt beim Besuch von Veranstaltungen, die sich bis in die Nacht erstrecken (Theater, Konzert, Gaststättenbesuch), die erhöhte nächtliche Diebstahlsgefahr. Die Gefahr auf öffentlichen Straßen und Plätzen ist aber eher noch größer als auf einem Hotelhof oder einem Hotelparkplatz. Die Diebstahlsgefahr des Kraftfahrzeuges ist also nicht durch den Hotelbetrieb bedingt, sondern liegt bereits darin, daß das Kraftfahrzeug jederzeit und an den verschiedensten Orten unbeaufsichtigt abgestellt wird. Aus diesem Grunde ist das Kraftfahrzeug auch gegen Diebstahl durch besondere Vorkehrungen geschützt¹⁾. Man kommt daher zu dem Ergebnis, daß eine durch das Hotel bedingte, besondere Diebstahlsgefahr für das Kraftfahrzeug nicht festzustellen ist²⁾. Dies ist auch daraus zu ersehen, daß die weit überwiegende Mehrzahl der Schadensfälle bei in Gasthöfen abgestellten Kraftfahrzeugen nicht auf Diebstahl, sondern auf Beschädigung zurückzuführen sind³⁾. Daraus kann nun aber nicht geschlossen werden, daß eine besondere Beschädigungsgefahr für in Gasthöfen abgestellte Kraftfahrzeuge besteht. Es ist auch nicht erkennbar, wodurch ein Beherbergungsbetrieb eine besondere Gefahrenquelle für die Beschädigung dort abgestellter Kraftfahrzeuge ist. Vielmehr ist eben ein Kraftfahrzeug als solches eine beschädigungsanfällige Sache, da es durch seinen Betrieb dauernd in Gefahr läuft, mit anderen Fahrzeugen zu kollidieren. Diese Gefahr besteht aber genau so auf einer Straße, einem öffentlichen Parkplatz, einem Parkhaus oder einem Hotel. Daher ist auch eine Beschädigungsgefahr des Beherbergungsbetriebes zu verneinen.

1) Vgl. oben S. 79.

2) Abletshauser S. 192 fordert daher, die Haftung für Kraftfahrzeuge nach der Höhe der üblicherweise auftretenden Karosserieschäden zu begrenzen.

3) Nach Angabe der Haftpflichtkasse des Deutschen Hotel- und Gaststättengewerbes entfallen auf 75 bearbeitete Schadensfälle nur einer auf Diebstahl, der Rest auf Beschädigung; das sind 1,3 %.

Das Kraftfahrzeug wird daher einer typischen Hotelgefahr, also einer Gefahr, die mit der Eigenart des Gasthausbetriebes zusammenhängt, gar nicht ausgesetzt¹⁾. Damit fehlt es bereits an der Voraussetzung für eine Sonderreglung.

Es erscheint auch als billig, daß der Kraftfahrer die zufälligen Schäden an seinem Fahrzeug auch dann trägt, wenn er es im Hotelbereich abstellt. Diese Schäden könnten ihn an einem anderen Ort genauso treffen. Bei den niedrigen Prämien der Teilkaskoversicherung²⁾, die das Risiko gegen Diebstahl und Brand deckt, wird der umsichtige Kraftfahrer sein Fahrzeug sowieso versichern, da er es täglich einer Diebstahlsgefahr aussetzt, sobald er es irgendwo außerhalb seiner Garage abstellt. Der Gast kann sich gegen die Hauptbetriebsgefahr des Hotels also preisgünstig versichern. Eine Haftung und damit eine Versicherung des Gastwirts für dasselbe Risiko ist daher entbehrlich. Es läßt sich auch nicht ermitteln, ob eine Versicherung durch den Gastwirt oder den Gast billiger ist, da die Versicherungsmöglichkeiten zu verschieden sind. Der Gast kann die bereits erwähnte Teilkaskoversicherung abschließen, und ist dann gegen Brand und Entwendung versichert. Eine Versicherung gegen die Beschädigungsgefahr für ein stehendes Kraftfahrzeug gibt es nicht. Die Volkskaskoversicherung deckt auch das Risiko des fahrenden Fahrzeuges. Der Gast kann also mit einer eigenen Versicherung nicht dasselbe Risiko versichern, das durch die Haftpflichtversicherung des Gastwirts gedeckt wird. Ein Vergleich ist aus diesem Grunde nicht möglich. Es läßt sich daher auch nicht nachweisen, daß die strenge Haftung zu einer wirtschaftlicheren Versicherungsmöglichkeit führt, wie dies beim normalen Reisegepäck festgestellt werden konnte. Es wird auch mit Recht

1) Köthnig VersR 61,774; Münzel NJW 63,1785 ohne aus dieser Feststellung die richtigen Konsequenzen zu ziehen.

2) Jahresprämie je nach Fahrzeugtyp zwischen DM 10.-- und DM 24.--.

darauf hingewiesen, daß ausgesprochene Bewachungsunternehmen für Kraftfahrzeuge (bewachter Parkplatz, Parkhaus) nur für Verschulden einzustehen haben¹⁾. Zwar kann im allgemeinen ein Vergleich zwischen einem Gasthofbetrieb und anderen Betrieben nicht gezogen werden²⁾, da die Betriebsgefahren zu verschieden sind. Da sich jedoch die besondere Betriebsgefahr des Hotels für die Kraftfahrzeuge nicht auswirkt und sowohl die Bewachungsunternehmen wie die Gastwirte eine Sicherungspflicht für Kraftfahrzeuge erfüllen, ist ein derartiger Vergleich möglich. Dabei erscheint die Ungleichheit des Haftungsmaßstabes deshalb besonders groß, weil beim Bewachungsunternehmen die Sicherungspflicht die Hauptpflicht des Vertrages, beim Gastwirt jedoch nur eine Nebenpflicht³⁾ ist.

Man kommt daher zu dem Ergebnis, daß die Kraftfahrzeuge von der strengen Haftungsregelung ausgenommen werden müssen, wie dies auch die Europäische Konvention vorschlägt⁴⁾.

3. Gepäck in Kraftfahrzeugen

Werden bei Übernachtungen Sachen im Kraftfahrzeug zurückgelassen, so handelt es sich meist um schweres Gepäck, so etwa beim Ferienreisenden, der auf der Durchfahrt das große Feriengepäck und die Campingausrüstung für die ganze Familie im Wagen läßt, beim Geschäftsreisenden, der mit Musterkoffern oder gar Warenbeständen (Kombifahrzeuge) unterwegs ist, oder gar beim Fernlastfahrer, der seinen Lastzug mit der ganzen Ladung abstellt⁵⁾.

Diese wenigen Beispiele zeigen bereits, welche Werte unter Umständen in Kraftfahrzeugen zurückgelassen werden können. Sie sind außerdem völlig anders untergebracht,

1) Wintergerst NJW 63,141; Weimar NJW 63,629.

2) Vgl. oben S.32.

3) Vgl. oben S.15.

4) Artikel 7 des Anhangs vgl. oben S.13.

5) Weimar VersR 52,30.

als wenn sie sich im Hotel selbst befinden würden. Es ist daher die Frage berechtigt, ob für diese Sachen ebenso gehaftet werden soll wie für Gepäck, das in Gästezimmern untergebracht ist.

Dieses Problem hängt eng mit der Haftung für die Kraftfahrzeuge selbst zusammen; denn nach geltendem Recht sind die im Kraftwagen verbleibenden Sachen nur eingebracht, wenn der Kraftwagen selbst eingebracht ist. Die Sachen befinden sich nämlich nur dann im Kraftwagen an einem Ort im Sinne des § 701 Abs. 2 BGB, also im Betriebs-, Obhuts- oder Sorgfaltsbereich des Gastwirts, wenn das Kraftfahrzeug dort abgestellt ist.

Man könnte sich zwar eine eigene Untersuchung ersparen mit dem Argument: wenn für Kraftfahrzeuge schon nicht gehaftet werden soll, dann erst recht nicht für das darin zurückgelassene Gepäck. Diese Einstellung würde aber der besonderen Problematik nicht gerecht, die sich auch dann stellt, wenn die Haftung für Kraftfahrzeuge bejaht wird.

Zunächst soll untersucht werden, unter welchen Voraussetzungen die Haftung im geltenden Recht bejaht wird. Sie wird nur dann in Erwägung gezogen, wenn es sich um Gepäck in einem eingebrachten Kraftfahrzeug handelt. Dieses Gepäck befindet sich immer an einem Ort im Sinne des § 701 Abs. 2 BGB, da der Kraftwagen sich im Betriebsbereich des Gastwirts befindet.

Die Meinungen gehen jedoch darüber auseinander, ob der Kraftwagen zur Unterbringung des Gepäcks angewiesen oder bestimmt ist.

Einigkeit besteht nur insoweit, als Zubehörteile (Werkzeug, Ersatzrad usw.) im Kraftfahrzeug an dem hierzu bestimmten Ort sind¹⁾. Dieser Ansicht ist zuzustimmen, denn Zubehörteile gehören ins Kraftfahrzeug.

1) LG Göttingen Urt. v. 2.3.50 Betrieb 50,510; Kording VersR 52,30; Weimar VersR 52,30; BGH Urt.v. 3.3.58 VRS 14,409,411 = NJW 58,628.

Keine Schwierigkeiten bieten auch die Fälle, in denen das eingebrachte Kraftfahrzeug vom Gastwirt oder dessen Personal ausdrücklich dazu angewiesen oder bestimmt wird, in ihm Gepäck zurückzulassen. Soweit diese Fälle im Schrifttum erwähnt werden, wird eine Haftung bejaht¹⁾. Ein praktischer Fall dieser Art ist nicht bekannt geworden. Die Haftung ist in diesen Fällen berechtigt, da der Gast dem Gastwirt vertraut und sein Gepäck an einem anderen Ort nicht einbringen kann²⁾.

Umstritten sind dagegen die Fälle, in denen weder der Gastwirt noch dessen Personal eine ausdrückliche Erklärung abgeben. Während die eine Meinung nur aus einem konkludenten Verhalten des Gastwirts oder seines Personals ein Anweisen oder Bestimmen entnimmt, also stets auf den Willen des Gastwirts abstellt, nimmt die andere Meinung an, ein Bestimmen könne auch durch andere Umstände erfolgen. Man kann daher von einer objektiven und subjektiven Auslegung sprechen.

1. Die objektive Auslegung geht davon aus, daß es eine Verkehrssitte sei, Gepäck im Kraftfahrzeug zu lassen. Ein Ort sei dann zur Aufnahme von Gepäck bestimmt, wenn er auf Grund einer allgemein geübten Verkehrssitte dazu verwendet werde. Eine derartige Verkehrssitte und damit die Bestimmung des Kraftfahrzeuges zur Aufbewahrung von Gepäck haben bejaht:

für einen in der Hotelgarage abgestellten Kraftwagen das LG Göttingen³⁾ und das LG Bochum⁴⁾,

für jedes Fahrzeug, das auf abgeschlossenem Hotelgelände steht Ehret⁵⁾ und Schlemmer⁶⁾, wobei Schlemmer die Einschränkung macht, daß es sich um schweres und verhältnismäßig geringwertiges Gepäck handeln müsse. Nach dieser

1) Kording VersR 51,236; Schlemmer S.14.

2) Vgl. oben S.69.

3) Urt.v.2.3.50 Betrieb 50, 510, ergänzt Betrieb 51,834.

4) Urt.v. 23.10.51 Betrieb 52,247.

5) ZfV 52,73.

6) S. 13 und 14.

Auslegung, die nur auf der Verkehrssitte beruht, kann der Gastwirt nicht bestimmen, welchen Ort er zur Aufbewahrung des Gepäcks für geeignet hält. Damit wird aber das dem Gastwirt bisher nie bestrittene Bestimmungsrecht aufgehoben¹⁾. Diese Auslegung ist daher abzulehnen.

2. Die subjektive Theorie geht zwar davon aus, daß nur der Gastwirt einen Ort zur Unterbringung von Gepäck bestimmen oder anweisen kann, aber sie sieht ein Anweisen oder Bestimmen bereits darin, daß der Gastwirt widerspruchsfrei die Zurücklassung des Gepäcks duldet.

Diese Meinung wird ohne besondere Begründung vertreten: für ein in einer Garage abgestelltes Kraftfahrzeug vom AG Nabburg²⁾ und Glaser³⁾, für ein in einem Schuppen abgestellten Pferdewagen vom OLG Köln⁴⁾.

Sonst wird diese Auffassung folgendermaßen begründet: Der Gastwirt sei verpflichtet, einem Verbleib des Gepäcks im Kraftfahrzeug zu widersprechen; denn es bestehe eine Verkehrssitte, Gepäck im Wagen zu lassen, die dem Gastwirt bekannt sei. Dies wird vertreten:

- a. für ein in einer Garage abgestelltes Kraftfahrzeug vom AG Wiedenbrück⁵⁾ und von Koenigs⁶⁾,
- b. für ein auf einem ungesicherten Hotelhof stehendes Kraftfahrzeug vom LG Wiesbaden⁷⁾, vom OLG Hamm⁸⁾ und mit der Einschränkung, daß es sich um großes und

1) Vgl. zum Bestimmungsrecht des Gastwirts oben S.70. und Koenigs JR 55,15.

2) Urt. v. 5.6.51 Betrieb 51,834.

3) JR 55,334.

4) Urt. v. 3.10.1911 OLGRspr. 24,400.

5) Urt. v. 29.4.54 DAR 51,181.

6) JR 55,15.

7) Urt. v. 30.11.54 NJW 55,464, das damit sein Urt.v.27.10. 49 VersR 51, 236 aufgab.

8) Urt. v. 23.11.55 VersR 56,179.

verhältnismäßig geringwertiges Gepäck handele, vom BGH¹⁾, vom OLG München²⁾, vom OLG Bamberg³⁾ und von Münzel⁴⁾, c. für einen auf einem offenen Hotelparkplatz abgestellten Kraftwagen vom LG Aachen⁵⁾ und Weimar⁶⁾.

Diese Auslegung geht davon aus, daß Willenserklärungen auch konkludent abgegeben werden können. Das ist anerkannt⁷⁾, und deshalb bestehen keine Bedenken, aus einem Verhalten des Gastwirts oder seines Personals unter Berücksichtigung der Begleitumstände ein Anweisen oder Bestimmen zu entnehmen. Problematisch ist folgendes: diese Meinung zieht aus dem Schweigen des Gastwirts und aus einer Verkehrssitte Schlüsse auf die Willensrichtung des Gastwirts, obwohl die Verkehrssitte nicht im Verhalten des Gastwirts, sondern im Verhalten der Gäste liegt.

Das Schweigen des Gastwirts kann nur dann eine Erklärung bedeuten, wenn er reden könnte und reden müßte⁸⁾. Es sei unterstellt, der Gastwirt wisse, daß sich Gepäck im Kraftwagen befindet, oder könnte es zumindest wissen. Dann bleibt die Frage, woraus sich eine Rechtspflicht des Gastwirts ableiten läßt, eine Erklärung abzugeben.

Diese Erklärungspflicht wird zwar behauptet⁹⁾, aber nur vom OLG Hamm und Weimar begründet. Das Gericht führt aus, nach dem Willen des Gesetzgebers, der sich aus der strengen Haftung ergebe, habe in erster Linie der Gastwirt und nicht der Gast für die Sicherheit des Gepäcks zu sorgen,

1) Urt. v. 3.3.58 VRS 14, 411 = NJW 58, 825.

2) Urt. v. 23.7.58 VersR 59, 549.

3) Urt. v. 21.12.62 NJW 63, 1783.

4) NJW 63, 1784 Ziff. 2.

5) Urt. v. 10.2.55 VersR 57, 403 = ZfV 55, 497.

6) VersR 52, 30.

7) Staud.-Coiog Vorb. 3 vor § 116.

8) Vgl. oben S.73f.

9) die oben S. 85f. zitierten Urteile und Aufsätze.

da der Gast die Gefahren des Gastwirtsbetriebes im allgemeinen und des von ihm besuchten im besonderen nicht kenne¹⁾. Im Revisionsurteil zu demselben Fall übernimmt zwar der BGH diese Begründung, führt aber gleichzeitig aus, der Gastwirt sei nicht in jedem Fall verpflichtet, eine Erklärung abzugeben²⁾. Weimar behauptet, der Gastwirt müsse wegen der Betriebsgefahr die Haftung tragen oder ausschließen³⁾.

Eine Aufklärungspflicht läßt sich mit diesen Argumenten nicht begründen. Es ist zwar richtig, daß dem Gastwirt durch die gesetzlichen Bestimmungen der §§ 701 ff. BGB eine besondere Sorgfaltspflicht für die Sachen der Gäste auferlegt ist, aber doch nur für die Sachen, die eingebracht sind. Daher kann man aus dem Gesetz nur eine Erklärungspflicht für eingebrachte Sachen ableiten. Das Argument des OLG Hamm setzt also voraus, was gerade bewiesen werden soll, nämlich, daß die im Kraftfahrzeug zurückgelassenen Sachen eingebracht sind.

Es läßt sich daher nur aus dem Beherbergungsvertrag eine Aufklärungspflicht begründen. Sie besteht über solche Tatsachen, die der Gast nicht oder nicht hinreichend kennt oder erkennen kann, deren Kenntnis aber für seine Entschlüsse und Handlungen bedeutungsvoll ist⁴⁾. Es fragt sich daher, ob der Gastwirt verpflichtet ist, den Gast auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die den Gepäckstücken drohen, die im Kraftfahrzeug zurückgelassen werden. Die Entscheidung hängt davon ab, ob der Gast erkennen kann, welche Gefahren seinen im Kraftwagen zurückgelassenen Sachen drohen. Er könnte sie erkennen, wenn sie schon allein mit dem Besitz eines Kraftfahrzeuges zusammenhängen und nicht erst durch das Abstellen im Hotelbereich auftreten. Die Zeitungen berichten laufend, daß Kraftfahrzeuge aufgeschlitzt oder

1) Urt.v. 23.11.55 VersR 56,179,180 rechte Spalte unten.

2) Urt. v. 3.3.58 VRS 14,408,412 = NJW 58,825.

3) VersR 52,30.

4) Vgl. oben S.73 f.

aufgebrochen und ausgeraubt werden. Man darf daher annehmen, daß jedem Autofahrer diese Gefahr bekannt ist. Im Auto zurückgelassenes Gepäck ist überall gefährdet - außer vielleicht in der eigenen Garage - und die Gefährdung wird nicht dadurch erhöht, daß das Kraftfahrzeug auf einem Abstellplatz innerhalb des Hotelbereiches steht¹⁾. Im Gegenteil, Dritte haben nicht so ungehindert Zugang wie auf öffentlichen Straßen oder Plätzen, und auch das Personal des Gastwirts hat in der Regel keinen durch die Berufarbeit bedingten Zugang zum Kraftfahrzeug. Man wird also davon ausgehen können, daß dem Gast die Gefährdung bekannt ist oder zumindest bekannt sein muß, wenn er Gepäck in einem außerhalb der Garagen abgestellten Kraftfahrzeug zurückläßt. Den Gastwirt trifft also insoweit keine Erklärungs-pflicht. Allerdings müßte er dem Gast besondere Umstände, die dieser nicht kennen kann, etwa, daß seit einiger Zeit in der Umgebung dauernd Autos ausgeplündert werden, mit-teilen.

Eine andere Lage ergibt sich für die Kraftfahrzeuge, die in einer Garage abgestellt werden. Hier wirkt sich gegenüber der Privatgarage die besondere Hotelgefahr aus; denn es besteht gegenüber der Privatgarage eine erhöhte Zugangsmöglichkeit sowohl für Dritte als auch für das Personal des Gastwirts. Der Gast ist daher über die Gefahren-lage in einer Hotelgarage nicht orientiert. Der Gastwirt müßte ihn daher darauf hinweisen.

Eine Erklärungs-pflicht kann also nur bejaht werden, wenn Gepäck in einem Kraftfahrzeug bleibt, das in einer Garage abgestellt wird. Dies führt zu dem Ergebnis, daß aus dem Schweigen des Gastwirts nur auf eine Erklärung geschlossen werden kann, wenn es sich um Gepäck in Kraft-fahrzeugen handelt, die in Garagen abgestellt sind. Es scheiden daher alle die Fälle aus, in denen Gepäck in

1) Koenigs JR 55,16; Köthnig VersR 61,774; vgl. auch oben S. 79; a.A. ohne Begründung BGH Urt.v.3.3.58 VRS 14,410 = NJW 58, 825.

einem außerhalb der Garagen abgestellten Fahrzeuge zurückgelassen wird.

Damit ist aber erst entschieden, daß in diesen Fällen im Schweigen des Gastwirts irgend eine Erklärung gesehen werden kann. Was diese Erklärung bedeutet, muß erst noch ermittelt werden. Es ist nunmehr zu prüfen, ob diese Erklärung ein Anweisen oder Bestimmen der Fahrzeuge zur Unterbringung des Gepäcks darstellt. Dies wäre der Fall, wenn

1. aus einer Verkehrssitte, Gepäck im Wagen zu lassen, geschlossen werden könnte, der Gastwirt habe die Kraftwagen zur Unterbringung des Gepäcks angewiesen oder bestimmt,
2. eine derartige Verkehrssitte rechtlich beachtlich wäre, und
3. eine solche Verkehrssitte bestände.

ad 1) Ein direkter Zusammenhang zwischen einer derartigen Verkehrssitte und einem Anweisen oder Bestimmen durch den Gastwirt ist nicht ersichtlich. Allerdings würde die Verkehrssitte - rechtliche Beachtlichkeit und Bestehen vorläufig unterstellt - voraussetzen, daß die Gastwirte die Kraftfahrzeuge in Garagen zum Aufbewahren von Gepäck anweisen oder bestimmen würden. Diese Voraussetzung ist nach der subjektiven Theorie des Bestimmens, von der bei dieser Untersuchung ausgegangen wird, erforderlich; denn eine rechtlich beachtliche Verkehrssitte, Gepäck im Wagen zu lassen, kann sich nur mit Zustimmung des Gastwirts bilden. Daher kann aus einer derartigen Verkehrssitte auf ein Anweisen oder Bestimmen durch den Gastwirt geschlossen werden.

ad 2) Ob aus einer Verkehrssitte, Gepäck im Wagen zu lassen, der Schluß gezogen werden kann, der Gastwirt habe die in Garagen abgestellten Kraftfahrzeuge zur Aufbewahrung von Gepäck bestimmt, hängt davon ab, ob eine derartige Verkehrssitte rechtlich zu beachten ist. Denn einer Verkehrssitte kommt nur dann rechtliche Wirkung zu, wenn sie weder

dem Grundsatz von Treu und Glauben¹⁾, noch der Sicherheit des Verkehrs widerspricht²⁾. Es muß daher untersucht werden, ob es sich um eine Sitte oder eine Unsitte handelt³⁾, daß Gepäck im Kraftwagen zurückgelassen wird⁴⁾.

Untersucht man die einzelnen Urteile und Aufsätze daraufhin, warum diese Verkehrssitte rechtlich bedeutsam sei, so findet man folgende Gründe:

a) Die meisten Kraftfahrzeugtypen seien zur Aufnahme und Verwahrung von Reisegepäck besonders eingerichtet⁵⁾. Das ist richtig. Jedoch besteht die Unterbringsmöglichkeit in erster Linie, um das Gepäck befördern zu können. Man kann daher aus dieser Tatsache nicht ableiten, daß es richtig ist, das Gepäck auch dann im Wagen zu lassen, wenn das Kraftfahrzeug abgestellt ist. Daß Gepäck im Wagen untergebracht werden kann, ist kein Indiz dafür, daß es richtig ist, es dort aufzubewahren.

b) Es sei unzumutbar für den Gast, sein ganzes Gepäck auszuladen⁶⁾, da er im Hotel Ruhe und Entspannung suche⁷⁾. Man müsse daher gestatten, das größere Gepäck im Wagen zu lassen; andererseits müsse das leicht zu transportierende und wertvolle Gepäck aufs Zimmer geschafft werden⁸⁾. Hiergegen hat Kording⁹⁾ ausgeführt, es sei eine größere Zumutung, vom Gastwirt zu verlangen, er solle auch für das aus Bequemlichkeit des Gastes im Kraftfahrzeug verbliebene Gepäck nach den strengen Vorschriften der §§ 701 ff. BGB haften. Die gesetzlichen Haftungsbestimmungen bezwecken nicht, dem Gast Ruhe und Entspannung zu verschaffen. Diesen Ausführungen Kordings ist zuzustimmen. Die gegenteilige Meinung berücksichtigt zu einseitig die Lage des autofahrenden Gastes. Sie möchte ihm jede Bequemlichkeit ge-

1) Staud.-Coing § 133 Anm.17.

2) RGZ 114,8,33.

3) Schlegelberger-Hildebrandt: Komm.zum HGB, 3.Band, 3.Aufl. 1956 Berlin-Frankfurt § 346 Anm.10.

4) Kording VersR 52,30.

5) LG Bochum Urt.v. 23.10.51 Betrieb 52,247.

6) Ehret ZfV 52,73.

7) Weimar VersR 52,30.

8) OLG Bamberg Urt.v.21.12.62 NJW 63,1785; Schlemmer S.14; Münzel NJW 63,1784 Ziff.2.

9) VersR 52,30.

währen, übersieht hierbei jedoch, daß die Bequemlichkeit im wesentlichen von der Hotelklasse abhängt, die der Gast wählt. Je nachdem, ob der Gast in einem Luxushotel oder in einer einfachen Pension absteigt, muß er sich um sein Gepäck selbst kümmern oder bekommt es aufs Zimmer gebracht. Aus dem Wunsch nach möglichst viel Komfort kann nicht geschlossen werden, wer die Gefahr tragen soll.

c) Diese Verkehrssitte entspreche auch den Interessen des Gastwirts, der andernfalls dafür sorgen müßte, daß sämtliches Gepäck auf das Zimmer des Gastes gebracht werde¹⁾. Dieses Argument verwechselt Ursache und Wirkung. Nur wenn die Haftung für in Kraftfahrzeugen zurückgelassenes Gepäck bejaht wird, muß der Gastwirt in eigenem Interesse dafür sorgen, daß alles Gepäck den Fahrzeugen entnommen wird. Sonst kann er hierzu nur auf Grund des Beherbergungsvertrages verpflichtet sein, der je nach Größe des Hotels verschieden auszulegen ist.

Die angeführten Argumente vermögen nicht zu begründen, daß die Verkehrssitte, Gepäck im Wagen zu lassen, rechtlich zu billigen ist. Kording²⁾ bezeichnet sie zu Recht als Laxheit, die keinen Rechtsschutz verdiene. Das Gesetz wolle dem Wirt nicht mehr Pflichten auferlegen, als zur Sicherung des Gepäcks der Gäste unbedingt erforderlich sei. Die Haftung des § 701 BGB gelte daher nur für die Fälle, in denen der Gast wegen der notwendigen Einordnung in den Hotelbetrieb nicht selbst für die Sicherheit seines Gepäcks sorgen könne. Daher müsse der Gast, soweit es ihm möglich sei, sein Gepäck selbst sichern. Die Gefahr eines Diebstahls aus dem Zimmer sei geringer als aus dem Kraftfahrzeug, weil der Zugang hierzu leichter überwacht werden könne als der Zugang zur Garage oder zum Parkplatz. Der Gast müsse daher die Unbequemlichkeit auf sich nehmen, das Gepäck auf sein Zimmer zu schaffen oder dorthin

1) LG Göttingen Urt. v. 2.3.50 Betrieb 50, 5120, ergänzt Betrieb 51, 834.

2) VersR 51, 236 und 52, 30.

schaffen zu lassen. Diesen Ausführungen Kordings ist beizustimmen. Eine Anerkennung der Verkehrssitte würde bedeuten, daß zu einseitig auf die Bequemlichkeit des Gastes abgestellt würde, zu deren Erhöhung die §§ 701 ff. BGB nicht geschaffen wurden.

Daher kann einer Verkehrssitte, Gepäck im Wagen zu lassen, keine rechtliche Wirkung zukommen.

ad 3) Es kommt daher gar nicht darauf an, ob eine solche Verkehrssitte besteht. Aus dem Schweigen des Gastwirts kann auf keinen Fall entnommen werden, er habe ein Kraftfahrzeug zur Unterbringung von Gepäck angewiesen oder bestimmt. Im übrigen ist bis heute nicht bewiesen worden, daß eine derartige Verkehrssitte besteht.

Nach geltendem Recht ist also eine Haftung für Gepäck, das im Kraftfahrzeug zurückgelassen wird, nur dann anzuerkennen, wenn der Gastwirt oder sein Personal im konkreten Fall das Kraftfahrzeug ausdrücklich zur Unterbringung von Gepäck angewiesen oder bestimmt haben.

Zusammenfassung

Die Rechtsprechung und die überwiegende Lehrmeinung gehen davon aus, daß es heute verkehrsüblich sei, großes und verhältnismäßig geringwertiges Gepäck im Kraftfahrzeug zu lassen. Mit dieser Verkehrssitte müsse der Gastwirt rechnen. Wenn er die Haftung für das Gepäck nicht tragen wolle, müsse er dies erklären oder verlangen, daß nichts im Kraftfahrzeug zurückbleibe. Der Gastwirt muß also stets damit rechnen, daß er für Gepäck, das sich in einem eingebrachten Kraftfahrzeug befindet, haftet.

Forderungen de lege ferenda

Um zu einer angemessenen Abwägung zu kommen, muß zunächst untersucht werden, ob die im Kraftwagen zurückgelassenen Sachen den gleichen Gefahren ausgesetzt sind wie die im Hotelzimmer untergebrachten Sachen. Der Kofferraum des Kraftwagens ist zwar verschlossen wie auch normalerweise das Gastzimmer, er kann aber leichter und unauffälliger erbrochen werden als die Zimmertür. Der in der Garage abgestellte Wagen ist außerdem noch leichter und unauffälliger zugänglich als ein Hotelzimmer, von den auf dem Hof oder auf Parkplätzen abgestellten Kraftfahrzeugen ganz zu schweigen. Es liegt also eine erheblich größere Gefährdung des Gepäcks vor, wenn es sich im Kraftwagen befindet.

Diese erhöhte Gefahr zeigt sich auch deutlich in der Prämienhöhe der Versicherungen. Während pro Hotelzimmer für DM 1.000.-- Versicherungssumme DM 6.60 Jahresprämie verlangt wird, wird pro Fahrzeug bei DM 1.000.-- Versicherungssumme bereits zwischen DM 9.90 bis DM 16.50 gefordert, je nachdem, ob der Wagen in einer Einzelgarage, auf einem abgeschlossenen Hof oder einer Halle untergebracht ist. Gepäck in Kraftfahrzeugen, die auf unverschließbaren Höfen oder Hotelparkplätzen stehen, kann meist überhaupt nicht versichert werden. Lediglich eine Gesellschaft ist bereit, auch dieses Risiko zu übernehmen, behält sich aber vor, die Prämien je nach Sachlage gesondert festzusetzen. Im allgemeinen betragen sie für DM 1.000.-- Versicherungssumme DM 25.-- pro Jahr¹⁾.

Das Risiko des im Kraftwagen zurückgelassenen Gepäcks ist daher für den Gastwirt nicht kalkulierbar und nur beschränkt versicherbar. Für den Gast ist es dagegen leicht, diese Gefahren zu beseitigen, indem er sein Gepäck auf sein

1) Angaben der Haftpflichtkasse des Deutschen Hotel- und Gaststättengewerbes.

Zimmer bringt oder je nach Hotelklasse auf sein Zimmer bringen läßt¹⁾. Außerdem tragen wie bei der Haftung für Kraftwagen alle Nicht-Auto-Besitzer die Kosten für diese zusätzlichen Gefahren mit, woran die Gesamtheit der Gäste kein Interesse hat. Man kann hier mit guter Berechtigung sagen: wer die Vorsichtsmaßnahmen, das Gepäck auf das Zimmer zu bringen, scheut oder wie ein Handlungsreisender dauernd mit schwerem Gepäck unterwegs ist, soll selbst für Versicherungsschutz sorgen. Eine gesetzliche Regelung ist nur für die Gefahren erforderlich, vor denen sich der Gast nicht selbst schützen kann²⁾.

Eine Haftung für Gepäck, das in Kraftfahrzeugen zurückgelassen wird, ist daher abzulehnen. Diese Lösung schlägt auch die Europäische Konvention vor³⁾.

4. Verwahrung von Wertsachen

Nach der jetzigen Form des § 702 i.V.m. § 701 BGB haftet der Gastwirt für Wertsachen, die er in Verwahrung nimmt, ohne Verschulden unbeschränkt. Dieselbe Haftung trifft ihn, wenn er die Aufbewahrung ablehnt. Er ist also gezwungen, die Wertsachen zur Verwahrung anzunehmen. Diese Regelung gilt auch in den übrigen Ländern mit Ausnahme Österreichs, wo der Gastwirt die Aufbewahrung ohne Rechtsnachteile ablehnen kann, und in Italien, wo er zwar die Sachen zur Aufbewahrung annehmen muß, jedoch nur als Verwahrer d.h. für Verschulden haftet. Die Konvention läßt eine Ablehnung ohne Rechtsnachteile für Wertsachen zu, deren Aufbewahrung dem Gastwirt in Anbetracht der Hotelklasse nicht zumutbar ist.

In Deutschland sind ebenfalls Stimmen laut geworden, die den Verwahrungszwang mit der strengen Haftungsfolge

1) Kording VersR 51,236 und 52, 30.

2) Kording VersR 51, 236.

3) Artikel 7 des Anhangs.

insbesondere für den kleinen Gastwirt als unbillig bezeichnen¹⁾.

Schwierig ist in diesem Fall, eine bessere Lösung zu finden. Den Verwahrungszwang ganz aufheben, ist nicht empfehlenswert, da dies dazu führen könnte, daß die Gastwirte jede Verwahrung ablehnten²⁾. Es entspricht auch wirtschaftlicher Vernunft, Wertsachen besonders aufzubewahren.

Das beschränkte Ablehnungsrecht, das die Konvention vorschlägt, ist ebenfalls nicht zu empfehlen. Die Regelung ist nicht klar genug und führt zu Streitigkeiten, was für ein Hotel zumutbar oder unzumutbar ist.

Eine beachtenswerte Lösung ist in Italien gefunden worden. Der Gastwirt ist zwar zur Verwahrung verpflichtet, da er unbeschränkt kausal haftet, wenn er die Verwahrung ablehnt. Für die verwahrten Sachen haftet er jedoch nur bei Verschulden. Es fragt sich also, ob für die in Verwahrung gegebenen Wertsachen eine strenge Haftung notwendig ist oder ob die normale Verschuldenshaftung des Verwahrers genügt.

Die in Verwahrung gegebenen Wertsachen sind nicht denselben Risiken ausgesetzt wie die sonstigen Sachen der Gäste. Die Hauptgefahr, die allgemeine Zugänglichkeit der Sachen besteht für verwahrte Sachen gerade nicht³⁾. Eine typische Betriebsgefahr liegt daher gar nicht vor. Es fehlt also bereits an einem besonderen Risiko. Die Gefahrenlage ist für diese Sachen nicht größer als bei sonstigen Verwahrern (z.B. einer Bank), die ebenfalls nur für Verschulden haften⁴⁾.

Weiter kommt hinzu, daß für die gesetzliche Typusregelung der Normalreisende als Maßstab gilt. Dieser führt

- 1) Scheye: S.87; Verband bayr.Gastwirte in Gutachten zum Entw. eines BGB Bd.II S.342; Sturm S.26 und 40.
- 2) Bemerkungen des preußischen Justizministerium zum Entwurf eines BGB S. 118; Ziermann S.95.
- 3) Der von Strauß: S. 25 angeführte Grund, daß eine besondere Diebstahlsgefahr durch Angestellte bestünde, ist deshalb nicht stichhaltig, weil der Gastwirt hierfür bereits gemäß § 278 BGB eintreten muß.
- 4) Scheye S. 88.

jedoch nicht große Mengen von Wertsachen mit sich. Daher müßten auch in diesem Fall die Mehrzahl der Gäste die Kosten für die wenigen mittragen, die soviel Wertsachen bei sich haben, daß sie sie in Verwahrung geben. Diesen wenigen ist jedoch wie bei allen Sonderrisiken eine eigene Versicherung zumutbar¹⁾.

Die Haftung trifft besonders den kleinen Gastwirt. Für ihn ist es in der Regel nicht rentabel, eine Versicherung für dieses Risiko abzuschließen, da bei ihm kaum Gäste absteigen, die Wertsachen in Verwahrung geben. Eine solche Versicherung lohnt sich nur für ein größeres Haus, da 100.-- DM Versicherungssumme DM 3,85 Prämie kosten. Um bis zu DM 5.000.--, was wohl für einen Versicherungsschutz mindestens notwendig ist, geschützt zu sein, müßten bereits DM 192.50 ausgegeben werden. Diese Ausgabe lohnt sich nur für ein großes Hotel, bei dem die Aufbewahrung von Wertsachen täglich vorkommt.

Gegen die normale Verwahrerhaftung wird eingewandt²⁾, der Gast würde noch schlechter stehen als wenn er seine Sachen nicht in Verwahrung geben würde, da es sich meist um einen unentgeltlichen Verwahrungsvertrag handeln würde und der Gastwirt daher nur für *diligentia quam in suis* (690 BGB) einzustehen habe. Außerdem würde der Gast auch noch der auf den Höchstbetrag begrenzten Erfolgshaftung verlustig gehen, die ihn bei der Nichtübergabe schützen würde.

Diese Ansicht ist in doppelter Weise unzutreffend. Abgesehen davon, daß es bei einer Neufassung des Gesetzes eine Frage der Formulierung ist, für die Verwahrung die normale Verschuldenshaftung des § 276 BGB zu bestimmen, trifft die Meinung, der Gastwirt hafte nur für *diligentia quam in suis* auch für das geltende Recht nicht zu. Die Verwahrung erfolgt nämlich niemals unentgeltlich, da sie nur im Hinblick und

1) Dies übersieht Schlemmer S.133, wenn er ausführt, es sei für den Gast nicht zumutbar, sich mit einer geringeren Haftung als der unbeschränkten Kausalhaftung zu begnügen.
2) Ziermann S. 98.

mit Rücksicht auf den Beherbergungsvertrag übernommen wird¹⁾, also eine Teilleistung dieses Vertrages ist. Der zweite Einwand, der Gast ginge bei der Aufbewahrung der auf den Höchstbetrag begrenzten Erfolgshaftung verlustig, übersieht, daß der Gast nicht sämtliche Wertsachen übergeben muß, sondern einen Teil in eigener Verwahrung lassen kann.

Man kommt daher zu dem Ergebnis, daß die normale Verwahrungshaftung, also die Haftung für Verschulden, bei in Verwahrung gegebenen Wertsachen ausreichen würde. Es ist zu bedauern, daß die Europäische Konvention in Artikel 2 Abs. 1 Ziff. a des Anhangs eine unbeschränkte Haftung ohne Verschulden für die Sachen vorsieht, die der Hotelier zur Aufbewahrung übernimmt. Immerhin können gemäß Art. 2 Ziff. d der Konvention die Vertragsstaaten dem Gastwirt gestatten, durch eine schriftliche Vereinbarung mit dem Gast, die jedoch sonst keine Klauseln enthalten darf, die Haftung für aufbewahrte Sachen auf denselben Höchstbetrag zu beschränken, der für die sonstigen Sachen gilt. Durch diese Vereinbarung kann sowohl eine Beschränkung der Kausalhaftung als auch der Haftung für Fahrlässigkeit zugelassen werden.

Rein technisch ist eine solche Vereinbarung bei Übergabe der Wertsachen leicht möglich. Die Schwierigkeiten, die der Einführung eines allgemeinen Reverses entgegenstanden, dürften sich kaum ergeben. Der Nachteil der Regelung liegt jedoch darin, daß die Haftungsvereinbarung nicht erzwungen werden kann. Bringt der aufgenommene Gast seine Wertsachen zur Aufbewahrung und weigert sich, die Haftungsbegrenzung zu unterschreiben, so kann der Gastwirt die Aufbewahrung ohne Rechtsnachteile nur ablehnen, wenn die Wertsachen im Verhältnis zum Rang des Hotels von übermäßigem Wert sind, und nur in diesem Fall hat der Gastwirt die Möglichkeit, die Aufbewahrung von der Unterzeichnung der Haftungsvereinbarung abhängig zu machen.

1) Palandt § 690 Anm.1; Staud.-Nipperdey § 690 Anm.4.

Die Regelung der Konvention führt zwar zu einer Lösung, die nicht begrüßt werden kann, da die Entscheidung, ob Wertsachen für ein bestimmtes Hotel von übermäßigem Wert sind, zu vielen Streitigkeiten Anlaß geben dürfte. Der Gesetzgeber sollte jedoch im Interesse einer einheitlichen Regelung der Konvention trotzdem zustimmen, auf der anderen Seite aber auch von den Milderungsmöglichkeiten Gebrauch machen, um wenigstens die größten Härten der bisherigen Regelung zu vermeiden.

5. Höhere Gewalt

Nach geltendem Recht haftet der Gastwirt nicht für Schäden, die durch höhere Gewalt entstehen. Der Begriff der höheren Gewalt ist schwer zu fassen. Selbst die Motive¹⁾ bezeichnen ihn als nicht völlig bestimmt, und auch heute ist seine Abgrenzung noch immer streitig²⁾.

Durch den Ausschluß der Schäden, die durch höhere Gewalt entstehen, soll die strenge Haftung des Gastwirts begrenzt werden. Da die höhere Gewalt jedoch nicht wie die übrigen Ausschlußgründe (Verursachung des Schadens durch den Gast, seine Begleiter oder bei ihm aufgenommene Personen oder durch die Beschaffenheit der Sache selbst) eine aus sich selbst bestimmbare Tatsache darstellt, richtet sich ihre Begrenzung danach, wie weit die Haftung des Gastwirts erstreckt werden soll³⁾. Was höhere Gewalt ist, ergibt sich daher aus dem -- vorher zu bestimmenden -- Umfang der strengen Haftung. Falls dieser nicht im Gesetz umschrieben ist, kann man ihn nur aus dem Grund der Haftung entnehmen⁴⁾. Die Auslegung des Begriffes der höheren Gewalt hängt also

1) Mot.Bd.I S.317/318 = Mugdan Bd.I S.527, Bd.II S.585 = Mugdan Bd.II S.327.

2) Staud.-Coing § 203 Anm.4; Enn.-Nipperdey § 219 I; Lehmann: Allg.Teil § 42 II 1; Schlemmer S.21.

3) Wilburg S. 210.

4) Nach Wilburg S. 151 fehlt diesem Begriff sogar die Anpassung an den Grund der Verantwortlichkeit.

davon ab, was als Grund der strengen Haftung angenommen wird¹⁾.

Sämtliche Definitionen gehen auch auf den Grund der strengen Haftung zurück mit Ausnahme der subjektiven Theorie, die ihre Auslegung rein historisch begründet²⁾.

So definiert Exner aus dem Grundgedanken des Beweisnotstandes höhere Gewalt als die Umstände, nach denen ein Verschulden des Gastwirts offenbar unmöglich sei³⁾. Aus dieser materiellen Abgrenzung leitet er weiter die formelle Abgrenzung ab, daß nur die Ereignisse diesem Merkmal genügten, die von außen in den Betrieb hineingriffen, nicht aber diejenigen, die innerhalb des Betriebes ihren Ursprung hätten⁴⁾.

Die Definition, die von der Betriebsgefahr des Gasthauses als Haftungsgrund ausgehen, hängt davon ab, welche Risiken zur Betriebsgefahr gerechnet werden. M. Rümelin zählt hierzu nur die Gefahren, die vorhersehbar und abwendbar sind⁵⁾. Nach ihm bezweckt die strenge Haftung nur, den Unternehmer anzuspornen, denkbar beste Sicherungsmöglichkeiten zu schaffen. Ähnlich grenzt auch Müller-Erzbach⁶⁾ ab, der als höhere Gewalt ansieht, was mit wirtschaftlich vertretbaren Mitteln nicht zu verhindern ist. Volkmar⁷⁾ stellt nicht auf das, wenn auch typisierte, subjektive Merkmal der Vorhersehbarkeit und Abwendbarkeit ab, sondern nur noch auf die betriebstypischen Gefahren und rechnet hierunter beim Gasthaus Diebstahl und Sachbeschädigung, die durch das Hotelpersonal, andere Gäste oder

- 1) Pfersche VerhDJT 22, 4.Bd. S.107; Schey VerhDJT 22, 2.Bd. S.53; Wilburg S. 210/211.
- 2) Goldschmidt: Das receptum...§ 9; Winscheid: Pandekten 2.Bd. § 384 Anm.6; Dernburg Grünhut Z 11,342 kommt aus dieser historisch begründeten subjektiven Auslegung der höheren Gewalt zu dem Schluß, die strenge Haftung habe ihren Grund darin, den Wirt zu den bestmöglichen Sicherheitsvorkehrungen zu zwingen.
- 3) GrünhutZ 10,550 f; ebenso Langen S. 81 ff.
- 4) GrünhutZ 10,555 ff.
- 5) Zufall im Recht S.30 u. 33 ff.
- 6) AcP 106,415.
- 7) S.31.

Dritte verursacht werden¹⁾. Coing²⁾ begrenzt die betriebstypischen Gefahren auf die Diebstahls- und Feuergefahr im Innern, während Strauß³⁾ nur die Diebstahlsgefahr als betriebstypisch anerkennt.

Eine Mischung sämtlicher Erklärungsversuche der höheren Gewalt stellt die Definition der Rechtsprechung dar. Nach ihr sind höhere Gewalt⁴⁾ nur die von außen kommenden, nicht mit dem Betrieb in natürlichem Zusammenhang stehenden Ereignisse, deren Eintritt nicht vorhersehbar und deren schädigende Wirkung auch bei höchster Vollkommenheit des Betriebes und bei Anwendung größter Vorsicht im Betrieb nicht mit den üblichen und gewöhnlichen, mit dem wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens zu vereinbarenden Maßregeln abzuwenden und auch nicht wegen ihrer Häufigkeit vom Unternehmer mit in Kauf zu nehmen sind. Eine klare Abgrenzung bringt diese Definition indessen auch nicht. Sie schränkt lediglich durch die Aufnahme sämtlicher Merkmale der übrigen Definitionen den Bereich der höheren Gewalt ein. Erst kürzlich hat das OLG Oldenburg⁵⁾ auf Grund dieser Definition den Blitz, der in eine elektrische Überlandleitung einschlug, wegen der Häufigkeit dieses Ereignisses nicht mehr als höhere Gewalt gelten lassen, obwohl doch gerade der Blitz für ein gesichertes Beispiel der höheren Gewalt angesehen wurde⁶⁾.

Der Begriff der höheren Gewalt wird also danach ausgelegt, was als Grund der strengen Haftung angenommen wird. Da die Begründung für die strenge Haftung wechselt, ändert sich mit der Auslegung der höheren Gewalt auch der Umfang der strengen Haftung.

1) S. 55 und 78.

2) Staud.-Coing § 203 Anm. 4 a.

3) S. 43.

4) Zit. nach Staud.-Coing § 203 Anm. 4 a; vgl. RG v. 30.1.1920 Warney 1920 Nr. 159 S. 194 = Leipziger Zeitschrift 1920, 647; BGHZ 7, 338, 339; OLG Koblenz 18.5.1955 VersR 55, 439, 440; OLG Oldenburg v. 17.2.1960 VersR 60, 1126.

5) Urt. v. 17.2.1960 VersR 60, 1126.

6) Was von den Kritikern dieses Urteils auch hervorgehoben wird. Vgl. Böhmer VersR 61, 94 und MDR 61, 288.

Es wäre daher besser, die Haftungsgrenze der höheren Gewalt durch eine positive Umschreibung des Haftungsumfanges zu ersetzen¹⁾, wie dies auch schon seit langem gefordert wird²⁾.

Diese Forderung ist erfüllbar, wie z.B. § 7 Abs.2 des Straßenverkehrsgesetzes zeigt, der die Ersatzpflicht auf einen Fehler in der Beschaffenheit des Fahrzeuges oder auf ein Versagen seiner Vorrichtungen begrenzt.

Nicht empfehlenswert ist jedoch eine Begrenzung auf die Betriebsgefahr. Denn deren Umfang ist, wie die verschiedenen Auslegungen gezeigt haben, ebenfalls umstritten, und es würden sich ähnliche Mängel ergeben wie beim Begriff der höheren Gewalt. Daher ist es notwendig, die haftungsbegründenden Betriebsgefahren positiv aufzuzählen und zu beschreiben. Da sich für die Gastwirthaftung ergeben hat, daß die typische Betriebsgefahr die Diebstahlsgefahr ist, müßte die Haftung auf die Diebstahlsgefahr begrenzt werden³⁾, d.h. der Gastwirt müßte von der Haftung frei werden, wenn er nachweist, daß der Schaden nicht durch Diebstahl entstanden ist. Eine solche Lösung ist - allerdings muß der Gastwirt auch für Beschädigungen haften - in Österreich gefunden worden. Dort ist die Haftung ausgeschlossen, wenn der Schaden weder durch den Gastwirt, noch sein Personal, noch durch Fremde in dem Haus aus- und eingehende Personen verursacht worden ist⁴⁾.

Es bestehen aber auch schwerwiegende Bedenken gegen eine solche Lösung. Würde man sie jetzt in Deutschland einführen, so würden damit die europäischen Einigkeitsbestrebungen unnötig gestört⁵⁾. Die neue Begrenzung brächte nämlich weder dem Gast noch dem Gastwirt große Vorteile. Trotz aller

1) Gelpcke VerhDJT 22, 1.Bd.S.385; Pfersche VerhDJT 22, 4.Bd. S.108 ff; Schey VerhDJT 22, 2 Bd.S.60; Ortmann Recht 1922,8; Scheye S.71; Strauß S.56; Merkel S.208 f.

2) v.Caemmerer RvglHdWb IV S.239; schon Goldschmidt riet ab, den Begriff in das neue Handelsgesetzbuch zu übernehmen. Vgl.Verm.Schriften S.502 = ZHR 3,385.

3) Scheye S.68.

4) Vgl. oben S.10.

5) Die europ.Konvention sieht die höhere Gewalt als Haftungsausschluß vor (Art. 3 Ziff.b des Anhangs).

Mängel hat sich eine feste Rechtsprechung gebildet¹⁾, die allerdings die höhere Gewalt sehr eng auslegt²⁾. Man muß daher in der Praxis davon ausgehen, daß höhere Gewalt - von Katastrophen und bewaffneten Überfällen abgesehen - in der Regel nicht angenommen wird. Dies ist jedoch nur zu begrüßen. Die Haftung wirkt ohnehin wie eine "Versicherung der Gäste". Es ist daher gerechtfertigt, daß möglichst viele Schadensrisiken gedeckt werden. Bei einer allgemeinen Haftungshöchstgrenze ist dies um so mehr vertretbar. Eine spürbare Senkung der Versicherungsprämien wäre bei einer Begrenzung der Haftung auf die Diebstahlsgefahr auch nur für die Prämien für Kraftfahrzeuge - die ohnehin von der Haftung ausgenommen werden sollten - zu erwarten; denn bei diesen geht die Beschädigungsgefahr weit über die Diebstahlsgefahr hinaus³⁾. Bei allen anderen Sachen steht jedoch die Diebstahlsgefahr an erster Stelle⁴⁾.

Es ist daher zu empfehlen, die Haftungshöchstgrenze der höheren Gewalt beizubehalten.

1) Zuletzt OLG Koblenz Urt. v. 18.5.1955 VersR 55,439 f.

2) Vgl. Definition auf S.100.

3) Vgl. oben S. 80.

4) Vgl. oben S. 23 u. 24.

C. Ausdehnung der Haftungsbestimmungen

1. Vor Abschluß des Beherbergungsvertrages

Bei den bisherigen Untersuchungen wurde davon ausgegangen, daß ein gültiger Beherbergungsvertrag zwischen Gastwirt und Gast abgeschlossen war, als der Schadensfall eintrat. Denn dies ist die typische Situation, von der die gesetzliche Regelung ausgehen muß. Es fragt sich jedoch, ob die Haftungsbestimmungen nicht schon für die Zeit der Anbahnung des Vertragsverhältnisses gelten sollen, also für die Fälle, die innerhalb der rechtsgeschäftlichen Verschuldenshaftung mit der Haftung für culpa in contrahendo umschrieben werden. Die typische Interessenlage und die Notwendigkeit eines Interessenausgleichs besteht schon vor dem Abschluß des Beherbergungsvertrages¹⁾. Der einzelne Gast möchte auch vor Abschluß des Vertrages sein Gepäck gesichert haben, und dem Gastwirt ist die Einkalkulation dieses Risikos wegen seines Interesses an einem Vertragsabschluß zumutbar. Die Gäste insgesamt haben ebenfalls ein Interesse an einer derartigen ausdehnenden Regelung, da jeder Gast dieses vorvertragliche Stadium durchläuft und daher die hierfür aufzuwendenden Kosten allen zugute kommen.

2. Geschäftsunfähige und beschränkt Geschäftsfähige

Bei dieser Personengruppe liegt eine völlig andere Interessenlage vor. Während der Geschäftsfähige durch den Zimmerpreis die Kosten der Haftung mitträgt, ist dies beim Geschäftsunfähigen und beschränkt Geschäftsfähigen nicht der Fall. Die Kosten für die Haftung müßten in diesen Fällen die Gäste als Gesamtheit mittragen, da der Gastwirt sie genau wie die übrigen Haftungskosten abwälzen wird.

Andererseits sind die Geschäftsunfähigen und beschränkt Geschäftsfähigen besonders schutzbedürftig, da sie den

1) Wilburg: S. 170.

typischen Hotelgefahren noch weniger begegnen können als die sonstigen Gäste, da sie sich der Gefahren gar nicht bewußt sind. Man kann sie daher auch nicht auf die Möglichkeit einer eigenen Gepäckversicherung verweisen.

Auch muß bedacht werden, daß es ein seltener Fall sein dürfte, daß einem Geisteskranken in einem Gasthof etwas abhanden kommt. Und fast ebenso selten dürfte es vorkommen, daß mit einem beschränkt Geschäftsfähigen kein wirk-samer Vertrag zustandekommt, da die meisten Minderjährigen mit Einwilligung ihres gesetzlichen Vertreters handeln dürften oder den Vertrag mit Mitteln erfüllen, die sie zur freien Verfügung haben, so daß § 110 BGB zur Anwendung käme. Die Belastung der Gesamtheit der Gäste durch diese Ausdehnung ist daher so gering, daß sie wegen der besonderen Schutzbedürftigkeit zu rechtfertigen ist.

Auch bringt diese Ausdehnung eine Vergünstigung, die allen Gästen zugute kommt. Da es wegen der Ausdehnung der Haftung auf die Zeit vor Vertragsschluß und die Einbeziehung der Geschäftsunfähigen nicht mehr wesentlich ist, daß ein Beherbergungsvertrag abgeschlossen wird, sondern nur noch erforderlich ist, daß ein solcher angestrebt wird, können die Haftungsvoraussetzungen vereinfacht werden. Es ist möglich, sie auf äußerlich wahrnehmbare Kriterien zu begrenzen, nämlich auf die Aufnahme des Gastes und die Einbringung der Sachen, wie dies bereits heute in § 701 BGB der Fall ist.

Dies hat zudem den Vorteil, daß es nunmehr auch auf Geschäftsfähigkeit des Gastwirts nicht ankommt und der Gast das Zustandekommen eines Beherbergungsvertrages nicht nachzuweisen braucht.

3. Neue Wege

Man könnte auch erwägen, eine Zwangshaftpflichtversicherung einzuführen, um einesteils die Gäste wirksam zu schützen, andererseits die Wirte zu entlasten, da hierdurch die Gefahr einer Fehlkalkulation vermieden würde.

Jedoch ist ein solcher Eingriff in die Wirtschaftsführung der Gastwirte abzulehnen, da kein Anlaß besteht, den Gastwirten die Möglichkeit zu nehmen, sich zu versichern oder eigene Rückstellungen für die Schadensfälle zu bilden. Die Schäden sind durch eine vernünftige Höchstgrenze nie so hoch, daß sie ein Gastwirtsbetrieb nicht aufbringen könnte und daher ein Schutz der Gäste notwendig wäre.

Damit erledigt sich auch der Gedanke einer Zwangsgepäckversicherung zugunsten der Gäste. Zu erwägen wäre jedoch, den Gastwirten freizustellen, sich durch den Abschluß einer Gepäckversicherung zugunsten der Gäste in Höhe der Haftung von der Haftung ganz zu befreien in dem Sinne, daß den Gästen nur ein Anspruch gegen die Versicherungsgesellschaft zusteht.

IV. NEUVORSCHLAG:

§ 701

1. Ein Gastwirt, der gewerbsmäßig Fremde zur Beherbergung aufnimmt, hat einem im Betrieb dieses Gewerbes aufgenommenem Gaste den Schaden zu ersetzen, den der Gast durch den Verlust oder die Beschädigung eingebrachter Sachen erleidet.
2. Als eingebracht gelten die Sachen, welche der Gast dem Gastwirt oder Leuten des Gastwirts, die zur Entgegennahme der Sachen bestellt oder nach den Umständen als dazu bestellt anzusehen waren, übergeben oder an einen ihm von diesen angewiesenen Ort oder in Ermangelung einer Anweisung an den hierzu bestimmten Ort gebracht hat.
3. Fahrzeuge und Sachen, die sich in einem Fahrzeug befinden, gelten nicht als eingebracht.

§ 702

1. Die Haftung aus § 701 ist beschränkt auf DM 1.500.--.
2. Die Haftung ist unbeschränkt:
 - a. für Schäden, die der Gastwirt oder seine Leute schuldhaft verursacht haben,
 - b. für Wertsachen, die der Gastwirt zur Aufbewahrung übernommen hat,
 - c. für Wertsachen, deren Aufbewahrung der Gastwirt abgelehnt hat, es sei denn, diese sind im Verhältnis zur Hotelklasse von übermäßigem Wert.
3. Die Haftung entfällt ganz:
 - a. wenn der Schaden vom Gast, einem Begleiter des Gastes oder einer Person, die er bei sich aufgenommen hat, verursacht worden ist,
 - b. wenn der Schaden durch die Beschaffenheit der Sachen oder
 - c. durch höhere Gewalt entstanden ist.

4. Eine Erklärung oder Vereinbarung, die darauf gerichtet ist, die Haftung im voraus auszuschließen oder herabzumindern, ist nichtig. Davon ausgenommen ist eine schriftliche Vereinbarung über die Haftung der zur Aufbewahrung übernommenen Wertsachen, soweit die Haftung nicht unter DM 1.500.-- herabgesetzt wird. Diese Vertragsurkunde darf keine sonstigen Vereinbarungen enthalten.

§ 703 wie bisher.¹⁾

1) Das Bundesjustizministerium hat nach Abschluß der Arbeit einen vorläufigen Entwurf zur Änderung der §§ 701 ff.BGB veröffentlicht. Vgl. Frankfurter Allgemeine v.14.Aug.64 S.22 und Blick durch die Wirtschaft v.14.Aug.64 S.1

Literaturverzeichnis

- Abletshauser, Anton Die Haftung der Gastwirte für die
eingebraachten Sachen ihrer Gäste
in den europäischen Ländern, Diss.
Würzburg 1960
- Achilles-Greiff Bürgerliches Gesetzbuch, 21.Aufl.,
Berlin 1958
- Aubry-Rau Droit civil français, 6.Band,6.Aufl.,
Paris 1951
- Berendes, Guido Die Haftung des Gastwirts für ein-
gebrachte Sachen, Diss.Erlangen 1931
- Berner Kommentar zum Schweizerischen Zivilrecht, 6.Teilband,
2.Abteilung, 2. Aufl., Bern 1962
- Bienenfeld, Rudolf Die Haftung ohne Verschulden, Berlin
und Wien 1933
- Biermann Empfiehlt sich die Anwendung des
Begriffs der höheren Gewalt im
bürgerlichen Recht? Correferat in
VerhDJT 22, 4.Band S. 111 ff.(1892)
- de Boor, Hans Otto Bürgerliches Recht, Band I, 2.Aufl.
Wiesbaden 1954
- Borck, Max Die Haftung der Gastwirte für ein-
gebrachte Sachen, Diss.Greifswald
1902
- Brunner, Erwin Die Freizeichnung des Gastwirts,
Diss. Heidelberg 1928.
- Büttner, Heinrich Die Haftung der Gastwirte für ein-
gebrachte Sachen, Diss. Würzburg
1925.

- v. Caemmerer, Ernst Höhere Gewalt, Rechtsvergleichendes Handwörterbuch, 4. Band S. 239 ff., Berlin 1933
- Cosack und Mitteis Lehrbuch des Bürgerlichen Rechts, 1. Band, 8. Aufl., Jena 1927
- Cosack, Konrad Lehrbuch des Handelsrechts, 5. Aufl., Stuttgart 1900 und 12. Aufl. Stuttgart 1930
- Grome, Carl System des Deutschen Bürgerlichen Rechts, 2. Band, Tübingen und Leipzig 1902
- Dalloz Code civil (Petits Codes Dalloz), 62. Aufl., Paris 1963
- Denkschrift zum Entwurfe eines BGB, Berlin 1896
- Dernburg, Heinrich Begriff der höheren Gewalt, Grünhutz 11, 335 ff. (1884)
- Dernburg, Heinrich Die Schuldverhältnisse nach dem Recht des deutschen Reiches und Preußens, 2. Band, 2. Abteilung, 3. Aufl., Halle 1906
- Dernburg, Heinrich Pandekten, 2. Band: Obligationenrecht 7. Aufl., Berlin 1903
- Ehret, Helmut Haftung des Gastwirts für aus einem eingebrachten PKW gestohlenes Gepäck, ZfV 1952, 73
- Endemann, Friedrich Lehrbuch des Bürgerlichen Rechts, 1. Band, 9. Aufl., Berlin 1903
- Enneccerus-Nipperdey Allg. Teil des Bürgerlichen Rechts, 2. Halbband, 15. Aufl., Tübingen 1960
- Enneccerus-Lehmann Recht der Schuldverhältnisse, 15. Bearbeitung, Tübingen 1958

- III -

- Erman, Walter Handkommentar zum BGB, 3.Aufl.,
Münster 1962
- Eschenburg, Georg Die Rechtsstellung der Wirte nach
dem heutigen Privatrecht, Diss.
Göttingen 1899
- Esser, Josef Schuldrecht, 2. Aufl., Karlsruhe
1960
- Esser, Josef Die Zweispurigkeit unseres Haft-
pflichtrechts, JZ 1953, 129
- Esser, Josef Grundlagen und Entwicklung der Ge-
fährdungshaftung, München und
Berlin 1941
- Exner, Adolf Der Begriff der höheren Gewalt (vis
major) im römischen und heutigen
Verkehrsrecht, GrünhZ 10, 497 ff.
(1883)
- Fischer, Gerhard Die entsprechende Anwendung der Gast-
wirtschaftung auf die Schlafwagen-
gesellschaften, Diss. München 1952
- Fischer, Robert Die allgemeinen Geschäfts- und Lie-
ferungsbedingungen, BB 1957, 481.
- Gelpcke Empfiehlt sich die Anwendung des
Begriffs der höheren Gewalt im Bür-
gerlichen Recht? Referat in VerhDJT
22, 1.Band S. 348 ff.(1892)
- v. Gierke, Otto Der Entwurf eines Bürgerlichen Ge-
setzbuches und das deutsche Recht,
Leipzig 1889
- v. Gierke, Otto Deutsches Privatrecht, 3.Band:
Schuldrecht, München und Leipzig 1917
- Glaser, Hugo Haftung des Gastwirts für einen im
Hofraum seines Hotels abgestellten
Kraftwagen, VN 1955, 8 = VP 1955,87

- Glaser, Hugo Haftung des Gastwirts für das Gepäck
im Kraftwagen seines Hotelgastes,
ZfV 1954, 668 = JR 1955, 334
- Glück, Christian Friedrich Ausführliche Erläuterung der
Pandekten, 6. Teil, 1. Abteilung,
Erlangen 1800
- Goldschmidt, L. Das receptum nautarum, cauponum,
stabulariorum, Vermischte Schriften,
2. Bd., S. 397 ff., Berlin 1901 =
ZHR 3, 58 ff., 3, 331 ff. und 16,
324 ff.
- Graf, Wolfgang Einige strittige Fragen aus der
Gastwirthshaftung, Diss. Erlangen 1922
- Handschuhmacher, J. Kritische Betrachtung über die Gast-
wirthshaftung, Diss. Heidelberg 1915
- Haub, Heinz Vorschläge zur Reform der Haftung
des Gastwirts, Diss. Heidelberg 1930
- Heck, Philipp Grundriß des Schuldrechts, Tübingen
1929
- Heinsheimer-Wolff-
Kadin-Merk Die Zivilgesetze der Gegenwart,
Band I:
Frankreich: Code civil, Mannheim-
Berlin-Leipzig 1932
- Jacobi, Hans Die Gastaufnahme und die Haftpflicht
des Gastwirts in rechtsvergleichen-
der Darstellung, Diss. Bonn 1928
- Kapfer, Hans Das Allgemeine bürgerliche Gesetz-
buch, 26. Aufl., Wien 1960
- Klang, Heinrich Kommentar zum Allgemeinen bürgerli-
chen Gesetzbuch, 2. Band, 2. Halb-
band, Wien 1934

- Klein, Peter Kommt die strenge Haftpflicht des
§ 701 auch dauernden Bewohnern
eines Hotelzimmers zugute? JW 1921,
459
- Koenigs, Volkmar Zur Haftung des Hotelwirts für Kraft-
fahrzeuge seiner Gäste, JR 1955, 15
- Köthnig, Gerd-Jochen Grenzfälle in der Gastwirtschaftung,
VersR 1961, 772 ff.
- Kohler, Josef Lehrbuch des Bürgerlichen Rechts,
II.Bd., Berlin 1906
- Kording, Hermann Haftung des Gastwirts für aus einem
eingebrachten PKW gestohlenen Ge-
päckes, VersR 1951, 236
- Kording, Hermann Nochmals: Haftung des Gastwirts für
Gepäckverlust aus einem eingebrach-
ten PKW, VersR 1952, 30
- Krasny, Arnold Empfiehlt sich eine Fortbildung
des geltenden Schadensersatzrechtes
durch besondere gesetzliche Bestim-
mungen über die Haftung für Schäden,
die durch den Bau, Bestand und Be-
trieb elektrischer Anlagen und Lei-
tungen verursacht werden?
Gutachten in VerhDJT 31, 2.Band,
S. 516 ff., (1912)
- Kreß, Hungo Lehrbuch des besonderen Schuldrechts,
München-Berlin 1934
- Langen, Arnold Die privatrechtliche Stellung der
Wirtse und der Gastaufnahmevertrag,
Marburg 1902
- Larenz, Karl Lehrbuch des Schuldrechts, I.Band,
Allgemeiner Teil, 6.Aufl., München
und Berlin 1963
- Larenz, Karl Lehrbuch des Schuldrechts, II.Band,
Besonderer Teil, 4.Aufl. München
und Berlin 1960

- Lehmann, Heinrich Allgemeiner Teil des Bürgerlichen
Gesetzbuches, 12.Aufl., Berlin 1960
- Leonhard, Franz Besonderes Schuldrecht des BGB,
München und Leipzig 1931
- Lotz, Gustav Die Neuregelung der Gastwirthschaftung.
"Die Deutsche Gaststätte" 13.Jahr-
gang, Nr. 19 v. 7.Mai 1960
- Mazeaud-Mazeaud Leçons de droit civil, 3.Band,
Paris 1960
- Merkel, Rudolf Die Kollision rechtmäßiger Interessen
und die Schadenersatzpflicht bei
rechtmäßigen Handlungen, Straßburg
1895
- Michel, Rudolf Der Gastaufnahmevertrag nach brit.,
deutschen, franz., ital. und schweiz.
Recht, Diss. Zürich 1957
- Molitor, Erich Schuldrecht II, Bes.Theil, 5.Aufl.,
München und Berlin 1961
- Motive zu dem Entwurf eines Bürgerlichen Gesetzbuches für
das Deutsche Reich, Amtliche Aus-
gabe: Berlin 1888
- Mugdan, B. Die gesammelten Materialien zum Bür-
gerlichen Gesetzbuch, II.Band, Recht
der Schuldverhältnisse, Berlin 1899
- Müller-Erzbach, Rudolf Gefährdungshaftung und Gefahrtragung,
Tübingen 1912 = AcP 106, 309-476
und 109, 1-143
- Müller-Erzbach, Rudolf Die Rechtswissenschaft im Umbau,
München 1950
- Oechslin, Carl Kernpunkte der Kausalhaftungsproble-
matik, Bern nach 1945

- VII -

- | | |
|---|--|
| Oertmann, Paul | Gastwirtschaftung und Zimmeranschlge,
Gesetz und Recht 1920, 24 |
| Oertmann, Paul | Die Verantwortlichkeit für den ei-
genen Geschäftskreis, Recht 1922,
5 ff. |
| Oertmann, Paul | Bürgerl. Gesetzbuch, 2. Buch: Recht
der Schuldverhältnisse, 2.Abteilung,
5. Aufl. Berlin 1929 |
| Oertmann, Paul | Die rechtspolitische Grundlage der
Gastwirtschaftung, Der junge Rechts-
gelehrte 1934, 257 ff. |
| Oser-Schönenberger | Kommentar zum Obligationenrecht,
5. Band, 3. Teil, 2. Aufl., Zürich
1945 |
| Palandt-Danckelmann-
Gramm-Hoche-Keidel-
Lauterbach | Kommentar zum BGB, 22.Aufl., München
und Berlin 1963 |
| Pfersche | Empfiehlt sich die Anwendung des Be-
griffs der höheren Gewalt im bürger-
lichen Recht, Referat in VerhDJT 22,
4.Band, S. 104 ff (1892) |
| Planck's Kommentar zum | Bürgerl.Gesetzbuch, II.Band, 2.Hälfte
Recht der Schuldverh. Bes.Teil,
4.Aufl., herausgegeben von E.Strohal,
Berlin und Leipzig 1928 |
| Planiol-Ripert | Traité pratique de droit civil fran-
ais, 11. Band, 2.Aufl., Paris 1954 |
| Planiol-Ripert-
Boulanger | Traité de droit civil, 3.Band,
Paris 1958 |
| Polenske, K. | Zum Begriff des Gastschaftsvertrages,
AcP 114, 415 ff. |

Protokolle der Kommission für die zweite Lesung des Entwurfs
des Bürgerl. Gesetzbuches, Berlin 1898

Reichsgerichtsräte-Kommentar zum BGB, II. Band, 1. Teil,
bearb. v. Benecke-Kuhn-Pritsch-Wilde
11. Aufl. Berlin 1959

Rink, Gerd Gefährdungshaftung, Göttingen 1959

Rümelin, G. Culpahaftung und Kausalhaftung,
AcP 88, 285 ff.

Rümelin, Max Der Zufall im Recht, Freiburg-Leipzig
1896

Rümelin, Max Die Gründe der Schadenszurechnung,
Freiburg-Leipzig 1896

Rümelin, Max Schadensersatz ohne Verschulden,....
Tübingen 1910

v. Schey, Josef Empfiehlt sich die Anwendung des Be-
griffs der höheren Gewalt im bürgerl.
Recht? Gutachten in VerhDJT 22, 2.
Band, S. 41 ff (1892)

Scheye, H. Die Milderung der Gastwirthshaftung
in der Neuzeit, Diss. Gießen 1914

Schlemmer, Dieter Interessengerechte Freizeichnung des
Gastwirts von der Haftung für ein-
gebrachte Sachen, Diss. Münster 1959

Scialoja-Branca Commentario del Codice Civile, 4. Buch,
Bologna-Rom 1959

Seifert, Herbert Die Gastwirthshaftung nach dem deut-
schen Bürgerl. Gesetzbuch, Diss.
Erlangen 1934

Siber, Heinrich Grundriß des Deutschen bürgerl. Rechts,
2. Band: Schuldrecht, Leipzig 1931

- Staudinger-Coing Allgemeiner Teil des BGB, 11.Aufl.,
Berlin 1957
- Staudinger-Nipperdey- Kommentar zum BGB, II. Band, 3.Teil,
Mohren-Neumann- 11.Aufl. Berlin 1958
Riedel
- Strauß, Wolfgang Ein Vorschlag zur Neuregelung der
Gastwirthaftung, Diss. Breslau 1938
- Sturm, A. Die Einbringung von Sachen bei Gast-
wirten, Leipzig 1900
- Unger, Josef Handeln auf eigene Gefahr, 3.Aufl.,
Jena 1904
- Volkmar, Erich Vis major und Betriebsgefahr, Rechts-
u. Staatswissenschaftliche Studien,
Heft 9, Berlin 1900
- Weigelt Streiflichter, DAR 1958, 237 ff.
- Weimar, Wilhelm Die Haftung des Gastwirts für Gepäck-
verluste aus einem eingebrachten PKW,
VersR 1952, 30
- Weimar, Wilhelm Haftung des Hoteliers beim Parken
auf öffentlichem Gelände vor dem
Hotel, VN 1959, 23
- Weimar, Wilhelm Die Haftung bei Benutzung eines be-
wachten Parkplatzes, NJW 1963, 629 f.
- Weinand, Eduard Die höhere Gewalt im deutschen Reichs-
recht, Diss. Köln 1897
- Weiss, Herbert Die rechtspolitischen Grundlagen der
Gastwirthaftung, Diss. Jena 1936
- Wilburg, Walter Die Elemente des Schadensrechts,
Marburg 1941

- Windscheid-Kipp Lehrbuch des Pandektenrechts, 2. Band,
9. Aufl., Frankfurt/M. 1906
- Wintergerst, Wilhelm Die Haftung bei Benutzung eines be-
wachten Parkplatzes, NJW 1963, 141 f.
- v. Wrangel Die Rechtsprechung des Kammergerichts
zum vertraglichen Ausschluß der Gast-
wirtschaftung, Eisenb. E 48, 249
- Wussow, Werner und
Hans-Joachim Das Unfallhaftpflichtrecht, 7. Aufl.,
Köln-Berlin-München-Bonn 1961
- Zeitlmann, Rupert Diebstähle aus Kraftwagen auf dem
Parkplatz und in der Hotelgarage,
VN 1952, 42
- Ziermann, Burghardt Die gesetzliche Begrenzung der Haftung
des Gastwirtes bei Verlust oder Be-
schädigung eingebrachter Wertsachen
nach § 702 BGB, Diss. München 1953
- Zum Entwurf eines Bürgerlichen Gesetzbuches für das Deutsche
Reich, Bemerkungen des Kgl. Preuss.
Justizministers, Berlin 1891
- Zusammenstellung der Äußerungen der Bundesregierungen zu
dem Entwurf eines Bürgerl. Gesetzbuch-
buches, Berlin 1891
- Zusammenstellung der gutachtlichen Äußerungen zu dem Entwurf
eines Bürgerl. Gesetzbuches, Berlin 1890

Lebenslauf

Am 15. Oktober 1935 wurde ich als Sohn des Zollamtmannes Kurt Weber in Mannheim geboren. 1946 trat ich in das Hebel-Gymnasium in Lörrach ein, wechselte 1951 nach Konstanz in das Heinrich-Suso-Gymnasium über und legte dort im Frühjahr 1955 mein Abitur ab.

Ich durchlief zunächst eine kaufmännische Lehre bei der Deutschen Bank A.G., Filiale Freiburg, die ich im Frühjahr 1957 mit der Gehilfenprüfung abschloß.

Mit dem Wintersemester 1957/58 begann ich in Freiburg i.B. mein Jura-Studium und bestand am 7.7.1961 die erste juristische Staatsprüfung. Seit dem 1.8.1961 leiste ich den juristischen Vorbereitungsdienst ab.

